

# GENERATIONEN- gerechtigkeit!

**Wege zu mehr Kindern in Deutschland**



# Inhaltsverzeichnis

Thema: Wege zu mehr Kindern in Deutschland

Editorial 3

Nachhaltigkeit durch höhere Fertilität?  
von Wolfgang Gründinger 4

Changing minds and politics. Plädoyer für eine nachhaltige Familienpolitik  
von Franziska Höring, Jan Lemanski, Stephan Schütze und Christoph Sperfeldt 9

Der Einfluss von Kinderbetreuung und Elterngeld auf die Entwicklung der Kinderzahl  
von Ulrike Caroline Müller 15

Historische Beispiele pronatalistischer Geburtenpolitik und ihre Wirkungen  
von Wilko Schröter 20

Standpunkte: Inwieweit ist es Ihrer Meinung nach möglich, die Gesamtfertilitätsrate in Deutschland zu steigern? 24

Dr. Ursula von der Leyen  
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 24

Dr. Jürgen Dorbritz  
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 24

Peter Mersch  
Vorstandsvorsitzender Mersch Online AG 24

Annelene Wengler und Anne-Kristin Kuhnt  
Universität Rostock 25

Inés Brock  
Promotionsstipendiatin und Kinderpsychotherapeutin 25

Rezensionen 26

Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist  
Karl Otto Hondrich 26

Theorien zur internationalen Migration  
Petrus Han 28

Die Mutterglück-Falle. Warum wir unser Familienbild ändern müssen  
Karin Deckenbach 29

Die ausgefallene Generation  
Herwig Birg 30

Die Altersrevolution. Wie wir in Zukunft alt werden  
Petra und Werner Bruns, Rainer Böhme 31

Demographie. Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand  
Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat, Nico Stehr (Hg.) 32

Familie und Beruf. Neue Wege zur Vereinbarkeit  
Carsten Wilhelm 33

Vom Zwang zur Wahl: Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fertilität im Wandel der Zeit  
Christoph Sax 34

Vorankündigung: Demographic Change and Intergenerational Justice 35

Interna 37

Einladung Symposium 2007 37

Anmeldekarte 39

Stand der Grundgesetzänderung 39

Wilton Park British-German Forum 2007 40

Neue Mitarbeiter 41

Interessante Links 42

Impressum 43

Mitgliedsantrag 44



Das Papier, auf dem die *GenerationenGerechtigkeit!* gedruckt wird, ist zertifiziert mit dem Blauen Umweltengel (siehe Impressum).

Die Bevölkerung in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten älter werden und schrumpfen. Dieser demografische Wandel ist nicht mehr aufzuhalten, daher ist die Wissenschaft aufgerufen, Chancen und Risiken dieser Entwicklung zu benennen und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Eine Anpassung an die Alterung und Schrumpfung kann jedoch nicht die einzige Strategie sein. "Eine der tiefstgreifenden Folgen des demographischen Wandels könnte sein, dass sich eine negative, sich selbst verstärkende Spirale von Alterung und Schrumpfung verstetigt. Diese Gefahr droht dann, wenn die Folgen des Wandels lediglich 'verwaltet' werden, seiner entscheidenden Ursache aber, dem Geburtenrückgang, zu wenig entgegengesetzt wird", so das Fazit der Teilnehmer beim "1. Forum Demographischer Wandel" des Bundespräsidenten.

Schon seit 1972 übersteigt die Sterberate die Geburtenrate in Deutschland. Die Basis, von der aus ein Wiederanstieg der Bevölkerung erfolgen könnte, wird folglich immer kleiner. Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in Deutschland weniger Kinder geboren als heute. Selbst dann, wenn die Gesamtfertilitätsrate schrittweise bis 2030 auf das Ersatzniveau von 2,1 Kindern pro Frau ansteigen würde und außerdem 150.000 jüngere Menschen pro Jahr einwanderten, so würde es bis 2080 dauern, bis die Schrumpfung zum Stillstand käme. Das von der SRzG aufgebaute Institut für Demografische Zukunftsfähigkeit schrieb daher den 1. Demografie-Preis für Nachwuchswissenschaftler zum Thema "Wege zu mehr Kindern in Deutschland unter den Rahmenbedingungen einer liberalen Gesellschaftsordnung" aus. Das Preisgeld des zweijährlich verliehenen Preises in Höhe von 10.000 Euro wird von der Stiftung Apfelbaum finanziert, wofür ihr die SRzG zu großem Dank ver-

pflichtet ist. Das Ziel des Preises ist, Nachwuchswissenschaftler für Demografie zu begeistern und die Zahl der Abschlussarbeiten und Dissertationen zu demografischen Themen zu erhöhen. Die Preisverleihung findet am 09.11.2007 im Rahmen eines Symposiums in Berlin in der Sächsischen Landesvertretung statt. Eine Anmeldekarte für alle Interessierten findet sich im Heft.

Aus den zahlreichen Einsendungen für den Preis wählte die Redaktion der GG! einige aus und bat die Verfasser, ihre Arbeiten in Kurzform in der Zeitschrift zu publizieren. Das Ergebnis liegt nun vor: Zunächst leitet Wolfgang Gründinger in die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Geburtenpolitik und Generationengerechtigkeit ein. Er diskutiert zunächst, wann eine demografische Entwicklung das Prädikat "nachhaltig" verdient. Schließlich legt er einen 10-Punkte-Plan vor, um die Geburtenrate zu steigern. Franziska Höring, Jan Lemanski, Stephan Schütze und Christoph Sperfeldt stellen fest, dass für Kinder und Familie fast nirgends in Europa so viele Finanzmittel eingesetzt wie in Deutschland. Da diese Investitionen bisher weder eine entsprechende positive Auswirkung auf die Geburtenrate haben werden, noch effektiv in der Armutsbekämpfung von Familien sind, skizziert das Autoren-Quartett eine Reform dieser finanziellen Anreize. Beide Ziele könnten dadurch besser erreicht werden.

Ulrike Caroline Müller stellt fest, dass sowohl ein Ausbau der Kinderbetreuung als auch das Elterngeld tendenziell zu mehr Geburten von beruflich integrierten Paaren führen dürften. Da es sich beim Elterngeld um eine Einkommensersatzleistung handelt, könnte es für Berufsanfänger aber auch ein Anreiz sein, eine Familiengründung aufzuschieben, bis eine erste Arbeitsmarktintegration erreicht wurde und somit ein signifikantes

Erwerbseinkommen zur Verfügung steht. Wilko Schröter warnt im letzten Hauptbeitrag vor überzogenen Erwartungen. Er zeigt an zwei historischen Beispielen (DDR ab 1972; Schweden 1980/1986), dass die langfristige Wirksamkeit politischer Maßnahmen zur Geburtenförderung als sehr begrenzt einzuschätzen ist. In beiden Fällen - so Schröter - seien lediglich Tempoeffekte erreicht worden, also ein Vorziehen von Geburten, aber keine Erhöhung der endgültigen Kinderzahl.

Wie immer folgen auf die Hauptbeiträge verschiedene kurze Standpunkte, diesmal u.a. von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, zur Frage: "Inwieweit ist es Ihrer Meinung nach möglich, die Gesamtfertilitätsrate in Deutschland zu steigern?"

Nach so vielen komplexen demografischen Tabellen ist die letzte leicht verdaulich: Lesen Sie, welche Sorgen Männer befällt, wenn der Schwangerschaftstest ihrer Partnerin positiv ist.

Zum Schluss werfen wir einen Blick darauf, was andere zum Thema geschrieben haben. Die Zahl der rezensierten Bücher hat in diesem Heft einen neuen Höhepunkt erreicht, auch ein Hinweis auf den nächsten Sammelband der SRzG fehlt nicht. In dem zusammen mit der Bertelsmann Stiftung herausgegebenen Band werden die komplexen Beziehungen zwischen Generationengerechtigkeit und demografischem Wandel untersucht.

Wir hoffen, Sie auf dem Symposium "Wege zu mehr Kindern" am 9. November 2007 in Berlin begrüßen zu dürfen.

Bis dahin: Viel Spass beim Lesen der Zeitschrift!



Dr. Jörg Tremmel



Jan Häußler



Alexander Herrath



steht, bildet das Gebot der Generationengerechtigkeit die Grundlage für Überlegungen zur gewünschten Bevölkerungsgröße und zum gewünschten Tempo des Übergangs. Eine "optimale" Bevölkerungsgröße lässt sich wissenschaftlich schlechterdings nicht bestimmen, aber dennoch sollte die Gesellschaft sich ein Bild davon entwickeln, wohin sie sich entwickeln will.<sup>24</sup> Am günstigsten scheint, wenn die Bevölkerung zwar kleiner ist, aber der Übergang so behutsam verläuft, dass die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft nicht überfordert wird.<sup>25</sup> Zwar sind demografische Prozesse gerade in einer liberalen Gesellschaft nicht exakt planmäßig steuerbar, aber die Zielrichtung muss klar sein, um eine durchdachte Politik gestalten zu können.

Diese qualitative Dimension demografischer Zukunftsfähigkeit unterstreicht, dass es auf weit mehr ankommt als auf eine bloße Steigerung der zu niedrigen Geburtenrate. Wer nur auf die Geburtenrate schießt, läuft Gefahr, dass zwar mehr Kinder auf die Welt kommen, aber es diesen schlechter geht als der Generation davor. Geburtensteigerung, die zulasten der Generationengerechtigkeit geht, ist daher verfehlt. Neben Geburten- und Zuwanderungspolitik muss also ein dritter Baustein einer Politik für demografische Zukunftsfähigkeit in der Anpassung an die Auswirkungen des demografischen Wandels bestehen.<sup>26</sup>

### **Gibt es eine "nachhaltige" Demografie-Entwicklung?**

Zu der hier vorgeschlagenen Terminologie der demografischen Zukunftsfähigkeit wurden bereits ähnliche Definitionen vorgelegt. So unterscheiden die Ökonomen Homburg und Schnabel zwischen quantitativer und qualitativer Nachhaltigkeit als Ziele "nachhaltiger Familienpolitik".<sup>27</sup> "Quantitative Nachhaltigkeit" deckt sich dort mit der hier formulierten quantitativen demografischen Zukunftsfähigkeit. "Qualitative Nachhaltigkeit" greift dagegen zu kurz, da sie auf "die emotionalen und kognitiven Fähigkeiten eines Kindes" begrenzt wird und sämtliche anderen Bereiche ignoriert,<sup>28</sup> die von der demografischen Entwicklung teils massiv tangiert werden (z.B. Rentenversicherung, Umwelt) und sich stark auf die Lebenschancen der nachrückenden Generation auswirken. Qualitative Nachhaltigkeit bedeutet dort also nicht Erhalt der Lebenschancen, sondern nur Erhalt des Humanvermögens.<sup>29</sup> Zudem werden als Adressaten des dort formulierten Erziehungs- und Bildungsauftrags nur die Eltern genannt, was öffentliche Betreuungs- und

Bildungseinrichtungen vernachlässigt. Eine andere Definition wird in einer Studie im Auftrag des Rates für nachhaltige Entwicklung vorgeschlagen.<sup>30</sup> Demnach ist eine demografische Entwicklung "generell nachhaltig, wenn sie Generationengerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt ermöglicht", wobei hierin die quantitative Dimension einer konstanten Bevölkerungszahl beigemengt wird und auch regionale und sozioökonomische Kriterien genannt werden. Generationengerechtigkeit ist aber, entgegen dem dort



geforderten Postulat einer konstanten Bevölkerungsgröße, mit einer schrumpfenden Bevölkerung durchaus vereinbar, weshalb die quantitative Dimension separat diskutiert werden sollte. Außerdem verwischen bei der dort vorgeschlagenen Definition die Grenzen zwischen intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit, was die analytische Trennschärfe beeinträchtigt. Zudem ist der Begriff der "Nachhaltigkeit", wie er bei den beiden zitierten Terminologien Gebrauch findet und auch bei den in jüngerer Zeit wiederholten Forderungen nach einer "nachhaltigen Familienpolitik" verwendet wird, im Kontext des Demografiediskurses problematisch. Dies liegt zum einen an der Unklarheit der Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit: Da sich der Nachhaltigkeitsbegriff nicht aus sich selbst heraus erklärt, tendiert er zu einer Offenheit und Unbestimmtheit, die Spielraum für unterschiedliche Vorstellungen und Interpretationen lässt - und daher das Leitbild der Nachhaltigkeit zu verwässern und durch inflationären Gebrauch entwertet zu werden droht.<sup>31</sup> "Offenbar ist es möglich, sich mit unterschiedlichen Absichten, Interessenlagen und Wertorientierungen auf das Konzept einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung zu beziehen. Damit besteht die Gefahr, dass der Nachhaltig-

keitsbegriff der Beliebigkeit anheim gegeben wird", merkt eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages kritisch an.<sup>32</sup>

So wurden zahlreiche Definitionen von "nachhaltiger Familienpolitik" vorgelegt, die mangels gründlicher Herleitung allesamt diffus bleiben und sich in ihren Handlungsbereichen und -zielen erheblich unterscheiden. So versteht beispielsweise der Siebte Familienbericht der Bundesregierung unter nachhaltiger Familienpolitik die Schaffung von Rahmenbedingungen,

"die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationssolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu interpretieren", während ein Gutachten im Auftrag des Bundesfamilienministeriums darunter eine Familienpolitik versteht, "die gleichermaßen eine Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen wie auch bessere Voraussetzungen für mehr Kinder zum Ziel hat".<sup>33</sup>

Diese Definitionen haben gemeinsam, dass sie auch Elemente intragenerationeller Gerechtigkeit, also Gerechtigkeit innerhalb derselben Generation (z.B. zwischen Arm und Reich, Mann und Frau, Eltern und Kinderlosen) beinhalten, was aber nur indirekt auf die intergenerationelle Gerechtigkeit, also die Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Generationen, wirkt, nämlich dann, wenn durch Verschlechterung der intragenerationellen Gerechtigkeit auch die Lebenschancen nachrückender Generationen beeinträchtigt werden.<sup>34</sup> Auch wenn sich durchaus beträchtliche Schnittmengen zwischen beiden Bereichen ergeben können (z.B. was das Problem der Kinderarmut angeht), so gehört die Herstellung intragenerationeller Gerechtigkeit nicht zu den

Zielvorgaben demografischer Zukunftsfähigkeit, obgleich sie natürlich aufgrund anderer Motive mitverfolgt werden kann und soll.

Andere Wissenschaftler versuchen unter Berufung auf "demografische Nachhaltigkeit" oder "Generationengerechtigkeit" die Vorstellung von einem Fließgleichgewicht zu prägen, d.h. dass die Bevölkerung gleich groß bleiben oder wachsen, aber keinesfalls schrumpfen sollte.<sup>35</sup> Doch diese Vorstellung, wie sie etwa im Bereich der Ökologie Sinn macht ("Holze nicht mehr Wald ab, als wieder in gleicher Zeit nachwächst"), ist nicht so einfach auf die demografische Entwicklung übertragbar. Denn anders als bei einem Rückgang des Naturkapitals kann ein Rückgang der Bevölkerung durchaus die Lebenschancen nachrückender Generationen positiv beeinflussen.<sup>36</sup>

### **Wege zu mehr Kindern in einer liberalen Gesellschaft**

In einer liberalen und demokratischen Gesellschaft sind staatlichen Eingriffen in die Familienplanung enge Grenzen gesetzt. Geburtenpolitik wird - und das ist auch gut so - nicht die Entscheidungen der Menschen selbst beeinflussen können, wohl aber das Entscheidungsumfeld, indem sie Gelegenheiten und Anreize schafft, die zu mehr Kindern ermutigen.<sup>37</sup> Den äußeren Rahmen für eine ethisch akzeptable Geburtenpolitik bildet das Menschenrecht, frei, verantwortlich und informiert selbst über die Zahl der Kinder und den zeitlichen Abstand der Geburten zu entscheiden.<sup>38</sup>

Da die Geburtenrate hierzulande mit ca. 1,3 Kindern pro Frau deutlich unter dem durchschnittlichen Kinderwunsch von 1,9 Kindern liegt, gibt es offenkundig strukturelle Hemmnisse, die der freien Entscheidung für Kinder im Wege stehen.<sup>39</sup> Die Politik bräuchte Geburten also nicht einmal zusätzlich stimulieren, um merkliche pronatalistische Impulse zu setzen, sondern müsste lediglich die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleisten helfen.

Führt man sich vor Augen, dass beispielsweise die skandinavischen Länder ihre Geburtenraten sichtbar erhöht haben und Frankreich mittlerweile wieder beinahe das Ersatzniveau erreicht hat, während gleichzeitig die niedrige Fertilität in den deutschsprachigen Ländern und Südeuropa weiter stagniert, so zeigt dieser Vergleich plausibel, dass die Rahmenbedingungen in einer Gesellschaft die Zahl der Kinder fühlbar beeinflussen.

Die fehlenden Geburten der letzten 30 Jahre können nicht nachgeholt werden. Doch mit einer Erhöhung der Fertilität

kann es gelingen, die Bevölkerung langfristig (auf einem dann niedrigeren Niveau) zu stabilisieren und die demografischen Lasten abzufedern, ohne dabei die Chancen einer schrumpfenden Gesellschaft ungenutzt zu lassen. Dafür sollte die Gesamtfertilitätsrate bis 2015 auf 1,8 Kinder pro Frau angehoben werden, verbunden mit einer mittelstarken Zuwanderung von rund 150.000 Menschen im mittleren Alter von 25 Jahren.<sup>40</sup> Eine Erhöhung auf die Bestandserhaltungsrate von 2,1 Kindern ist also - bei entsprechender Zuwanderung - unter dem Aspekt demografischer Zukunftsfähigkeit nicht geboten.

Das Ziel von 1,8 Kindern pro Frau ist vollkommen realistisch: es bewegt sich im Rahmen der Geburtenziffern von vielen unserer europäischen Nachbarn und liegt sogar knapp unter dem durchschnittlichen Kinderwunsch in Deutschland. Erfreulich ist die Einschätzung von 80 Prozent der Frauen mit (weiterem) Kinderwunsch, dass eine bessere geburtenrelevante Politi-

milie schaffen, um jungen Menschen überhaupt erst die Gelegenheit zu geben, sich für Kinder zu entscheiden;

4. Kinderfreundlichkeit: Förderung eines kinderfreundlichen Klimas und der Anerkennung der produktiven Leistungen von Familien, um ein Signal zu setzen, dass Eltern von der Gesellschaft nicht im Stich gelassen werden.

In den vier Koordinaten demografisch zukunftsfähiger Geburtenpolitik ist bereits implizit garantiert, dass der Blick nicht auf die beabsichtigte quantitative Erhöhung der Fertilität verengt wird, sondern dass auch qualitative Aspekte - wie soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter, Förderung von Humankapital - einbezogen werden. Geburtenpolitik hat also einige willkommene Nebeneffekte, aus denen heraus sie bereits gerechtfertigt werden könnte.<sup>42</sup>

Die Große Koalition in den 1960er Jahren avancierte mit ihrem "magischen Viereck der Wirtschaftspolitik" zur Erfolgsgeschichte. Die heutige Große Koalition

.....

● **Die SRzG ist ein Think-Tank. Was heißt das?**

● Think Tanks - Denkfabriken - sind unabhängige politische Organisationen, die sich

● als Forschungs- und Analysezentren für wichtige Themen verstehen. Zugleich

● Bindeglied zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und auch einer politisch

● interessierten Öffentlichkeit sammeln sie in einem Fachgebiet Wissen an, entwickeln

● systematisch Ideen zu Problemstellungen, arbeiten diese aus und tragen sie gezielt

● nach außen, um zu beraten und zu lenken.

.....

k es für sie leichter machen würde, so viele Kinder zu bekommen, wie sie sich wünschen, und dass auch 20 Prozent der Frauen ohne Kinderwunsch bereit wären, ihre Entscheidung zu revidieren.<sup>41</sup> Die politischen Perspektiven sind also durchaus ermutigend.

### **Die vier Koordinaten demografischer Zukunftsfähigkeit**

Einer zukunftsfähigen Geburtenpolitik kann es gelingen, dieses Niveau zu erreichen, wenn sie an vier Koordinaten ansetzt:

1. Geld: Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs, um die relative Benachteiligung von Eltern (vor allem von Müttern) im Steuer- und Sozialsystem zu korrigieren;
2. Arbeitsmarkt: Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter, um eine wirklich freie Wahl zwischen Erziehungsarbeit und Berufstätigkeit für Mütter und Väter zu ermöglichen;
3. Zeit: Mehr Zeit und Sicherheit für Fa-

milie könnte eine ähnliche Erfolgsgeschichte werden: Sie könnte den demografischen Wandel aktiv gestalten und mit dem "magischen Viereck der Geburtenpolitik" pronatalistische Impulse setzen und so den Weg zu mehr Kindern in Deutschland frei machen. Dazu müsste sie einen 10-Punkte-Plan für mehr Kinder vorlegen, der umfasst:<sup>43</sup>

1. Ein neues Kindergeld (Erhöhung auf 230 Euro, Kinderbonus ab 3. Kind)
2. Einführung einer Elternrente
3. Grundsatz der Familien- statt Eheförderung
4. Bündelung der Leistungen in einer Familienkasse
5. Kinderbetreuung für alle (ganztägig, flexibel, ab 13. Monat)
6. Einführung eines Betreuungsgutscheins
7. Allianz für familiengerechte Unternehmen (Kooperation Staat, Wirtschaft)
8. Verkürzung der Ausbildungszeiten und Bekämpfung der "Nesthockerei"
9. Soziale Absicherung junger Eltern und Bekämpfung von Ausbildungsplatzmangel und

10. Stopp des Missbrauchs von Praktika  
11. Eine breite Initiative für mehr Kinderfreundlichkeit

Ein solcher intelligenter Mix aus Zeitoptionen, Infrastrukturangeboten, Geldtransfers und Bemühungen um ein kinderfreundliches Klima ist effektiver als isolierte Einzelmaßnahmen,<sup>44</sup> denn z.B. wird auch ein höheres Kindergeld nur unbefriedigend wirken, wenn junge Frauen nicht darauf vertrauen können, nach der Babypause wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen zu können.

Der 10-Punkte-Plan wird sich nicht nur positiv auf die Fertilität auswirken, sondern hat Vorteile für die ganze Gesellschaft: Frauen wird ermöglicht, am beruflichen Leben teilzunehmen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen; Kinder können früher an Bildungschancen teilhaben, wenn sie in guten Kindertagesstätten betreut werden, was auch für das Humanvermögen unserer Gesellschaft wichtig ist; die höhere Frauenerwerbstätigkeit spült mehr Geld in die öffentlichen Kassen; wegen der günstigeren Altersentwicklung bleiben die Sozialabgabenquoten stabiler; und: laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft kann durch die richtige Geburtenpolitik das Wirtschaftswachstum sogar um zusätzlich 24 Prozentpunkte bis zur Mitte des Jahrhunderts gesteigert werden.<sup>45</sup> Kurzum: Durch Geburtenpolitik können alle gewinnen.

Wie mehrheitsfähig ist aber eine derartige Geburtenpolitik? Nachdem die historische Vorbelastung der Geburtenpolitik durch den Nationalsozialismus aufgearbeitet wurde, ist heute der politische Wille zu einer Geburtenstimulierung vorhanden. Die hier gemachten Vorschläge sind keine Extremforderungen, sondern werden von Wissenschaft und Politik intensiv diskutiert und gehören zum Teil bereits zum Wahlprogramm der großen Parteien. Doch warum wird nur so schleppend umgesetzt, was längst als notwendig erkannt wurde?

Kinderlose stellen ein wachsendes Wählerpotenzial, Kinder dagegen haben keine Stimme, und die Interessen der Familien sind nicht organisiert. Ferner leidet die Geburtenpolitik, ähnlich wie die ihr nahe stehende Familienpolitik, seit jeher unter dem Schicksal einer Querschnittsaufgabe, d.h. die Kompetenzen sind über viele Ministerien und zudem auf die verschiedenen föderalen Ebenen verstreut, was die Formulierung einer kohärenten Politik erschwert. Institutionelle Reformen, wie die Aufwertung des Bundesfamilienministeriums und eine bessere Koordination der Aktivitäten der ver-

schiedenen Ressorts und Ebenen, sollten daher einhergehen mit einer Stärkung der Interessenvertretungen der Kinder und Familien. Auch der kontroverse Vorschlag eines Wahlrechts ohne Altersgrenze, das Kindern und Jugendlichen bzw. deren Eltern eine Stimme gibt, sollte ernsthaft diskutiert werden.<sup>46</sup>

Die Flaute in den Kreißsälen ist kein Naturgesetz, und wir wissen inzwischen recht gut, welche Wege zu mehr Kindern beschritten werden können. Jetzt kommt es darauf an, diese Erkenntnisse nicht nur zu gewinnen, sondern auch in die Tat umzusetzen, denn Hochglanzbroschüren gibt es schon genug.



W o l f g a n g  
Gründinger, geboren  
1984, ist Politik- und  
Sozialwissenschaftler  
(B.A.) und absolviert  
derzeit einen Master  
in Öffentlichem und  
Betrieblichem Um-  
weltmanagement an

der FU Berlin. Er ist Mitglied im Think  
Tank 30 des Club of Rome. Kontakt:  
www.wolfgang-gruendinger.de

#### Anmerkungen:

- (1) Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Wettbewerbsbeitrags.
- (2) Kaufmann 2005: 48-50. Statistisches Bundesamt (Hg.) 2006
- (3) Bild vom 15.3.2006, Bild vom 18.3.2006, Spiegel-Titel Nr. 1/2004, Spiegel-Titel Nr. 43/2000
- (4) Schirmmacher 2005: 54-60; Sinn 2004: 337-404
- (5) Sinn 2004: 347
- (6) Schirmmacher 2005: 14. 56

Kinder sind die Flügel des Menschen.  
/ Aus Arabien /

- (7) Süddeutsche Zeitung Magazin vom 21.10.2005: 16
- (8) Etzemüller 2007
- (9) FAZ.net Special vom 28.4.2005
- (10) Ehrlich 1982
- (11) Soylent Green 1973
- (12) vgl. Tremmel 2005: 84-111
- (13) Fukuyama 1998: 38
- (14) Robert Bosch Stiftung (Hg.) 2006: 18-26, 64-74
- (15) Hondrich 2007; vgl. Tremmel 2005: 261-280
- (16) vgl. Kaufmann 2005: 63-115; Tremmel 2005: 213-310, Sinn 2004: 337-404

(17) Wie dem zu begegnen ist, ist Anliegen eines aktuellen Vorstoßes junger Parlamentarier, Generationengerechtigkeit im Grundgesetz zu verankern (Bt.-Drks. 16/3399).

(18) in Anlehnung an die Definition von "zukunftsfähig" im Duden (2007): "Bestand, Erfolg auch in der Zukunft versprechend, erwarten lassend"

(19) United Nations (Hg.) 2000

(20) United Nations (Hg.) 2004: 96

(21) Tremmel 2005, a.a.O.: 303

(22) Tremmel 2003: 27-79, 35; vgl. auch ders. 2005: 112-124

(23) Tremmel 2005: insb. 84-110, 227-230, 309

(24) vgl. Kaufmann 2005: 56-61 und 161-163, Tremmel 2005: 54-71

(25) vgl. Tremmel 2005: 303

(26) Ebenda: 261-280

(27) Homburg/Schnabel 2005: 5-7

(28) Ebenda: S. 7

(29) vgl. Kaufmann 2005: 72-82

(30) Klingholz et al. 2006: 9-22

(31) Deutscher Bundestag (Hg.) 2001: Tz. 21-136

(32) Ebenda: Tz. 24

(33) BMFSFJ (Hg.) 2003: 62

(34) vgl. Tremmel 2003

(35) Kaufmann 2005: 198-231, Tremmel 2004, ders. 2005

(36) Tremmel 2005: 277-280

(37) Kaufmann 2005: 56f.

(38) vgl. Tremmel 2005: 125-122

(39) Umfrage von stern, ZDF, McKinsey vom 24.4.2006

(40) Klingholz et al. 2006: 12; vgl. Bomsdorf 2005: 2-4

(41) Robert Bosch Stiftung (Hg.) 2006: 63f.

(42) BMFSFJ (Hg.) 2006

(43) vgl. Gründinger 2007

(44) Bertram/Rösler/Ehler 2005

(45) BMFSFJ 2006: Fn. 41

(46) Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.) 2007

#### Literatur:

BMFSFJ (Hg.) (2006b): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Siebter Familienbericht. Berlin.

BMFSFJ (Hg.) (2006): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik. Berlin.

Bomsdorf, Eckard (2005): Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Berlin.

Bundestagsdrucksache 16/3399.

Deutscher Bundestag (Hg.) (2001): Erster Bericht der Enquete Kommission "Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und

**Eine Gemeinde kann ihr Geld nicht besser anlegen, als indem sie Geld in Babies steckt.  
/ Winston Churchill /**

der Liberalisierung" (Drks. 14/7509). Berlin.

Ehrlich, Paul (1982): Die Bevölkerungsbombe. München.

Etzemüller, Thomas (2007): Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. Köln.

FAZ.net Special vom 28.4.2005.

Fukuyama, Francis (1998): Women and the evolution of world politics. In: Foreign Affairs, Sept./Okt.

Gründinger, Wolfgang (2007): Mehr Kinder wagen! Plädoyer für eine aktive Geburtenpolitik in Deutschland als Beitrag zur demografischen Zukunftsfähigkeit. Unveröffentlichtes Manuskript, Regensburg.

Homburg, Stefan/Schnabel, Reinhold (2005): Reform der Familienpolitik. Gütersloh.

Hondrich, Karl O. (2007): Weniger sind mehr. Warum der Bevölkerungsrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Frankfurt am Main.

Kaufmann, Franz Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Bonn.

Klingholz, Reiner et al. (2006): Demografie. Das Ende des Wachstums. In: Hauff, Volker/Bachmann, Günther (Hg.): Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen. Eine Generationenbilanz. Bonn.

Robert Bosch Stiftung (Hg.) (2006): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem - finanzielle Spielräume und Reformbedarf. Stuttgart.

Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Berlin.

Schirmacher, Frank (2005): Das Methusalem Komplott. München.

Sinn, Hans Werner (2004): Ist Deu-

tschland noch zu retten? München.

Soylent Green, USA (1973): deutscher Titel: "Jahr 2022... die überleben wollen".

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.) (2007): Wahlrecht ohne Altersgrenze? Demokratietheoretische, verfassungsrechtliche und entwicklungspsychologische Aspekte. München.

Süddeutsche Zeitung Magazin vom 21.10.2005.

Tremmel, Jörg (2005): Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationengerechtigkeit. Wiesbaden.

Tremmel, Jörg (2003): Generationengerechtigkeit - Versuch einer Definition. In: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Handbuch Generationengerechtigkeit. München.

Umfrage vom Stern. ZDF. McKinsey vom 24.4.2006.

UN Population Division (Hg.) (2004): World Population in 2300. New York.

United Nations (Hg.) (2000): Replacement migration: Is it a solution to declining and ageing populations? New York.

UN-Menschenrechtsresolution von Teheran (1968) und die Erklärungen der UN-Bevölkerungskonferenzen (Bukarest 1974, Mexiko 1984, Kairo 1994).

**ökom Verlag -  
Wir publizieren Zukunft**



### Handbuch Generationengerechtigkeit

Strahlender Atommüll, steigende Meeresspiegel, ausufernde Staatsverschuldung: Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Zeit für eine Ethik, die die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt. Unser neues Denken müsse auch über das hinausgehen, was heute als ökologische Krise umschrieben wird, fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Und entwirft gemeinsam mit Soziologen, Juristen, Philosophen und Ökonomen konkrete Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche. So entsteht aus dem Nachsinnen über ethische Grundsätze ein politisches Programm für eine generationengerechte Welt.

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen  
ökom Verlag, München 2003  
520 Seiten, ISBN 3-936581-09-6  
25,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

**www.oekom.de**

Erhältlich bei pan adress  
Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg  
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155  
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131  
E-Mail kontakt@oekom.de

# Changing minds and politics.

## Plädoyer für eine nachhaltige Familienpolitik<sup>1</sup>

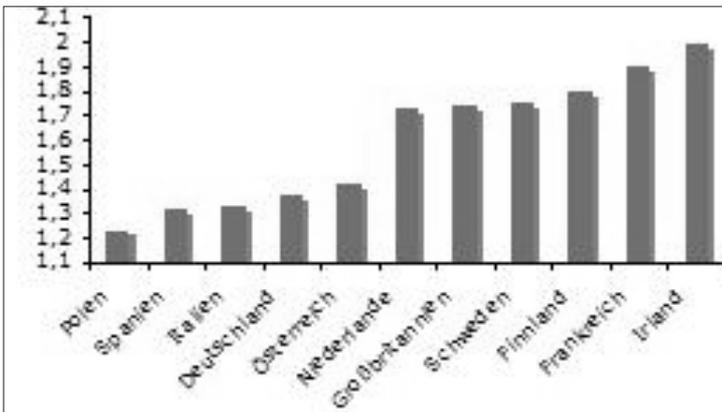
von Franziska Höring, Jan Lemanski, Stephan Schütze und Christoph Sperfeld

Anders als viele andere Politikbereiche betrifft Familienförderung die innerste Privatsphäre zwischenmenschlichen Zusammenlebens. Einstellungen und kulturelle Prägungen spielen daher eine große Rolle und dürfen in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Der vorliegende Artikel konzentriert sich jedoch nur auf die Familienpolitik, d.h. auf Maßnahmen des Staates und seiner Institutionen. Vor dem Hintergrund dieser Eingrenzung sowie der ungenügenden empirischen Befunde ist eine gewisse Bescheidenheit um die Reichweite der vorgeschlagenen Maßnahmen angebracht. Familienpolitik kann die Geburtenrate beeinflussen, doch fehlen das Wissen und notwendige empirische Daten, um kausale Zusammenhänge herzustellen. Zudem werden viele Maßnahmen erst langfristig Ergebnisse bringen, die in der Gegenwart nur schwer abzuschätzen sind. Letztendlich geht es um die ermöglichenden Bedingungen für eine Steigerung der Geburtenrate - ob diese in dem Maße eintritt wie erhofft, lässt sich nicht mit Gewissheit voraussagen. Der Vergleich mit anderen entwickelten Ländern der westlichen Hemisphäre legt nahe, dass zumindest eine Steigerung auf das Niveau skandinavischer Gesellschaften möglich und daher Ziel von Politik sein müsste.<sup>2</sup>

### Familienpolitik in Deutschland im internationalen Vergleich

Im europäischen Vergleich liegt Deutschlands Fertilitätsrate unterhalb des europäischen Durchschnitts von 1,5 Geburten je Frau. Tatsächlich kann man im Bezug auf die Geburtenrate von einer demographischen Zweiteilung der Europäischen Union sprechen.<sup>3</sup> Auf der einen Seite finden sich die südlichen, zentral und osteuropäischen Länder inklusive Deutschland mit einer Fertilitätsrate von unter 1,5 wieder, während Skandinavien, Großbritannien, Irland, die Niederlande und Frankreich Geburtenraten zwischen 1,6 und 2,0 aufweisen. Dies ist zwar immer noch ein Wert unterhalb dessen was für eine stabile Bevölkerungsentwicklung nötig wäre (die-

ser läge bei rechnerisch 2,1). Aber durch Zuwanderung und eine längere Lebenserwartung könnte dennoch ein Bevölkerungszuwachs verzeichnet werden.



Geburtenniveau (Geburten je Frau) im Jahr 2004 in ausgewählten europäischen Ländern, entnommen aus: Höhn/ Ette/ Ruckdeschel (2006)

Armutsgefährdungsquote 2000 in Prozent				
entnommen aus BMFSFJ/Familienforschung Baden Württemberg 2006				
EU	Insgesamt	Alleinerziehende	2 Erwachsene mit 1 Kind	2 Erwachsene mit 3 u.m. Kindern
EU-15	15	35	10	27
SWE	9	13	5	8
DAN	10	12	3	13
FIN	11	11	5	5
GER	11	36	9	21

In Deutschland bedeuten Kinder nach wie vor ein erhöhtes Armutsrisiko, wovon vor allem Alleinerziehende und Mehrkindfamilien betroffen sind.

Bei zwei so gegensätzlichen Lagern bietet sich ein innereuropäischer Vergleich an, zumal sich anhand von Staaten wie z.B. Dänemark zeigt, dass wachsender Wohlstand eines Landes nicht zwangsläufig sinkende Geburtenraten bedeutet.<sup>4</sup> Was lässt sich also von den erfolgreichen Ländern Europas für die Familienpolitik Deutschlands lernen? Weisen die erfolgreichen Länder Gemeinsamkeiten auf, die eine Korrelation zu einer hohen Fertilitätsrate erkennen lassen? Und lässt sich darauf auf Defizite in der gegenwärtigen deutschen Familienpolitik schließen?

Für Kinder und Familie werden in Deutschland im europäischen Vergleich überdurchschnittlich viele Finanzmittel eingesetzt.<sup>5</sup> Gleichwohl scheinen diese

Investitionen keine entsprechende positive Auswirkung auf die Geburtenrate zu haben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Gelder im Vergleich offenbar auch ineffektiv in der Armutsbekämpfung von Familien sind.

### Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik für die Bundesrepublik Deutschland

Der internationale Vergleich hat gezeigt, dass die Bundesrepublik in einigen Bereichen ihrer bisherigen Familienpolitik besondere Defizite aufweist, die es zu beseitigen gilt. Diese Defizite lassen sich sowohl normativ als auch strukturell begründen. Auf der normativen Ebene lässt sich feststellen, dass sich staatliche Politik und Fördermaßnahmen, in Deutschland ebenso wie in anderen Staaten, implizit an einem bestimmten Typus von Familie orientieren. Ein unzeitgemäßes Familienbild, das sich auf traditionelle Rollen der Geschlechter gründet, ist demzufolge Ursache vieler Probleme der aktuellen Politik. Immer noch gehen viele Maßnahmen davon aus, dass ein männlicher Alleinverdiener existiert und die

Erziehung und Betreuung der Kinder eine originäre Aufgabe der Frau sei. Viele der familienpolitischen Instrumente, wie beispielsweise das Ehegattensplitting, werden auch ohne das Vorhandensein von Kindern gewährt, während andere vor allem auf Ein- und Zweikindfamilien ausgerichtet sind. Ein solches Familienbild deckt sich nicht mit den gegenwärtigen Verhältnissen, weshalb vor allem Alleinerziehende, unverheiratete Paare mit Kindern und Mehrkindfamilien benachteiligt werden. Darüber hinaus werden damit Normen gefestigt, die der

Zukunftsorientierung zuwiderlaufen. Die Politik muss daher die gesamte Pluralität familialer Lebensgestaltung berücksichtigen und dementsprechend flexibel reagieren.<sup>6</sup>

Auf der strukturellen Ebene muss als größtes Defizit der familienpolitischen Anstrengungen das Fehlen eines Gesamtkonzepts bezeichnet werden. Historisch hat der Sozialstaat der Bundesrepublik Leistungen an Familien stets als ein Element ausgleichender Gerechtigkeit begriffen. Nach diesem Verständnis galt es, wirtschaftliche und soziale Benachteiligungen von Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen Lebensformen auszugleichen. Eine aktive,

Geburtenrate beizutragen.<sup>8</sup> Es gilt Bedingungen zu schaffen, die bestehende Kinderwünsche verwirklichen helfen und das Aufwachsen der Kinder in bestem Maße unterstützen. Nur so lässt sich vorausschauend dem demographischen Wandel entgegensteuern und die langfristige Hoffnung realisieren, dass sich die Deutschen wieder mehr Kinder wünschen.

Sollen die obengenannten Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik realisiert werden, dann müssen mittel- bis langfristig in folgenden Bereichen prioritäre Anstrengungen unternommen werden:

1. Die finanziellen Transferleistungen müssen dringend transparenter und ziel-

## **Handlungsempfehlungen für die finanziellen Transferleistungen des Staates**

In den europäischen Wohlfahrtsstaaten sind finanzielle Transferleistungen zugunsten von Familien in den vergangenen Jahrzehnten ein wesentlicher Bestandteil familienpolitischer Leistungen geworden. Obwohl die wissenschaftliche Forschung allgemeine Zusammenhänge zwischen finanziellen Zuwendungen und der Fertilitätsrate nachweisen kann, so lassen sich doch empirisch nur schwer kausale Beziehungen beschreiben. Umso erstaunlicher ist der enorme Stellenwert, der Geldleistungen in der öffentlichen Diskussion um die Familienpolitik in Deutschland beigemessen worden ist. Denn schließlich lässt sich auch für diesen Bereich annehmen, dass die Vielzahl von Einzelmaßnahmen in der Bundesrepublik ohne die Einbettung in ein familienpolitisches Gesamtkonzept wirkungslos bleiben werden.

Will man nun die familienpolitischen Leistungen der öffentlichen Hand quantifizieren, so sieht man sich mit einer Vielzahl von zum Teil stark voneinander abweichenden Zahlen konfrontiert.<sup>10</sup> Der Grund für die ungleichen Berechnungen liegt in der Heterogenität der Einzelmaßnahmen und einem damit einhergehenden Mangel an Transparenz ebenso wie in unterschiedlichen Auffassungen darüber, welche der vielfältigen Maßnahmen zu familienfördernden Maßnahmen im eigentlichen Sinne zu zählen seien.<sup>11</sup> Einige allgemeine Feststellungen lassen sich dennoch aus den verschiedenen Bilanzierungen ableiten. Im internationalen Vergleich weist Deutschland in Bezug auf die öffentlichen Ausgaben für Familien ein überdurchschnittliches Niveau auf,<sup>12</sup> wobei mit Blick auf die Fertilitätsrate diesen Transferleistungen scheinbar nur geringe Effekte gegenüberstehen. Eine Aufschlüsselung der Ausgaben zeigt zudem, dass deutlich mehr als zwei Drittel der Ausgaben auf Geldleistungen und Steuererleichterungen entfallen und nur weniger als ein Drittel auf Dienstleistungen, insbesondere auf die Kinderbetreuung.<sup>13</sup> In einigen skandinavischen Ländern, wie Dänemark, ist dieses Verhältnis annähernd umgekehrt.

Aufgrund des Fehlens eines Gesamtkonzepts sind die familienpolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik über die verschiedensten Regierungsressorts verteilt, finden sich in der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik ebenso wieder, wie in der Steuerpolitik und den Sozialversicherungen. Mangelnde Transparenz und fehlende Zielgenauigkeit der diversen

Erst bei den Enkeln ist man dann so weit, daß man die Kinder ungefähr verstehen kann.

/ Erich Kästner /

familien- und geburtenfreundliche Politik war nicht das Ziel. Eine nachhaltige Kinder- und Familienpolitik ist jedoch ihrem Wesen nach zukunftsorientiert und sollte daher, ähnlich wie die Bildungspolitik, als ein langfristiges Politikziel für die Gestaltung der Zukunftsfähigkeit des Landes betrachtet und dementsprechend formuliert werden.

Daraus folgt, dass Familienpolitik ihre Ziele definieren und ihre Instrumente daran ausrichten sollte. Eine neue Stoßrichtung muss Orientierung bieten, weg von einem traditionellen Familienbild und der dominierenden Maßgabe der ausgleichenden Gerechtigkeit, hin zu einer aktiven Familienpolitik, die das Umfeld der Familien positiv gestaltet und Kinderwünsche realisieren hilft. Partnerschaftliche statt geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen in der Familie und der Gesellschaft geben das neue Leitbild vor. Strukturelle Barrieren müssen in allen Lebensbereichen beseitigt und gleichzeitig die verschiedenen Formen und Optionen der familialen Lebensgestaltung der Bürger berücksichtigt werden,<sup>7</sup> zumal dann, wenn der Staat ein ursächliches Interesse an eben solchen Lebensentwürfen hat. Ein One-size-fits-all-Politikmodell wird daraus also nicht erwachsen. Nur ein Policy-Mix bietet Antworten, der die verschiedenen Faktoren beachtet, alle Politikbereiche mit einbezieht und auf die unterschiedlichen Zielgruppen ausgerichtet ist.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Lage in Deutschland hat eine nachhaltige Familienpolitik das langfristige Ziel, in erster Linie zu einer Erhöhung der

orientierter ausgestaltet werden.

2. Das Armutsrisiko von Familien muss deutlich verringert werden, insbesondere bei Alleinerziehenden und Mehrkinderfamilien.

3. Die öffentliche Förderung muss stärker von einer Entscheidung für das erste Kind hin zur Entscheidung für mehrere Kinder (Mehrkinderfamilien) gelegt werden.

4. Um allen Elternteilen, zur Zeit vor allem den Frauen, eine Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen, ist ein quantitativer Ausbau und eine qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung erforderlich.

5. Weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen ergriffen werden, insbesondere im Bereich flexibler zeitlicher Vereinbarungen für die Erziehung der Kinder.

6. Die Gleichstellung von Mann und Frau muss verbessert werden, z.B. hinsichtlich der immer noch großen Einkommensunterschiede.

Im Folgenden werden nun die Maßnahmen beschrieben, die notwendig sind, um diese mittel- bis langfristigen Ziele umzusetzen. Dafür empfiehlt es sich, wie in der Fachliteratur oft beschrieben,<sup>9</sup> die Maßnahmen im Rahmen von drei Dimensionen einer nachhaltigen Kinder- und Familienpolitik zu verorten: finanzielle Transferleistungen, Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus Platzgründen wird hier nur die erstgenannte Dimension im Detail dargestellt.

Finanztransfers sind die Folge.<sup>14</sup> Familienpolitische Leistungen müssen bei den unterschiedlichsten Behörden beantragt werden. Es ist sogar anzunehmen, dass eine große Anzahl von Familien die ihnen zustehenden Leistungen nicht vollständig beansprucht, weil sie ihnen nicht bekannt sind, oder weil der organisatorische Aufwand bei der Beantragung als zu groß wahrgenommen wird.

Finanzielle Transferleistungen müssen sich daher an den Zielen einer nachhaltigen Familienpolitik ausrichten; Instrumente entsprechend entwickelt und ausgerichtet werden. Dazu muss insgesamt ein Wandel von einer vom Familienlastenausgleich dominierten Transferpolitik hinzu einer expliziten Familienförderpolitik einsetzen. Als Zukunftspolitik müssen der Familienpolitik zudem die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden; doch existieren in Anbetracht der mangelnden Zielorientierung und Effizienz bestehender Maßnahmen noch einige Spielräume, Familien auch ohne massive Mehraufwendungen die benötigten Leistungen zukommen zu lassen.

Bei den nun folgenden Handlungsempfehlungen wird in Bezug auf die finanziellen Transferleistungen des Staates in direkte (Geldleistungen) und indirekte (steuerpolitische und mit den Sozialversicherungen verbundene) Leistungen unterschieden. Die Ausführungen konzentrieren sich ausschließlich auf große und relevante Ausgabenposten, deren Umgestaltung am ehesten Auswirkungen auf die Gestaltung eines positiven Umfeldes für die Erhöhung der Geburtenrate erwarten lassen.

#### a) Direkte finanzielle Leistungen

Bei den Geldleistungen des Staates für Familien sind zwei Posten hinsichtlich ihres Umfangs entscheidend: das Elterngeld sowie das Kindergeld.

Die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes ist wohl als größter Fortschritt in der jüngeren Geschichte der

### Die neueste Literatur zu Generationengerechtigkeit, übersichtlich zusammengestellt...

Das können Sie haben! Es sind noch einige Exemplare des Readers der Vorlesung von Jörg Tremmel an der Universität Frankfurt übrig. Zum Preis von 25 Euro (inklusive Versandkosten) erhalten Sie knapp 400 Seiten mit Texten zu folgenden Themen:

- Die Mehrdeutigkeit des ‚Generationen‘-Begriffs
- Gesellschaftliche Generationen
- Familiäre Generationen
- Was ist Generationengerechtigkeit?
- Rawls Schleier der Unwissenheit - angewandt auf das gewünschte Geburtsjahr
- Diskontierung - die ökonomische Methode der Zukunftsbewertung in der Diskussion
- Die Bedürfnisse zukünftiger (und heutiger) Generationen
- Generationenerbschaft I: Natürliches und künstliches Kapital
- Generationenerbschaft II: Sozialkapital und Kulturelles Kapital
- "Generation Praktikum / Generation Prekariat?" Haben Ungleichbehandlung von Jung und Alt auf dem Arbeitsmarkt
- Generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik: Finanzielle Generationenbilanzen
- Generationengerechte Rentenpolitik
- Generationengerechte Bildungspolitik
- Generationenpolitik in der alternden Gesellschaft - Wahlrecht für Unterachtzehnjährige?
- Das Strukturproblem der Demokratie - Zukünftige Generationen sind stimmlos
- Generationengerechtigkeit als Leitbild für Unternehmen

Bei Interesse überweisen Sie den Betrag von 25 € bitte an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Kto. Nr. 8039555800; BLZ 430 609 67; GLS Bank) und geben Sie ihre Adresse auf dem Überweisungsträger an. Sie erhalten die Reader dann per Post.

erhielten 42 Prozent nur den Mindestbetrag von 300 Euro, weitere 50 Prozent blieben unter der 1000-Euro-Marke.<sup>15</sup> Es zeigt sich also, dass eine Mehrheit der Bezieher nur wenig über dem Mindestbetrag von 300 Euro erhielt. Dies liegt insbesondere daran, dass das Elterngeld mehrheitlich von Frauen in Anspruch genommen wird und Männer durchschnittlich immer noch deutlich höhere

praktizierte Besserstellung von Geringverdienern bei der Berechnung könnte ergänzend weiter ausgebaut werden, wodurch den meist niedrigeren Gehältern von Müttern in einer Übergangszeit Rechnung getragen würde. Langfristig müssten im Rahmen einer Politik der Gleichstellung die Gehälter zwischen Männern und Frauen angeglichen werden; nur dann entfaltet das Elterngeld auch seine volle Wirkung.

Aufgrund der ohnehin geringen Bezüge werden sich zudem nicht viele Eltern für den Bezug von 50 Prozent des Elterngeldes über einen Zeitraum von zwei Jahren entscheiden. Daher sollte diese Regelung in Zukunft entfallen. In Anlehnung an Modelle aus skandinavischen Ländern würde es sich alternativ empfehlen, den vollen Betrag 12 bzw. 14 Monate lang zu zahlen und für Elternteile, die nicht sofort im Anschluss wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen möchten, zusätzlich einen ermäßigten, einkom-

Kinder erleben nichts so scharf und bitter wie die Ungerechtigkeit.  
/ Charles Dickens /

Familienpolitik zu werten. Im Sinne der zuvor genannten Ziele einer nachhaltigen Politik scheinen jedoch auch hier einige Veränderungen empfehlenswert. Die ersten Erfahrungen mit dem Elterngeld liegen inzwischen vor. Im ersten Quartal des Jahres 2007 erhielten 58.000 Personen Elterngeld, davon waren nur 4.000 Männer. Von dieser Mehrheit der Mütter

Gehälter beziehen. Da aber genau in den ersten Monaten die Unterstützung durch den Staat am wichtigsten ist, sollte an dieser Stelle an Nachbesserungen gedacht werden.

Mit Blick auf die realistischen Kosten und den Charakter einer Lohnersatzleistung sollte der Mindestbetrag auf mindestens 400 Euro angehoben werden. Die schon

mensunabhängigen Satz, etwa in Höhe des Mindestbetrags, bis maximal zum 18. Monat zu gewähren.<sup>16</sup> Dies würde die realistischen Kosten mit flexibleren Erziehungszeiten besser in Einklang bringen.

Das Kindergeld trägt den größten Anteil an den direkten Geldleistungen.<sup>17</sup> Es ist als Steuererleichterung im Rahmen des Familienleistungsausgleichs konzipiert - direkte und indirekte Transfers berühren sich also in dieser Konstruktion. Es wird

junger Menschen könnte diese Altersgrenze in einem nächsten Schritt weiter auf 21 Jahre abgesenkt werden, wobei im Gegenzug eine Erhöhung des Bafögs Ausgleich schaffen würde. Diese Mittel würden dann jedoch direkt den jungen Menschen zufließen und damit mehr Freiräume für ein selbstgestaltetes Leben bieten.<sup>22</sup>

Schließlich muss im Sinne der Transparenz langfristig angestrebt werden, diese Transferleistung aus dem System der

von Männern mit den höheren Gehältern, und trägt zur Aufrechterhaltung des traditionellen Geschlechterverhältnisses bei. Vor dem Hintergrund der formulierten Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik und der sich wandelnden Rolle der Frau in der Gesellschaft erscheint dieses System daher dringend reformbedürftig.

Im europäischen Vergleich lassen sich verschiedene Modelle zur Familienbesteuerung finden. Während viele skandinavische Länder, wie Dänemark und Schweden, konsequent auf eine Individualbesteuerung setzen, um so positive Anreize zur Erwerbstätigkeit beider Ehepartner zu setzen, besteht in Frankreich ein Modell des tariflichen Familiensplittings, das die Familien zusammen veranlagt, Kinder im Haushalt berücksichtigt und zusätzlich noch eine höhere Gewichtung ab dem dritten Kind beinhaltet.

Auch in den gegenwärtigen Debatten zur Reform des deutschen Ehegattensplittings werden viele Alternativmodelle diskutiert. Ziel sollte in jedem Fall sein, dass Kinder durch ein reformiertes Splittingverfahren berücksichtigt werden und gleichzeitig Anreize für eine Erwerbstätigkeit beider Ehepartner geboten werden. Reformen in Richtung eines Familiensplittings müssen jedoch behutsam angegangen werden, da auch im gegenwärtigen System ein vergleichsweise hoher Anteil von Ehepaaren mit Kindern von Splittingvorteilen profitieren, obwohl dies strukturell nicht im Ehegattensplitting veranlagt ist. Zudem muss die komplizierte Rechtslage beachtet werden.

Unter den diskutierten Vorschlägen scheinen Realsplitting-Modelle den obengenannten Zielrichtungen mittelfristig am ehesten zu entsprechen. Ein Realsplitting orientiert sich, entgegen dem jetzigen System eines Tarifsplittings, an einer Individualbesteuerung der beiden Ehepartner, bezieht dabei aber grundsätzlich Unterhaltsverpflichtungen innerhalb der Ehe/Familie mit ein. Da Kinder im Haushalt berücksichtigt werden müssten, sollte die Einführung eines Familienrealsplittings geprüft werden.<sup>25</sup> Erste Modellrechnungen ergeben verhältnismäßig milde Auswirkungen hinsichtlich der Umverteilung, wobei Einbußen mehrheitlich von höheren Einkommensgruppen getragen werden und damit allgemein eine egalisierende Dynamik wahrscheinlich ist.<sup>26</sup> Alleinerziehende würden im Vergleich mit anderen Gruppen überproportional von einer solchen Regelung profitieren. Gleichzeitig steigen die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung beider Ehepartner, bei der derzeitigen Situation insbesondere bei Frauen. Schließlich wird

Ich verzichte auf alle Weisheit, die nicht weinen, auf alle Philosophie, die nicht lachen, auf alle Größe, die sich nicht beugen kann - im Angesicht von Kindern.

/ Khalil Gibran /

als monatliche Vorausleistung auf eine einkommenssteuerliche Entlastung (Kinderfreibeträge) gewährt.<sup>18</sup> Grundsätzlich besteht ein Optionsmodell, bei dem Eltern entweder Kindergeld erhalten oder Freibeträge geltend machen können. Durch die Zahlung des Kindergeldes werden die Freibeträge jedoch nur bei höheren Einkommen wirksam, bei denen das gezahlte Kindergeld die steuerliche Freistellung nicht vollständig bewirkt, so dass davon nur eine Minderheit der Familien betroffen ist.

Bei der gegenwärtigen Regelung zeigen sich mit Blick auf die formulierten Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik zwei Schwachstellen. Zum einen, und obwohl kinderreiche Familien besonders unterstützungsbedürftig sind, werden Familien mit mehreren Kindern nur ungenügend gefördert.<sup>19</sup> Zum anderen wird das Kindergeld während der Ausbildungszeit an die Eltern ausgezahlt, was eine frühzeitige Selbständigkeit junger Menschen, die wichtig für eine Familiengründung ist, behindert.

Eine lang diskutierte Erhöhung des Kindergeldes könnte dazu genutzt werden, eine Staffelung unter Berücksichtigung der Kinderzahl einzuführen. Viele europäische Länder verfügen über solche Regelungen bzw. zahlen Mehrkindzulagen an Familien aus.<sup>20</sup> Für den deutschen Fall könnte etwa eine progressive stufenweise Aufstockung von z.B. 10 Prozent bis zum fünften Kind angedacht werden.<sup>21</sup> Solch ein Vorgehen würde Mehrkindfamilien gezielter fördern helfen.

Nach Entscheidung der Bundesregierung wird ab 2008 die Altergrenze für den Empfang von Kindergeld für Kinder in Ausbildung von 27 auf 25 abgesenkt. Im Sinne einer frühzeitigen Selbständigkeit

Einkommensbesteuerung auszugliedern, um Kindergeld und Kinderfreibeträge zu entflechten. Die hier angedachten Mehrausgaben bei den direkten Leistungen könnten so zumindest teilweise durch eine Reform steuerpolitischer Maßnahmen, wie im folgenden am Beispiel des Ehegattensplittings vorgestellt, gegenfinanziert werden.

#### b) Indirekte finanzielle Leistungen

Bei den indirekten finanziellen Leistungen ließen sich steuerpolitische Maßnahmen und Maßnahmen im Rahmen der Sozialversicherungen unterscheiden.

In den ersten Bereich gehört das viel diskutierte Ehegattensplitting, das eine der umfangreichsten Maßnahmen der Steuererleichterung darstellt.<sup>23</sup> Anfänglich wurde das Ehegattensplitting aufgrund der historisch engen Verbindung von Ehe und Familie, und der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ("Hausfrauenmodell") folgend, als familienpolitisches Instrument gesehen.<sup>24</sup> Die heute vorherrschende Pluralität an familialer Lebensgestaltung, die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und die Zunahme kinderloser Ehen lassen diese Begründung jedoch nicht mehr aufrecht erhalten.

Darüber hinaus fällt bei der Berechnung der Einkommenssteuer von zusammenveranlagten Ehepaaren der Splittingvorteil umso höher aus, je weiter die Einkommen der beiden Ehepartner auseinanderliegen. In Fällen, wo beide Partner jeweils die Hälfte des zu versteuernden Einkommens erbringen, ist der Splittingvorteil also gleich null. Kinder sind nicht in das Splitting einbezogen. Dieses Modell begünstigt damit vor allem Ehepaare mit Alleinverdienern, in den meisten Fällen

bei einer Umsetzung sogar mit geringfügigen steuerlichen Mehreinnahmen gerechnet.<sup>27</sup>

Zusammenfassend würde ein Familienrealsplitting mittelfristig ohne umwälzende Auswirkungen zielorientierter wirken und positive Effekte auf die Erwerbstätigkeit beider Ehepartner erreichen. Langfristig sollte jedoch eine grundlegende Reform im Bereich der Einkommensbesteuerung von Familien angestrebt werden. Eine Entflechtung von steuerlichen Erleichterungen, Freibeträgen und Kindergeldzahlungen würde das System transparenter gestalten helfen. Dabei darf auch eine vollständige Abschaffung des Splittings und eine Einführung einer Individualbesteuerung nach skandinavischem Vorbild nicht tabu sein, wenn im Gegenzug mit den beträchtlichen Mehreinnahmen Direktleistungen und Infrastrukturmaßnahmen ausgebaut würden.<sup>28</sup> Ebenfalls werden beträchtliche Leistungen im Rahmen des Familienleistungsausgleich im Bereich der Sozialversicherungen erbracht. Dazu zählen insbesondere die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Ehepartnern in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Berücksichtigung von Kindererziehung bei der Berechnung der gesetzlichen Rentenversicherung.<sup>29</sup> Daneben existieren noch eine Vielzahl weiterer Leistungen, womit der Familienleistungsausgleich im Rahmen der Sozialversicherungen insgesamt ausgesprochen intransparent und an vielen Stellen auch ineffizient ausgestaltet ist. Zudem werden die Kosten nur von abhängig Beschäftigten getragen, deren Gehälter unter der Beitragsmessungsgrenze liegen.

Um das bestehende System transparenter und zielorientierter zu gestalten, muss langfristig die Familienförderung von den sozialen Sicherungssystemen entflochten werden. Als einen ersten Schritt könnte zum Beispiel mittelfristig die Mitversicherung von Kindern in der Kranken- und Pflegeversicherung aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden.<sup>30</sup> Damit würden diese Leistungen klar als familienfördernde Maßnahmen erkenntlich sein und ihre zweckgebundene Ausgabe sicher gestellt werden. Zusätzlich würden auch die Nutznießer von Kindern in der Gesellschaft, vor allem die Kinderlosen, entsprechend ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit stärker zur Finanzierung beitragen.

### Struktur und Organisation

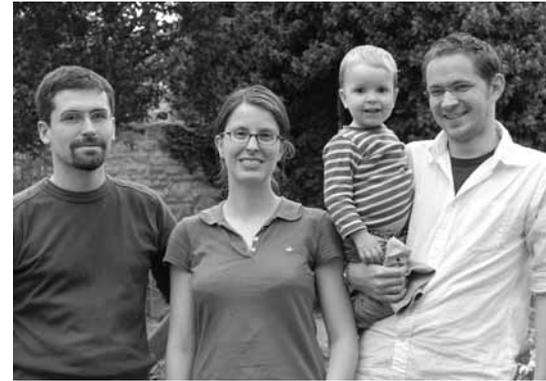
Sollen die aufgeführten Reformmaßnahmen der finanziellen Transferleistungen erfolgreich umgesetzt werden,

dann bedarf das gesamte System der Familienförderung auch einer effizienten strukturellen und institutionellen Ausgestaltung. Zur Zeit sind die etwa 150 Einzelmaßnahmen auf mehrere Dutzend Institutionen aufgeteilt. Eine transparente und zielorientierte Familienpolitik lässt sich so nicht gestalten. Besonders für Eltern stellt die Unübersichtlichkeit und die Verteilung der Maßnahmen über viele Institutionen einen erheblichen Zeitaufwand und eine unnötige Last dar.<sup>31</sup> Daher wird in der jüngeren öffentlichen Debatte vermehrt die Zusammenfassung und Bündelung der verschiedenen finanziellen Leistungen gefordert. In diesem Zusammenhang wird auch die Einrichtung einer neuen Institution, einer Familienkasse, wie sie zum Beispiel auch in Frankreich existiert,<sup>32</sup> diskutiert.<sup>33</sup>

Als ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Familienpolitik sollte mittelfristig die Einrichtung einer solchen Familienkasse erwogen werden, die sowohl die Finanzierung familienbezogener Leistungen in den sozialen Sicherungssystemen übernimmt, als auch die Mehrheit der familienfördernden Maßnahmen des Staates zusammenfasst.<sup>34</sup> Die Begründung einer solchen Institution würde zudem die Bedeutung der Familienpolitik auf gesamtstaatlicher Ebene stärken. Um eine nachhaltige Politik und eine sichere Finanzierung zu gewährleisten, sollte der neuen Institution langfristig ein parafiskalischer Charakter gegeben werden. Das heißt, die neue Familienkasse würde dann weitgehend unabhängig und selbständig die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Familienförderung übernehmen und diese auch aus eigenen finanziellen Mitteln, z.B. durch einen Anteil an der Einkommenssteuer, finanzieren.<sup>35</sup> Auf diese Weise würde die Familienförderung von kurzfristigen haushaltspolitischen Zwängen befreit und eine langfristige, verlässliche Basis für die Finanzierung geschaffen. Familienpolitische Maßnahmen könnten besser aufeinander abgestimmt werden und damit zielorientierter wirken. Schließlich würde die Transparenz für die Öffentlichkeit wesentlich erhöht. Familien fänden in den regionalen Vertretungen der Familienkasse einen einzigen kompetenten Anlaufpunkt für alle Belange der Familienförderung.

Die Einrichtung einer derart gestalteten Familienkasse könnte schrittweise erfolgen. So könnten zunächst Maßnahmen auf Bundesebene zusammengefasst werden, was einen ersten Konzentrationspunkt schaffen würde. Die Eingliederung weiterer Maßnahmen und Leistungen könnten folgen. Schließlich sollte im Rah-

men der Neuregelung des föderalen Finanzausgleichs auch eine fiskalische Reform der Familienförderung erwirkt werden. Denn die Neuregelung stellt eine hervorragende Möglichkeit dar, eine Familienkasse mit eigenen steuerlichen Einnahmen einzurichten, die familienbezogene Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen auszugliedern und zugleich Zuständigkeiten im Bereich der Familienpolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen klarer zu trennen und Ausgleichsfinanzierungen zu regeln.



Die Autoren

Franziska Höring, geb. 1978, studiert Politikwissenschaft in Jena, Auslandsaufenthalte an der University of Leicester (GB) und der University of California in Berkeley (USA), FES-Stipendiatin von 2001-2007.

Jan Lemanski, geb. 1979, studiert Politikwissenschaft in Jena, Auslandsaufenthalte an der Kansai Gaidai University (Japan) und der University of California in Berkeley (USA).

Stephan Schütze, geb. 1972, Studium der Psychologie in Potsdam und Public Policy in Erfurt und Berkeley (USA), zur Zeit Research Fellow am Max-Planck-Institut für Ökonomik in Jena.

Christoph Sperfeldt, M.A., geb. 1978, Studium der Politikwissenschaft in Jena und am IEP Rennes (Frankreich), zur Zeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Rektorat der Universität Jena.

### Anmerkungen:

(1) Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen (1) Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Wettbewerbsbeitrags. Die Originalfassung behandelt neben der Finanzpolitik auch die Dimensionen Infrastruktur und das Problem der Zeit.

(2) In Ländern wie Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark liegt die Geburtenrate im Bereich von 1,7 und 1,8.

(3) The Economist: Suddenly, the old world looks younger, 14.07.2007

(4) Die Theorie, nachdem wachsender Wohlstand mit einer sinkenden Geburtenrat korreliert wird als "ökonomisch-demografisches Paradoxon" bezeichnet.

(5) Vgl. BMFSFJ (2006). Deutschlands Ausgaben für Familien liegen etwa im Mittelfeld der hier als erfolgreiche Beispiele herangezogenen Länder.

(6) Auf die Berücksichtigung von Präferenzen und Einstellung in einer Gesellschaft mit differenzierten Lebensentwürfen hat vor allem Catherine Hakim in ihren Studien hingewiesen, vgl. Hakim (2003)

(7) So wies der Fünfte Familienbericht auf die "strukturelle Rücksichtslosigkeit" gegenüber Familien in der deutschen Gesellschaft hin, vgl. BMFSFJ (1995)

(8) Konzepte von nachhaltiger Familienpolitik wurde ebenfalls von Rürup /-Gruescu und von Bertram/Rösler/Ehlert präsentiert, vgl. Rürup/Gruescu (2003) und Bertam/Rösler/Ehlert (2003).

(9) Vgl. dazu auch Bertram/Rösler/Ehlert (2003).

(10) Für das Jahr 2005 gab das Familienministerium (BMFSFJ) den Umfang aller familienbezogenen Leistungen des Staates mit 184 Mrd. Euro an, BMFSFJ 2006.

(11) Vgl. BMFSFJ/FaFo (2006)

(12) Vgl. beispielsweise Rürup/Gurescu (2003), S. 41; und Bertelsmann-Stiftung (2002), S. 38ff.

(13) Rürup/Gurescu (2003) und Bertelsmann Stiftung (2002) geben für die Bundesrepublik ein Verhältnis von 71 Prozent zu 29 Prozent an

(14) Niejahr in ZEIT, 14/2005, "Aus tausend kleinen Kübeln"

(15) Siehe ZEIT Nr. 30 vom 19. Juli 2007

(16) Ähnliche Regelungen finden sich z.B. in Schweden. Um die Maßnahmen auch aus den anderen Dimensionen, Infrastruktur und Zeit, sinnvoll aufeinander abzustimmen, sollte die Elternzeit von drei Jahren auf 18 Monate reduziert werden. So stünde für den gesamten gesetzlichen Erziehungszeitraum eine adäquate Unterstützung bereit. Ein rechtlicher Anspruch auf eine qualitätsgesicherte frühkindliche Betreuung muss schließlich parallel mit dem frühest möglichen Auslaufen des Elterngeldes ab dem 12. Monat gegeben sein.

(17) Im Jahr 2005 wurde dafür annähernd 35 Mrd. Euro aufgewendet, BMFSFJ/FIT (2006)

(18) Dohmen/Himpele (2006). Verheirateten Ehepaaren steht ein Freibetrag für das allgemeine sächliche Existenzminimum von 3.648 Euro und ein Freibetrag

für Betreuungs- und Erziehungszeiten von 2.160 Euro pro Jahr und Kind zur Verfügung.

(19) Bei der derzeitigen Regelung erhalten Eltern für das 1. bis 3. Kind jeweils 154 Euro und erst ab dem 4. Kind und für alle folgenden 179 Euro.

(20) Eine Staffelung des Kindergeldes nach Kinderzahl ist besonders stark ausgeprägt in Frankreich, wo überhaupt erst ab dem 2. Kind Anspruch auf Kindergeld gibt; existiert aber auch z.B. in Finnland und Belgien. Zudem gibt es Mehrkinderzulagen auf den Normalsatz z.B. in Schweden und Österreich.



(21) Beispielrechnung für eine progressive stufenweise Aufstockung von 10 Prozent ausgehend vom derzeitigen Basissatz - 1. Kind: 154 Euro; 2. Kind: 169,40 Euro; 3. Kind: 186,34 Euro; 4. Kind: 204,97 Euro; 5. Kind (und für jedes weitere Kind): 225,47 Euro.

(22) Zur Problematik der frühzeitigen Selbständigkeit junger Erwachsener siehe auch die Langfassung dieses Beitrags.

(23) Laut einer Zusammenstellung des BMFSFJ/FIT (2006) wurden 2005 dafür etwa 19,3 Mrd. Euro aufgewendet; Maiterth (2005) gibt etwa 30 Mrd. Euro an. Damit birgt eine generelle Reform dieses Besteuerungsmodells erhebliche Reserven für die Familienförderung.

(24) Die Förderung von Ehe und Familie ist in Art. 6 GG verankert.

(25) Dies wäre nicht der Fall bei Modellen eines Ehegattenrealsplitting, wie verschiedentlich in der öffentlichen Debatte vorgeschlagen.

(26) Eine solche Modellrechnung legte das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Universität Köln (FIFO) vor, Bergs et al. (2006).

(27) Die FIFO-Studie erwartet fiskalische Mehreinnahmen von mehr als einer halben Milliarde Euro.

(28) Eine vollständige Abschaffung des Splittings würde nach unterschiedlichen Berechnungen zu Steuer Mehreinnahmen

bis zu 30 Mrd. Euro führen. Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (2007).

(29) Die Leistungen für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern beliefen sich im Jahre 2005 in der gesetzlichen Krankenversicherung auf etwa 14 Mrd. Euro und in der gesetzlichen Pflegeversicherung auf knapp 1 Mrd. Euro. Zudem leiste der Bund Beiträge für Zeiten der Kinderziehung an die gesetzliche Rentenversicherung in Höhe von etwa 12 Mrd. Euro. Vgl. BMFSFJ/FIT (2006).

(30) Siehe auch Vorschläge des Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen. Vgl. BMFSFJ (2006b).

(31) Großbritannien ist ein gutes Beispiel wie durch staatliche Anstrengungen ein "transparente Informationsangebot rund um das Thema Familie" ausgestaltet werden könnte.

(32) Die dortige Caisse Nationale d'Administration Familiale (CNAF) ist das zentrale Element der französischen Familienförderung.

(33) Eine solche Forderung wurde zum Beispiel jüngst auch im Siebten Familienbericht erhoben. Siehe BMFSFJ (2006a)

(34) Ähnliche Vorschläge wurden zum Beispiel von Schmähl (2004) und Spieß (2004) vorgebracht.

(35) Mehr zu parafiskalischen Organisationen und eine entsprechende Ausgestaltung der Familienkasse, siehe Spieß (2004).

## Literaturverzeichnis:

Bergs, Christian/Fuest, Clemens/Peichl, Andreas/Schaefer, Thilo (2006): Reformoptionen der Familienbesteuerung: Aufkommens-, Verteilungs- und Arbeitsangebotseffekte, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität Köln (FIFO).

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2002): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gütersloh.

Bertram, Hans/ Ehlert, Nancy/ Rösler, Wiebke (2005): Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, hrsg. vom BMFSFJ

BMFSFJ (1995): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland. Zukunft des Humanvermögens, Fünfter Familienbericht. Bonn.

BMFSFJ (2006a): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Siebter Familienbericht.

BMFSFJ (2006b), Wissenschaftlicher

Beirat für Familienfragen: Mehr Transparenz im monetären Familienleistungsausgleich. Familienfreundliche Reform der sozialen Sicherungssysteme. BMFSFJ/Fraunhofer Institut FIT (2006): Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates.

Dohmen, Dieter/Himpele, Klemens (2006): Umfinanzierung der elterlichen Kosten für den Schulbesuch der Kinder durch Kürzungen beim Kindergeld, FiBS-Forum Nr. 34. Köln/Berlin.

Dorbritz, Jürgen/Lengerer, Andrea/-Ruckdeschel, Kerstin (2005): Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden.

Economist, Suddenly, the old world looks

younger, 14.07.2007.

Hakim, Catherine (2003): Models of the Family in Modern Societies. Ideals and Realities. Ashgate.

Institut der deutschen Wirtschaft (IWD), Informationsdienst: Familienbesteuerung, Nr. 10/2007.

Klingholz, Reiner/Kröhnert, Steffen/van Nienke, Olst (2005): Emanzipation oder Kindergeld? Wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären. Berlin.

Lutz, Wolfgang/Milewski, Nadja (2004): Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei. Wandel der Normen in Österreich und Deutschland, in: Demographische Forschung aus erster Hand, Jahrgang 1, Nr. 2.

Maiterth, Ralf (2005): Familienpolitik und

deutsches Einkommensteuerrecht. Empirische Ergebnisse und familienpolitische Schlussfolgerungen, arqus Diskussionsbeiträge zur Quantitativen Steuerlehre Nr. 7.

Niejahr, Elisabeth: Aus tausend kleinen Kübeln, ZEIT 14/2005.

Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ. Berlin.

Schmähl, Winfried (2004): Mehr Zielgenauigkeit und Transparenz durch eine steuerfinanzierte Familienkasse, Wirtschaftsdienst.

Spieß, Katharina C.(2004): Parafiskalische Modelle zur Finanzierung familienpolitischer Leistungen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Berlin.

## Der Einfluss von Kinderbetreuung und Elterngeld auf die Entwicklung der Kinderzahl<sup>1</sup>

von Ulrike Caroline Müller

**F**ür Jahrzehnte galt im kollektiven Bewusstsein der Deutschen das "Erstmal-Prinzip", wonach "vor dem Kind erst mal Berufseinstieg, Hausbau, Heirat, finanzielles Polster kommen müssten"<sup>2</sup>. Besonders in den letzten Jahren wurden jedoch Alternativen erkundet: Die Vereinbarkeit von Familie, Kindern und Erwerbstätigkeit wurde zu einem der wichtigsten Themen der Familienpolitik.

### Aktuelle Studien zum Thema

Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg Ende 2003 in 1257 Interviews einen repräsentativen Querschnitt der 18-44-jährigen Bevölkerung zu den Einflussfaktoren auf die Geburtenrate.

Obwohl sich die Befragten mehrheitlich als Ideal die Zwei-Kinder-Familie vorstellen, sind 63 Prozent der Kinderlosen der Meinung, dass das Glück eines Paares nicht von Kindern abhängt. Sie sehen in Kindern zwar eine Option, die aber nicht zwingend realisiert werden muss. Von den Kinderlosen schließen 23 Prozent eine Elternschaft kategorisch aus, 35 Prozent sind sich noch nicht sicher und nur 42

Prozent der Befragten wollen bestimmt Kinder haben. Das zeigt, dass Kinder nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden.<sup>3</sup>

Mit der niedrigen Geburtenhäufigkeit in Deutschland beschäftigten sich auch noch andere Untersuchungen. So zeigt Jürgen Dorbritz in seiner Auswertung der Population Policy Acceptance Studie, bei der bis Mitte 2003 in Ost- und Westdeutschland 4000 Frauen und Männer befragt wurden, dass sich die Befragten mehrheitlich durchaus im Klaren darüber sind, dass der jetzige demografische Trend zu Problemen führen wird. Die zunehmende Kinderlosigkeit wird in den neuen Bundesländern stärker kritisiert (75,0 Prozent) als in Westdeutschland (67,4 Prozent). In den östlichen Bundesländern ist die Kinderlosigkeit nicht so stark verbreitet, dafür haben relativ viele Familien aber nur ein Kind. Im Westen dagegen bleiben ziemlich viele junge Frauen kinderlos, was ebenfalls zu einer geringen Geburtenrate führt. Knapp 30 Prozent entscheiden sich ganz bewusst gegen Kinder. "Es ist anzunehmen, dass die Gruppe mit ausgeprägt individualistischen Orientierungen familienpolitisch nur

schwer erreichbar und damit ein Faktor gegeben ist, der gegen Erfolge einer geburtenorientierten Familienpolitik steht".<sup>4</sup>

Auch der nicht vorhandene Partner (siehe Tabelle) ist ein Kriterium gegen eine Elternschaft. So wird ohne Partner die Realisierung von Kindern immer weiter hinausgeschoben, bis es irgendwann zu spät ist.

### Fördern Sie uns!

- Werden Sie ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG und unterstützen Sie uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Als Fördermitglied sind Sie zu allen öffentlichen Treffen des Vorstands und des Kuratoriums eingeladen. Der Jahresbeitrag kostet 50 €, für Unterdreißigjährige sogar nur 25 €.
- Füllen Sie bitte noch heute den Aufnahmeantrag auf der letzten Seite aus! Vielleicht werden Ihre Kinder und Enkelkinder es Ihnen danken.

Tabelle: Gründe von Frauen in Deutschland gegen ein (weiteres) Kind, nach Altersgruppen (kombinierte Anteile der "sehr wichtig" und "wichtig" Antworten in Prozent)

Rang	Grund	20-29	30-39	40-49
1.	Ich lebe allein und habe keinen festen Partner	83,1	74,4	56,3
2.	Ich habe schon so viele Kinder wie ich möchte bzw. ich möchte keine Kinder	41,7	76,2	80,1
3.	Ich mache mir zu viele Sorgen darüber, welche Zukunft meine Kinder erwartet	59,4	55,2	53,9
4.	Ich möchte meinen jetzigen Lebensstandard beibehalten	61,8	52,4	47,2
5.	Ein (weiteres) Kind würde zu hohe Kosten verursachen	47,8	41,4	42,6
6.	Ich bin/mein Partner ist zu alt	11,8	20,8	58,6
7.	Mein Partner ist dagegen	31,6	25,5	36,7
8.	Ich könnte mein Leben nicht mehr so genießen wie bisher	39,9	27,8	29,6
9.	Ich könnte es nicht mit meiner Berufstätigkeit vereinbaren	41,6	35,7	36,1
10.	Ich müsste Freizeitinteressen aufgeben	44,5	22,0	23,2
11.	Mein Gesundheitszustand erlaubt es nicht	25,9	20,5	29,0
12.	Meine Partnerschaft funktioniert nicht so, wie ich es mir vorstelle	26,6	17,1	20,8

Quelle: BiB/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2005) (Hg): Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. Bearbeitet von Dorbritz, Jürgen / Lengerer, Andrea / Ruckdeschel, Kerstin. Sonderheft der Schriftenreihe des BiB. Wiesbaden, S. 37.

Eine dritte Studie zum Thema "Kinder und Karriere" stammt vom Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock aus dem Jahr 2006. So beschreiben Holger von der Lippe und Laura Bernardi, dass es immer noch Unterschiede im Ost-West-Vergleich im Bezug auf die Familienplanung gibt. Zwar gibt es im Osten Deutschlands im Allgemeinen schwierigere ökonomische Randbedingungen, trotzdem ist der Anteil der Kinderlosen aber niedriger als im Westen. Besonders die Ungleichheiten werden in der Ansicht über die berufliche Verwirklichung und Familiengründung hervorgehoben. Für Westdeutschland gilt, dass "eine Familiengründung vor einer erfolgreichen beruflichen Etablierung nicht in Erwägung gezogen [wird]".<sup>5</sup> So ist im Westen "das Bewusstsein, dass eine Familiengründung durchaus auch den beruflichen und materiellen Status bedrohen kann (...)" sehr geläufig.<sup>6</sup> Dahingegen ist in Ostdeutschland diese Überlegung weniger ausschlaggebend. Die jungen Menschen, die in Rostock befragt wurden, legen eher Wert darauf, dass zwischen den Partnern eine Art von Gleichgewicht herrscht. So gab es "(...) häufig Berichte von Familienplänen und -gründungen vor oder während des Be-

rufseinstiegs, während einer Existenzgründung oder einfach "ohne groß zu planen".<sup>7</sup> Diese Studie zeigt deutlich, dass es zum einen finanzielle Sorgen sind, die das Hinausschieben des Kinderwunsches beeinflussen, andererseits aber auch die schwierige Situation der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familiengründung.<sup>8</sup> Dennoch bleibt eine zentrale Frage: "Kann der Staat überhaupt etwas bewirken, bei der privatesten aller Entscheidungen? Bei der Frage, wie und mit wem der Mensch sein Leben verbringt, ob er heiratet, sich scheiden lässt, Kinder bekommt oder lieber nicht?".<sup>9</sup> Im Folgenden soll darauf eingegangen werden, in wieweit familienpolitisch gestaltete Rahmenbedingungen, wie Kinderbetreuung, die und das Elterngeld sich positiv auf die Geburtenrate auswirken (können).

### Kinderbetreuung Formen der Kinderbetreuung und deren Angebot

Generell muss zwischen zwei Grundformen der Kinderbetreuung unterschieden werden: die häusliche und außerhäusliche Kindertagespflege. "Von einem Kindertagespflegeverhältnis spricht man

Die Zukunft des Volkes hängt nicht von der Zahl der Kraftwagen ab, sondern von der Zahl der Kinderwagen.  
/ Kardinal Josef Frings /

gemeinhin, wenn das Kind von einer Person betreut wird, die nicht zum engeren Haushalt der Eltern gehört, die Betreuung gegen Entgelt und regelmäßig erfolgt und auf längere Zeit ausgelegt ist".<sup>10</sup> Während die häusliche Kinderbetreuung insbesondere für Kinder unter drei Jahren vor allem von den Kirchen und Konservativen gefordert wird und diese Meinung auch in Westdeutschland noch sehr verbreitet ist, findet man dafür in

Ostdeutschland viel weniger Zuspruch. Da schon zu DDR-Zeiten der Staat sehr bemüht war, die Berufstätigkeit der Frauen zu unterstützen und in großem Umfang in die Erziehung der Kinder einzuwirken, gibt es schon seit langer Zeit eine hohe Versorgungsquote auch für Kinder unter drei und über sechs Jahren. Im Westen wird dagegen mehr auf soziale Netzwerke, Verwandte oder Freunde gesetzt.<sup>11</sup> Insgesamt war die Familienpolitik darauf ausgelegt, dass vor allem in den ersten Lebensjahren die Mutter im Regelfall ihr Kind selbst betreut. Nehmen die Familien die außerhäusliche Kinderbetreuung in Anspruch, gibt es verschiedene Einrichtungen, die von öffentlichen und freien Trägern gefördert werden. Kinder unter drei Jahren werden ausschließlich in Kinderkrippen betreut, während in Kindergärten Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt betreut werden. Nur in wenigen Bundesländern, können die Kinder schon mit zwei bzw. zweieinhalb Jahren in den Kindergarten gehen. Für Schulkinder gibt es die Möglichkeit, nach bzw. vor der Schule den Hort zu besuchen. Neben diesen Grundformen gibt es noch so genannte Kombieinrichtungen. Nicht zuletzt gibt es noch die Möglichkeit, Kinder unter drei Jahren zu einer Tagesmutter zu bringen.

### Kinderkrippen

2006 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa 251.000 Kinder in Kinderkrippen und 33.500 bei Tagesmüttern zumindest zeitweise außerhäuslich betreut. Der Anteil lag damit bei 13,5 Prozent (2002: 9 Prozent). Dass der Anteil 2006 in Ostdeutschland mit etwa 37 Prozent wesentlich höher ist als im Westen (nur 6,6 Prozent), liegt daran, dass es in Ostdeutschland schon zu

DDR-Zeiten ein flächen- und auch bedarfsdeckendes Angebot an Krippenplätzen gab.

### Kindergärten

Seit 1996 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren. Dieses Gesetz sollte den Frauen, die den dreijährigen Erziehungsurlaub voll ausgenutzt haben, die Rückkehr ins Erwerbsleben erleichtern. "Ein Grundproblem der

öffentlichen Kinderbetreuung besteht in der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Bundesländern: Zwar werden, wie im Falle des Kindergartengesetzes, bundespolitische Anforderungen formuliert, die Ausführungsgesetzgebung obliegt jedoch den Ländern. Für die Ausgestaltung der Pflichtaufgaben verbleibt den Kommunen dabei ein Ermessensspielraum, so dass der Umfang und die Form der Kinderbetreuung zwischen Ländern und Kommunen in Abhängigkeit von den beteiligten Akteuren, der Finanzlage, der Initiative der Bürger etc. erheblich variiert".<sup>12</sup>

"Zum Jahresende 2002 errechnete sich für Kindergartenkinder in Ostdeutschland eine Platz-Kind-Relation von 105 Prozent, also eine Vollversorgung, während sich für Westdeutschland nur eine Quote von 88 Prozent ergab".<sup>13</sup> Für 2,8 Millionen Kinder im Kindergartenalter gab es trotz des Rechtsanspruchs 2002 nur 2,51 Millionen Plätze in Kindergärten. Das heißt, es kann weder von einem flächendeckenden noch von einem bedarfsdeckenden Angebot gesprochen werden. Auch eine Platz-Kind-Relation von über 100 Prozent heißt nicht zwangsläufig, dass alle Kinder einen Kindergartenplatz haben, da es sich hier nur um statistische Daten handelt, die keine Aussage darüber machen, wo diese Plätze sind. So kann es sein, dass in manchen Regionen oder Gemeinden ein Überangebot an Plätzen zur Verfügung steht, und andererseits in Gemeinden und Städten im gleichen Bundesland viele Plätze fehlen.

Wichtig für den Vergleich von Betreuungsangeboten ist auch der zeitliche Betreuungsumfang, der von den Betreuungseinrichtungen geboten wird. Nicht einmal ein Viertel der Kindergartenplätze in Westdeutschland boten 2002 eine Ganztagsbetreuung an, die in Ostdeutschland mit 98 Prozent die Regel war. Die Ganztagsplatz-Kind-Relation liegt damit in Westdeutschland bei nur 21 Prozent, in Ostdeutschland dagegen bei 103 Prozent. "In Westdeutschland werden die Plätze überwiegend als Vor- und Nachmittagsplätze ohne Mittagessen (48 Prozent) sowie als Vor- oder Nachmittagsplätze ohne Mittagessen (24 Prozent) angeboten. Nur 3 Prozent der Plätze für Kindergartenkinder stehen in Westdeutschland als Halbtagsplätze mit Mittagessen zur Verfügung".<sup>14</sup>

Während Bayern, Hamburg und Bremen die höchste Ganztags-Platz-Kind-Relation in den alten Bundesländern aufweisen, bilden Baden-Württemberg mit nur 7 Prozent und das Saarland mit 15 Prozent das Schlusslicht, obwohl sie insgesamt die

höchsten Werte bei der allgemeinen Kind-Platz-Relation bei Kindergärten aufweisen.<sup>15</sup>

### Das Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG)

Das Tagesbetreuungsbaugesetz ist am 1.1.2005 in Kraft getreten und hat die rechtliche Grundlage für eine Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren geschaffen. So sollen bis 2010 insgesamt 230.000 neue Plätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege entstehen. Flächendeckend soll für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Platz angeboten werden. Neben diesem Hauptaspekt will man durch die frühe Förderung der Kinder die Qualität der Betreuung verbessern. Den Eltern soll eine Wahlmöglichkeit zwischen den unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten eröffnet werden. Das Ziel des Ausbaus ist ein bedarfsgerechtes Angebot für alle Altersgruppen. So soll die Betreuung zeitlich flexibel, vielfältig, vor allem aber auch bezahlbar sein. Außerdem soll das Angebot an Ganztagsplätzen weiter ausgebaut werden und der hohe Versorgungsgrad in Ostdeutschland gehalten werden.<sup>16</sup>

Die Kommunen sind durch das TAG gezwungen, zumindest für diejenigen Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot bereitzustellen, deren Eltern erwerbstätig sind oder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen. Da die dafür benötigten Plätze nicht kurzfristig geschaffen werden können, hat der Gesetzgeber den Kommunen die Möglichkeit geschaffen, das geforderte Versorgungsniveau bis spätestens 1.10. 2010 schrittweise umzusetzen.<sup>17</sup> (§24 SGB VIII)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) beschäftigte sich ebenfalls mit dem Thema Ausbau der Betreuungsplätze und untersuchte 2005 auf Basis von Mikrodaten des Sozio-Ökonomischen-Panels (SOEP), wie viele Plätze für Kinder unter drei Jahren wirklich fehlen

und kam zu sehr interessanten Ergebnissen. Nach Berechnungen des DIW würden etwa 250.000 Plätze allein für Kinder erwerbstätiger Mütter benötigt, so dass die Zahl von 230.000 geplanten Plätzen zunächst realistisch erscheint. Darüber hinaus wurde aber auch der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen für Mütter, die einen starken Erwerbswunsch haben, festgestellt. Das Ergebnis ist beeindruckend. 1,2 Millionen Plätze, würden von Müttern mit starkem Erwerbswunsch nachgefragt, wenn sie angeboten würden.

So wären nach diesen Schätzungen also sehr viele Kinder in der "Warteschlange" und für diese würden auch noch nicht die im Februar 2007 von Frau von der Leyen zusätzlich 500.000 geforderten Betreuungsplätze ausreichen.

Es müssen also deutlich mehr als 230.000 Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder eingerichtet werden. "Außerdem ist zu vermuten, dass eine Erhöhung des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen die

Tabelle 1: Hochrechnung: Wie viele Kinder unter drei Jahren warten auf einen Platz? In 1000 (gerundet)

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Kinder mit voll- oder teilzeiterwerbstätigen Müttern	61	194
Kinder mit geringfügig beschäftigten Müttern	6	122
Kinder, deren Mütter „so bald wie möglich“ arbeiten möchten	6	29
Kinder, deren Mütter „im nächsten Jahr“ arbeiten möchten	53	122
Kinder, deren Mütter in keiner der oben genannten Kategorien sind	84	583
<b>Summe (Kinder in „Warteschlangen“)</b>	<b>210</b>	<b>1050</b>
Grundgesamtheit	379	1854

Quelle: Spieß, Katharina C./ Wrohlich, Katharina (2005): Wie viele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland? - Neue Bedarfsermittlungen für Kinder unter drei Jahren auf Basis von Mikrodaten; in: DIW Berlin (Hrsg.): Wochenbericht; Nr. 14/2005; Berlin; S. 226

Erwerbstätigkeit von Müttern insgesamt erhöht".<sup>18</sup> Das heißt, dass dadurch noch mehr Krippenplätze benötigt werden könnten. Die Geburtenrate wird aber auch durch diesen Ausbau von Betreuungsplätzen nicht von heute auf morgen explodieren. Die potentiellen Eltern werden dadurch aber sicherlich darin bestärkt, wenigstens ihre Wunschkinderzahl zu realisieren. Dadurch könnte sich also die Geburtenrate leicht erhöhen.

## Elterngeld

Eltern, die sich in den ersten Monaten nach der Geburt eines Kindes zumindest teilweise selbst um die Betreuung des Kindes kümmern, erhalten Elterngeld. Das Elterngeld ist eine familienpolitische Leistung des Bundes für Eltern, deren Kinder nach dem 1.1.2007 geboren werden und ist somit auch ein Teil der neu ausgerichteten Familienpolitik. Damit tritt das Elterngeld an die Stelle des bisherigen Erziehungsgeldes, das für Kinder, die vor dem 1.1.2007 geboren wurden, weiterhin beantragt werden kann.<sup>19</sup>

"Kernelement des Elterngeldes ist die dynamische Leistung in Anknüpfung an das Erwerbseinkommen".<sup>20</sup> Die Neuerungen am Elterngeld beziehen sich vor allem auf die Höhe des ausgezahlten Betrags und darauf, dass mit der Umstellung auf das Elterngeld auch Eltern berechtigt sind, die es vorher beim Erziehungsgeld nicht gewesen wären. So soll nicht nur die Lebensgrundlage der Familien gesichert werden. Immerhin ersetzt das Elterngeld das nach der Geburt des Kindes wegfallende Nettoerwerbseinkommen zu 67 Prozent bis zu einer maximalen Höhe von 1800 € pro Monat. Für die Berechnung des Elterngelds sind die letzten zwölf Monate vor der Geburt des Kindes ausschlaggebend. Bei Selbstständigen wird der wegfallende Gewinn, abzüglich der anfallenden Steuern zu 67 Prozent ersetzt. Auch Nicht-Erwerbstätige, Sozialhilfeempfänger, Studenten und Schüler erhalten Elterngeld in Höhe des Mindestbetrags von 300 €. Für Geringverdiener und Mehrkindfamilien sowie bei Mehrlingsgeburten kann ein höheres Elterngeld zustande kommen. Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich der auszubezahlende Betrag um 300 € je weiterem Kind.<sup>21</sup> "Damit ist das Elterngeld in gewissem Sinne eine Versicherungsleistung, die Eltern für den Fall absichert, dass sie aufgrund von Betreuungsleistungen nicht erwerbstätig sein können".<sup>22</sup>

Das Elterngeld wird an Mutter und Vater des Neugeborenen für maximal 14 Monate gezahlt, wobei der Zeitraum unter den Eltern frei aufgeteilt werden kann. Ein Elternteil kann jedoch höchstens 12 Monate ausschöpfen, die andern beiden Monate sind für den Partner "reserviert". Dabei können die Eltern selbst wählen, ob sie sich das Elterngeld gleichzeitig oder nacheinander auszahlen lassen. Dadurch erhöht sich die Anzahl der Monate aber nicht. Alleinerziehende erhalten das El-

terngeld volle 14 Monate lang. Es ist auch möglich, den halben Betrag für einen doppelt so langen Zeitraum zu erhalten.<sup>23</sup> Mit der Trennung der 12 zu 2 Monaten sind letztendlich beide Eltern gezwungen, zumindest für 2 Monate zu pausieren, um den vollen Betrag auszuschöpfen.

Für Eltern, die früher für das Erziehungsgeld zu viel verdient haben, ergeben sich dadurch ganz neue Möglichkeiten, die es attraktiver machen könnten, zu Hause zu bleiben.

Anders sieht es dagegen bei Studenten, Schülern, Sozialhilfeempfängern, Hausfrauen und in Minijobs Beschäftigten aus. Konnten sie doch mit dem Erziehungsgeld mehr Geld erwarten und das auch noch über einen längeren Zeitraum.

Leicht entsteht der Eindruck, dass die Bundesregierung dadurch vor allem bes-

ausgeglichen wird, was das Elterngeld wiederum sehr attraktiv macht.

## Auswirkungen der finanziellen familienpolitischen Leistungen

Solange die Kinder noch ganz klein sind, steht den Familien am wenigsten Geld zur Verfügung. Das bisherige Erziehungsgeld bewirkte weder eine finanzielle Absicherung noch bewirkte es, dass mehr Eltern ihren Kinderwunsch realisierten.

Das Elterngeld ist dagegen als eine Einkommensersatzleistung (vergleichbar dem Arbeitslosengeld) konzipiert und soll Elternpaare erreichen, die sich für einen befristeten teilweisen oder kompletten Ausstieg aus dem Erwerbsleben entscheiden. "Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im zweiten Lebensjahr wird nach diesen Schätzungen auf knapp

40 Prozent ansteigen".<sup>24</sup> Auf Basis der höheren verfügbaren Transfers dürfte es damit zunächst zu einer erhöhten Geburtenneigung solcher Paare kommen, die bereits beruflich etabliert sind und über eine gewisse Einkommenshöhe verfügen.<sup>25</sup>

Die Höhe der Leistungen ist besonders für mittelmäßig bis gut Verdienende interessant, da sie schon im Arbeitsleben Fuß gefasst haben. Andererseits müssen sie im Falle des Wegfalls eines Teils des Einkommens aber auch mit den höchsten Verlusten rechnen. Für Eltern ohne bzw. mit nur geringem Einkommen ist es ausschlaggebend, ob sich ihre Situation verbessert, wenn sie sich

für Kinder entscheiden. Sollten sie eine relativ hohe Summe im Vergleich zur derzeitigen Situation erhalten, würde das die Anreize für Kinder wesentlich erhöhen.

Für diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt bereits fest integriert sind spielen finanzielle Anreize eine untergeordnete Rolle. "So ist (...) davon auszugehen, dass ein Personenkreis, der sich ohnehin durch eine starke Arbeitsmarktorientierung auszeichnet, weitgehend resistent gegenüber finanziellen Anreizen einer Elternschaft ist".<sup>26</sup> Da es sich beim Elterngeld um eine Einkommensersatzleistung handelt, "wird ein starker Anreiz für Männer wie für Frauen geschaffen, eine Familiengründung aufzuschieben, bis eine erste Arbeitsmarktintegration erreicht wurde und somit ein signifikantes Erwerbseinkommen zur Verfügung steht".<sup>27</sup> Das heißt, dass mehr potentielle Eltern zunächst ihre Elternschaft aufschieben könnten und dies zu einem Rückgang der Geburtenrate führt. Je später besonders die Frauen sich



ser gebildete und höher Qualifizierte dazu ermuntern möchte mehr bzw. überhaupt Kinder zu zeugen, sind es doch gerade diejenigen, die sich im Bereich der Reproduktion eher zurückhalten. Es bleibt jedoch fraglich, ob Besserverdienende, die sich an ein gewisses Konsumniveau gewöhnt haben, auf einen großen Teil ihres Einkommens verzichten werden, nur um 1800 € monatlich vom Staat zu bekommen. Und ist es nicht gerade für die Hochqualifizierten besonders schwer (vorstellbar) eine Zeit lang aus dem Berufsleben auszusteigen und ihre Karriere zu unterbrechen? Für genau diese Eltern wirkt sich möglicherweise die im Elterngeld vorgesehene Möglichkeit zur Teilzeitarbeit positiv aus, da sich dadurch der monatliche Bezug, der sich dann aus Elterngeld und Teilzeitlohn/-gehalt zusammensetzt, erhöht. So sieht das Elterngeld vor, dass die Differenz, die sich zwischen Teilzeitlohn/-gehalt und Vollzeitlohn/-gehalt ergibt zu 67 Prozent vom Bund

am Arbeitsmarkt integriert haben, desto später werden sie auch ihren Kinderwunsch realisieren. Ein Grund mehr, auch gute Einstiegsbedingungen für junge Menschen in das Erwerbsleben zu schaffen.

Es gibt aber auf längere Sicht gesehen auch positive Auswirkungen des Zwangs zu einer schnellen Rückkehr auf den Arbeitsmarkt nach spätestens einem Jahr: Frauen sind dadurch später finanziell besser abgesichert und haben Anspruch auf eine höhere Rente.

Damit aber durch das Elterngeld nicht nur Anreize geschaffen werden, schnell wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren, sondern dies auch realisiert werden kann, ist es zwingend notwendig, dass auch die Betreuungssituation für unter Dreijährige ausgebaut wird. "Durch die Kopplung an ein vorheriges Erwerbseinkommen würde zwar der Anreiz zur Erwerbsbeteiligung verstärkt werden. Die Kombination dieser Erwerbstätigkeit mit der Elternschaft bliebe aber ohne zusätzliche Betreuungsangebote unverändert schwierig".<sup>28</sup>

Flexible, an das Erwerbsleben der Eltern angepasste Öffnungszeiten sollten dabei zu einer Selbstverständlichkeit werden. Denn nur, wenn die Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen, werden sie sich zu

weise in vielen skandinavischen Ländern erfolgreich passiert, abgelöst wird. Sollte zudem kein paralleler Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter Dreijährige erfolgen, könnte das Projekt Elterngeld auch gegenteilige Auswirkungen haben.



Ulrike Caroline Müller, geboren 1981, studiert seit 2002 Demographie an der Universität Rostock.

### Anmerkungen

- (1) Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Wettbewerbsbeitrags.
- (2) FAZ 21.4.2005; Nr. 92; S. 1
- (3) Institut für Demoskopie Allensbach 2004: Einflussfaktoren auf die Geburtenrate - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung o.O. 2004. S. 16ff.
- (4) Dorbritz, Jürgen 2004: Demographisches Wissen, Einstellungen zum demographischen Wandel und Ursachen des Geburtenrückgangs in: Zeitschrift für Be-

land - Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Wiesbaden. S. 29.

(14)Ebenda. S. 32.

(15)Ebenda. S. 32ff.

(16) BMFSFJ (Hrsg.) (2006): Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Berlin.

(17) Das gesamte Sozialgesetzbuch SGB I bis SGB XII (2006). Walhalla U. Praetoria. VIII §24.

(18) Ebenda. S. 227.

(19) BMFSFJ (2006): Elterngeld und Elternzeit - Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Berlin. S. 7.

(20) Ebenda. S. 3.

(21) Ebenda. S. 7ff.

(22) Spieß, Katharina C./ Wrohlich, Katharina (2006): Elterngeld: Kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet in DIW Berlin (Hrsg.): Wochenbericht, Nr. 48/2006. S.689-693. Berlin. S. 690.

(23) BMFSFJ (2006): Elterngeld und Elternzeit - Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Berlin. S. 10ff.

(24) Spieß, Katharina C./Wrohlich, Katharina (2006). S. 689.

(25) Büchner, Charlotte/ Haan, Peter/ Schmitt, Christian/ Spieß, Katharina C./ Wrohlich, Katharina 2006: Wirkungsstudie "Elterngeld" - Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin; in: DIW Berlin (Hrsg.): Politikberatung kompakt. S. 33.

(26)Ebenda. S. 34.

(27) Ebenda. S. 35.

(28) Ebenda. S. 36.

(29) Ebenda. S. 38.

### Literaturangaben

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2006): Elterngeld und Elternzeit - Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Berlin.

BMFSFJ (2006): Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren - Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Berlin.

Bothfeld, Silke (2005): Vom Erziehungsurlaub zur Elternzeit - Politisches Lernen im Reformprozess. Frankfurt am Main.

Büchner, Charlotte/ Haan, Peter/ Schmitt, Christian/ Spieß, Katharina C./ Wrohlich, Katharina (2006): Wirkungsstudie "Elterngeld" - Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Bundesminis-

Wer viel mit Kindern lebt, wird finden, daß keine äußere Einwirkung auf sie ohne Gegenwirkung bleibt.  
/Johann Wolfgang von Goethe/

einer Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit trotz eines Kleinkinds entschließen können.

Kurzfristig wird das Elterngeld eine Elternschaft von bereits im Erwerbsleben Integrierten begünstigen und es ist zu erwarten, dass bei dieser Gruppe die Geburtenrate zunächst leicht ansteigen wird. Ganz im Gegensatz zu der Gruppe, die sich erst noch in der Arbeitswelt platzieren muss und bei der die Geburtenrate zunächst eher zurückgehen wird. Sowohl der Rückgang, als auch der Anstieg der Geburtenrate scheint aber nur durch die Verschiebung der Geburten nach vorne bzw. durch das Hinauszögern der Geburten zustande zu kommen und wird deshalb auch als "Timing-Effekt" bezeichnet. "Ob sich dadurch ein positiver Netto-Effekt auf das Geburtenniveau insgesamt ergibt, ist nicht abschätzbar".<sup>29</sup>

Langfristig wird sich das Elterngeld nur dann positiv auf die Geburtenrate auswirken, wenn zum einen insgesamt die Erwerbstätigkeit von Frauen noch mehr gefördert wird und dadurch auch das männliche Hauptnährermodell, wie beispiels-

völkerungswissenschaft, 29. Jahrgang, Heft 3-4/2004. Sonderheft zur Population Policy Acceptance Study. S. 355.

(5) Von der Lippe/Bernardi 2006: 2

(6) Dorbritz 2004, a.a.O. S.2

(7) Ebenda. S. 2.

(8) Ebenda. S. 1-2.

(9) Der Spiegel; 26.2.2007; Nr.9. S. 53.

(10) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2006): Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren - Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Berlin. S. 17.

(11) Hank, Karsten/ Kreyenfeld, Michaela/ Spieß, Katharina C. (2003): Kinderbetreuung und Fertilität. In: Deutschland in DIW Berlin (Hrsg.): Diskussionspapiere, Nr.331. S. 12.

(12) Bothfeld, Silke (2005): Vom Erziehungsurlaub zur Elternzeit - Politisches Lernen im Reformprozess. Frankfurt am Main. S. 51f.

(13) Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): Kindertagesbetreuung in Deutsch-

teriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin. In: DIW Berlin (Hrsg.): Politikberatung kompakt.

Das gesamte Sozialgesetzbuch SGB I bis SGB XII (2006). Walhalla U.Praetoria

Dorbritz, Jürgen (2004): Demographisches Wissen, Einstellungen zum demographischen Wandel und Ursachen des Geburtenrückgangs in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 29. Jahrgang, Heft 3-4/2004. Sonderheft zur Population Policy Acceptance Study. S. 329-362.

Hank, Karsten/ Kreyenfeld, Michaela/ Spieß, Katharina C. (2003): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. In: DIW Berlin (Hrsg.): Diskussionspapiere. Nr.331.

Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung.

Spieß, Katharina C./ Wrohlich, Katharina (2006): Elterngeld: Kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet in DIW Berlin

(Hrsg.): Wochenbericht, Nr. 48/2006. S.689-693. Berlin.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2004): Kindertagesbetreuung in Deutschland - Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Wiesbaden.

Von der Lippe, Holger/ Bernardi, Laura (2006): Zwei deutsche Ansichten über Kinder und Karriere. In: James W.Vaupel, Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock (Hrsg.): Demographische Forschung aus Erster Hand, Jahrgang 3, Nr.3, Rostock; S. 1-2.

## Historische Beispiele pronatalistischer Geburtenpolitik und ihre Wirkungen<sup>1</sup>

von Wilko Schröter

**E**ine pronatalistische Bevölkerungspolitik bezeichnet politische Maßnahmen einer Regierung, die auf eine Erhöhung der Fertilität und damit auf Bevölkerungswachstum bzw. auf die Verhinderung von Bevölkerungsrückgang ausgerichtet sind. Dies erfolgt meist mit Hilfe von familienpolitischen Maßnahmen wie finanziellen Anreizen oder materiellen Vergünstigungen, die im Zusammenhang mit der Geburt von Kindern gewährt werden.

Gelegentlich haben Regierungen auch versucht, mit Hilfe repressiver Maßnahmen einen Geburtenzuwachs zu erreichen, etwa durch das Verbot von Verhütungsmitteln oder von Schwangerschaftsabbrüchen (z. B. in Rumänien in den 1960er Jahren).

Im Folgenden sollen anhand von zwei Beispielen (DDR, Schweden) die Wirkungen einer pronatalistischen Bevölkerungspolitik demonstriert werden.

### Historische Entwicklung der Fertilität in Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Die Geburtenentwicklung in den ersten Jahrzehnten der BRD und der DDR wurde von den in der Zwischenkriegszeit geborenen Frauen geprägt. Ihre Generation war die Trägerin des "Baby-Booms" der 1950er und 1960er Jahre. In der Mitte der 1960er Jahre stieg die Gesamtfertilitätsrate mit über 2,5 auf einen Wert, der seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs

nicht mehr erreicht worden war. Die endgültige Kinderzahl lag allerdings auch in dieser Periode nur knapp über zwei, ein Hinweis darauf, dass auch im "Baby-Boom" das etablierte Ideal der "Zwei-Kinder-Familie" nicht mehr in Frage gestellt wurde.

Der Wiederanstieg der Geburtenraten war allerdings nur von kurzer Dauer. Bei der

der Frauen liegenden Kontrazeptivums, der "Anti-Baby-Pille", erleichterte Geburtenkontrolle und Familienplanung. Das rapide Absinken der Gesamtfertilitätsrate lässt sich durch die "Anti-Baby-Pille" allein nicht erklären. Offensichtlich überlagerte sich der langfristige Wandel der Fertilität mit den gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüchen der 86er-

Bewegung. Das neuerliche Sinken der Geburtenzahlen seit den 1960er Jahren vollzog sich ähnlich in der gesamten westlichen Welt und kann als "zweiter Fruchtbarkeitsrückgang" angesehen werden. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Gesamtfertilitätsrate in der BRD bzw. den alten Ländern bei einem Wert von rund 1,4 eingependelt. Deutschland liegt damit mit Ländern wie Österreich oder Italien am unteren Ende der westeuropäischen Fertilitätsskala.

Die endgültige Kinderzahl ging aber auch in dieser Periode weiter auf einen Wert um 1,6 zurück. Noch immer herrscht das Ideal der "Zwei-Kinder-Familie" vor, aber eine wachsende Zahl von Frauen bleibt nun zeitlebens kinderlos, in der seit 1965 geborenen Generation rund ein Drittel.



Gesamtfertilitätsrate seit 1950 im Ost-West-Vergleich

nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Frauengeneration setzte sich der langfristige Rückgang der Geburten fort. In der BRD sank die Gesamtfertilitätsrate im Jahrzehnt zwischen 1968 und 1978 von 2,4 auf 1,4. Dieser drastische Rückgang wird auch als "Pillenknick" bezeichnet. Die Verfügbarkeit eines neuen, sicheren und ausschließlich in der Verantwortung

## Die Familienpolitik der DDR 1972

Die Gesamtfertilitätsrate verlief in der DDR und BRD am Ende der 1950er Jahre trotz der unterschiedlichen wirtschaftlichen Systeme nahezu identisch.

Am Anfang der 1970er Jahre gab es auch in der DDR eine Entwicklung, die alle Industrienationen erfasst hatte: die veränderte Rolle der Frau in der Gesellschaft, die Gleichberechtigung der Geschlechter im Bildungssystem und die Verfügbarkeit eines wirksamen Mittels zur Familienplanung ließ die Gesamtfertilitätsrate binnen weniger Jahre sinken - in Deutschland von einem Wert von etwa 2,5 Kindern je Frau zur Hochphase des "Baby-Booms" in den 1960er Jahren auf einen Wert von 1,4 Mitte der 1972. Die ehemalige DDR leitete am Anfang der 1970er Jahre, aus Furcht vor Bevölkerungsverlusten, umfangreiche familienpolitische Schritte ein:

1972 wurde für Mütter mit drei Kindern unter 16 Jahren und für Mütter mit zwei Kindern, die im Mehrschichtdienst arbeiteten, die 40-Stunden-Woche eingeführt. Am 27. Mai 1976 nach dem IX. Parteitag der SED wurde diese Regelung auf alle Mütter mit zwei Kindern unter 16 Jahren ausgedehnt. Außerdem wurde der bezahlte Schwangerschafts- und Wöchnerinnenurlaub von 18 auf 20 Wochen verlängert. Ansonsten war es seitdem für Mütter nach der Geburt des zweiten Kindes möglich, sich bei voller Bezahlung für ein Jahr von der Arbeit freustellen zu lassen. Des Weiteren gab es zusätzliche finanzielle Anreize wie die Erhöhung der Geburtenbeihilfe von 500 Mark für das erste Kind, auf 1000 Mark für jedes weitere Kind, und die Gewährung von zinslosen Krediten an junge Ehepaare, die Ausweitung des Wohnungsbaus sowie die weitere Förderung von Kindergärten und -horten.

Dies führte dazu, dass, zumindest vorübergehend, die Gesamtfertilitätsrate deutlich erhöht wurde. Dies ist ein Zeichen dafür, dass Familienpolitik eine direkte Auswirkung haben kann. Allerdings sank die Rate ab den 1980er Jahren wieder, bis sie mit der "Wende" dann komplett auf 0,7 einbrach.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesamtfertilitätsrate die Entwicklung der Fertilität nur unzureichend widerspiegelt, denn Tempoeffekte können die Gesamtfertilitätsrate beeinflussen. Bei einem Aufschub der Geburten, häufig ablesbar an einem steigenden Durchschnittsalter von Frauen bei einer Erstgeburt, sinkt die Gesamtfertilitätsrate, ohne dass dies notwendigerweise mit einer Verringerung der Kinderzahl pro Frau und damit einem Rückgang der endgültigen Kinderzahl ein-

hergehen muss. Bei einem Rückgang der Gesamtfertilitätsrate ist somit erst bei Vorliegen der endgültigen Kinderzahl erkennbar, ob dies auf einen vorübergehenden Aufschub von Geburten oder auf eine langfristige Reduktion der Kinderzahl zurückzuführen ist.

Desgleichen wird aus einem Anstieg der Gesamtfertilitätsrate nicht ersichtlich, inwieweit dies auf einem Nachholen aufgeschobener Geburten oder auf einem langfristigen Anstieg der Kinderzahl pro Frau beruht.

Bei Betrachtung der Gesamtfertilitätsrate in der DDR ab 1972 zeigt sich, dass der Anstieg der Rate nach der Einführung der pronatalistischen Maßnahmen vor allem durch ein Vorziehen der ohnehin geplanten Geburten ausgelöst wurde, die dann allerdings am Ende der 1980er Jahre fehlten und so zu einem Einbruch der Gesamtfertilitätsrate führten. Außerdem stieg das Erstgebäralters der Mütter mit der "Wende", löste damit ein Aufschieben der Geburten aus, und verstärkte somit den Einbruch der Gesamtfertilitätsrate zusätzlich. In langfristiger Perspektive haben die pronatalistischen Maßnahmen also zu keinem Anstieg der Fertilität geführt.

## Heutiger Stand

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stieg die Gesamtfertilitätsrate in den neuen Bundesländern wieder an, wenn auch sehr langsam und ohne die Kluft zwischen dem alten und dem neuen Bundesgebiet wirklich zu schließen.

Der leichte Anstieg in den 1990er Jahren in den alten Bundesländern ist auf die Alterszusammensetzung der Bevölkerung zurückzuführen, da die geburtenstarken Jahrgänge nun selbst die Familiengründungsphase erreichen.

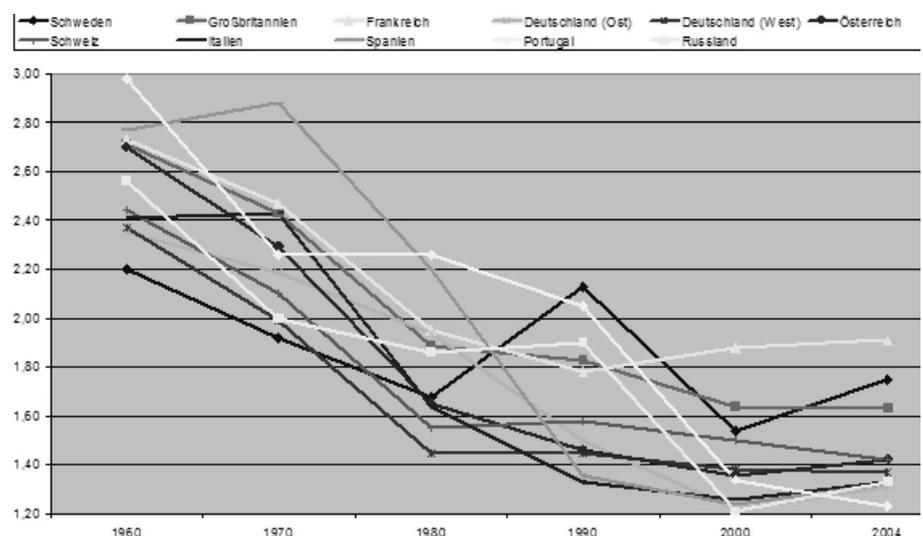
Die Gesamtfertilitätsrate schwankt zwar

seit Mitte der 1970er Jahre im früheren Bundesgebiet zwischen 1,2 und 1,4 Kindern je Frau. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch eine unveränderte Geburtenentwicklung und kann über die Verschiebungen der altersspezifischen Fertilitätsraten hinwegtäuschen: Bei einem Vergleich von 1980 und 2002 mit einer Gesamtfertilitätsrate von 1,36 Kindern stellt man fest, dass sich die altersspezifischen Fertilitätsraten in den einzelnen Altersjahren der Frauen stark unterscheiden: So beträgt beispielsweise die altersspezifische Fertilitätsrate im Alter 26 des Jahres 2002 lediglich 68 Prozent der altersspezifischen Fertilitätsrate der 26-Jährigen im Jahr 1980; bei den 40-Jährigen ist es umgekehrt: Die altersspezifische Fertilitätsrate der 40-Jährigen im Jahr 2002 ist mehr als doppelt so hoch wie die im Jahr 1980. Diese Veränderungen sind Folge eines langfristigen Prozesses, der dazu führt, dass sich von Jahr zu Jahr nicht nur die Höhe, sondern auch die Verteilung der Geburten nach dem Alter der Mütter verändert. Aus Zeitvergleichen der altersspezifischen Fertilitätsraten sind diese Veränderungen bekannt und führen zu einem höheren durchschnittlichen Gebäralter der Mütter.

Die Gesamtfertilitätsrate in den neuen Bundesländern weist nach wie vor ein niedrigeres Niveau als in den alten Bundesländern auf: Der tiefste Stand von 1994 ist zwar überwunden, aber die Gesamtfertilitätsrate scheint auf dem im Jahr 2000 erreichten Stand von etwa 1,2 Kindern zu verharren.

## Historische Entwicklung der Fertilität im europäischen Vergleich seit den 1960ern

Eine der wichtigsten europäischen Datenquellen zur demographischen Statistik sind die jährlich erscheinenden „Recent



Gesamtfertilitätsrate in ausgewählten europäischen Ländern

Demographic Developments' des Councils of Europe.<sup>2</sup> Die aus den Daten der nationalen Statistikämter gespeisten Zusammenfassungen erlauben einen Überblick über wichtige Fertilitätsparameter, wie das Ersttheirts- und Erstgeburtsalter von Frauen oder die Gesamtfertilitätsrate und Endgültige Kinderzahl. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden 10 (bzw. 11 vor 1990) europäische Länder ausgewählt, die alle demographischen Entwicklungen repräsentieren.

Bei allen europäischen Ländern ist ein dramatischer Rückgang der Gesamt-

1960 geborenen Frauen zwischen 1,90 (Dänemark) und 2,09 (Norwegen) noch nah am Reproduktionsniveau.

### Schwedens Elterngeld 1980/1986

In den skandinavischen Staaten sind wie in allen westeuropäischen Ländern die Gesamtfertilitätsraten seit den 1960er Jahren deutlich gesunken.

Sie stabilisieren sich seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts auf einem im europäischen Vergleich relativ hohen Niveau zwischen 1,75 (Schweden) bis 1,83 (Norwegen) im Jahr 2004.

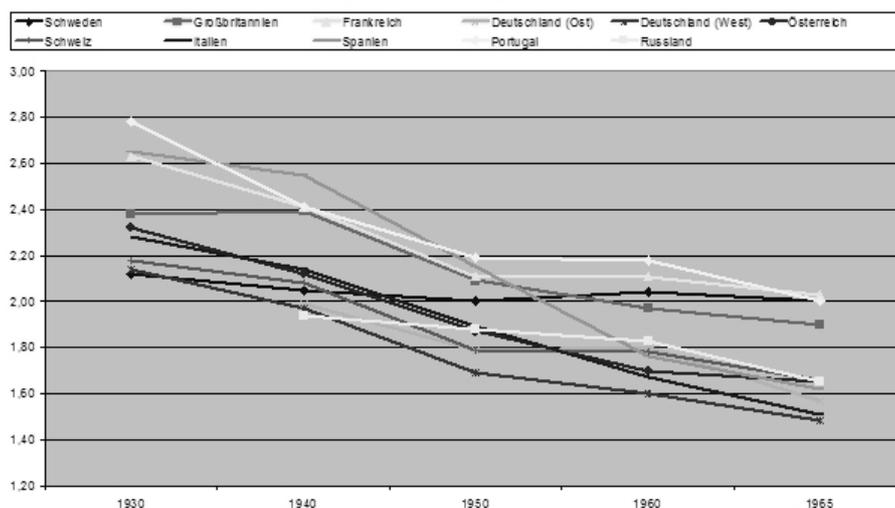
Die schwedische Elterngeldregelung besitzt dabei seit 1980 eine Besonderheit, die den Geburtenabstand betrifft. Eltern, die ein weiteres Kind innerhalb von 24 Monaten nach dem vorangegangenen Kind gebären (seit 1986 30 Monate), können Elterngeld auf der Basis des vor dem vorherigen Kind erzielten Einkommens erhalten, sodass sich eine Verringerung des Einkommens etwa durch Teilzeitbeschäftigung, Elternzeit oder Erwerbsverzicht nach dem vorangegangenen Kind nicht auf die Höhe des Elterngelds auswirkt.<sup>4</sup>

Außerdem gewährt Schweden seit 1980 im Falle der Erkrankung des Kindes einen Pflegeurlaub von bis zu 120 Tagen pro Kind und pro Jahr, wobei 60 Tage davon in Anspruch genommen werden können, falls die übliche Betreuungsperson oder Betreuungsinstitution nicht in der Lage sind, das Kind zu betreuen (etwa durch Krankheit der Betreuungsperson oder weil die Betreuungsinstitution geschlossen ist).<sup>5</sup>

Die Einführung der "Geschwindigkeitsprämie" beim Elterngeld führte in Schweden in den 1980er Jahren zu einem starken Anstieg der Gesamtfertilitätsrate.

Andersson, Hoem, Duvander konnten zeigen, dass die Änderung der Elterngeldregelung zu einer Verkürzung des Geburtenabstandes führte.<sup>6</sup> Dies bewirkte in erster Linie einen deutlichen Anstieg der Zweitgeburtenraten und Drittgeburtenra-

CFR in ausgewählten europäischen Ländern

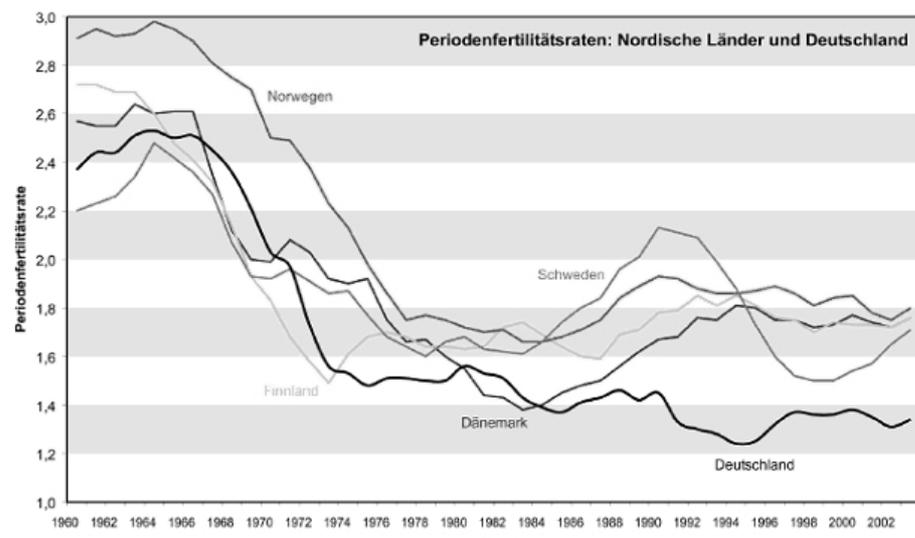


Endgültige Kinderzahl in ausgewählten europäischen Ländern

fertilitätsrate unterhalb des Reproduktionsniveaus (2,085 Kinder) zu beobachten. Frankreich weist unter den ausgewählten Ländern mit 1,91 Kindern noch den höchsten Wert auf.

Diese relativ hohe Gesamtfertilitätsrate lässt sich durch die hohe Fertilität von Einwanderinnen aus den ehemaligen Kolonialstaaten (vor allem Algerien) erklären. Herwig Birg schätzt, dass die Gesamtfertilitätsrate ohne diese Migrantinnen bei ungefähr 1,7 Kindern liegen würde.<sup>3</sup>

Auch bei der endgültigen Kinderzahl ist ein Abwärtstrend zu beobachten, der allerdings nicht so dramatisch wie bei der Gesamtfertilitätsrate ausfällt. In Deutschland haben nur die um 1930 geborenen Frauen eine zur Reproduktion der Elterngeneration benötigte Kinderzahl hervor gebracht. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, so deutet dies darauf hin, dass die aufgrund des steigenden Gebäralters durch die Gesamtfertilitätsrate etwas zu niedrig ausgewiesene tatsächliche Fertilität nach Abschluss der fertilen Phase aller beteiligten Generationen nicht mehr zu einer Reproduktion der Elterngeneration führen wird. In den skandinavischen Ländern liegt die die endgültige Kinderzahl für die



Gesamtfertilitätsraten: Skandinavische Länder und Deutschland.

Die geburtenbezogene Familienpolitik der skandinavischen Staaten mit ihrer Hauptmaßnahme "Elterngeld" zeichnet sich vor allem durch eine Bindung an die vorherige Erwerbstätigkeit aus, um den Erhalt des Lebensstandards auch während der Karenzzeit ermöglichen, und ist im Allgemeinen nicht an den Familienstand gekoppelt.

ten, wie aus den in den skandinavischen Ländern erhältlichen Bevölkerungs-Registerdaten eindeutig zu ersehen ist. Der Rückgang der Fertilität in den 1990er Jahren war nicht mit einer grundlegenden Änderung des Verhaltens in Bezug auf den Geburtenabstand verbunden und zeigt auch hier, dass die Elterngeld-

regelung lediglich einen Tempoeffekt ausgelöst hat, d. h., dass die geplanten Zweit- und Drittgeburten lediglich vorgezogen wurden, aber dann in den 1990er Jahren fehlten. Diese Art der Tempoeffekte durch vorgezogene Geburten ist im Nachhinein vor allem durch die sinusförmige Schwingung der Gesamtfertilitätsrate auszumachen. In langfristiger Perspektive bedeutet dies wiederum, dass auch diese pronatalistische Maßnahme zu keiner nachhaltigen Erhöhung der Fertilität geführt hat. Dies wird umso deutlicher, wenn man in Betracht zieht, dass im Vergleich der skandinavischen Länder Dänemark eine eher restriktive Geburtenpolitik aufweist. So wird das Elterngeld seit seiner Einführung 1984 im Verhältnis zum Arbeitslosengeld bezahlt und entspricht damit den im Sozialleistungsbereich üblichen Leistungen. Außerdem liegt die Dauer der Elternzeit bei gerade einmal 30 Wochen (Schweden: 64 Wochen). Dennoch befindet sich auch dort die Gesamtfertilitätsrate mittlerweile auf dem gleichen Niveau der anderen skandinavischen Staaten.

### Bewertung bevölkerungspolitischer Maßnahmen

Die Erfahrungen von pronatalistischen Maßnahmen, die hier an zwei Beispielen demonstriert wurden, zeigen, dass die langfristige Wirksamkeit politischer Maßnahmen zur Geburtenförderung als sehr begrenzt einzuschätzen ist. Nachgewiesene langfristige Wirkungen, wenn auch von geringem Ausmaß, zeigen lediglich Maßnahmen, die auf eine bessere Vereinbarkeit von Frauenerwerbstätigkeit und Kindererziehung abzielen. Diesen geringen Einfluss der Frauenerwerbstätigkeit auf die Fertilität beweist u. a. die identische Fertilitätsentwicklung zwischen der DDR und der BRD vom Ende der 1950er Jahre bis zur Durchführung der bevölkerungspolitischen Maßnahmen in der DDR 1972 bei völlig unterschiedlichen Frauenerwerbsquoten (z. B. 1970: DDR: 75 Prozent, BRD: 48 Prozent).<sup>7</sup>

### Handlungsempfehlungen

Da eine rein pronatalistische Familienpolitik mittels Mittelzuweisungen lediglich Tempoeffekte auslöst, die langfristig keine Erhöhung der Kinderzahlen bewirken, muss das Hauptziel darin bestehen, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die den bereits vorhandenen Kinderwünschen im Weg stehen. Zudem tut eine nachhaltige Familienpolitik gut daran, die von den Eltern erbrachten Erziehungsleistungen in verstärktem Maß anzuerkennen und die Bevölkerung über die Folgen

eines individuellen demographischen Verhaltens aufzuklären.

Dies bedeutet auch zu prüfen, wo Politik im Lebenslauf am besten reagieren kann, um Kindererziehung als mögliche Handlungsoption reizvoll zu machen und die Realisierung solcher Vorstellungen zu ermöglichen.



Wilko Schröter ist seit 2005 Assistent in Ausbildung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien und absolviert ein Doktoratsstudium in Geschichte.

### Anmerkungen:

- (1) Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Wettbewerbsbeitrags.
- (2) Council of Europe 2005, 2006
- (3) Birg 2005: 41
- (4) Hoem 1993
- (5) Neyer et al. 2006: 19
- (6) Andersson/ Hoem/Duvander 2006
- (7) Förster 1991: 18

### Literatur:

Andersson, Gunnar / Hoem, Jan Michael / Duvander, Ann-Zofie (2006): Social dif-

ferentials in speed-premium effects in childbearing in Sweden. In: Demographic Research 14.4. S. 51-70.

Birg, Herwig (26.02.2005): 100 Jahre Geburtenrückgang. In: FAZ. 48/2005. S. 41.

European population Committee of the Council of Europe (2005): Recent demographic developments in Europe 2004.

European population Committee of the Council of Europe (2006): Recent demographic developments in Europe 2005.

Förster, Annette (1991): Vergleich und Analysen der Frauenerwerbstätigkeit im Deutschland der Nachkriegszeit. In: Assenmacher, Marianne (Hg.): Frauen am Arbeitsmarkt. Marburg: Metropolis-Verlag. S. 17-34.

Hoem, Jan Michael (1993): Public Policy as the Fuel of Fertility. Effects of a Policy Reform on the Pace of Childbearing in Sweden in the 1980s. In: Acta Sociologica 36. S. 19-31.

Neyer, Gerda et al. (2006): Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern. MPIDR WORKING PAPER WP 2006-022.

.....

**Ihre Spende für unsere Projekte**

Die SRzG ist eine gemeinnützige Stiftung mit vielen enthusiastischen Helfern und Fördermitgliedern, stets neuen Projekten, jedoch auch sehr geringen finanziellen Mitteln. Nachdem das Weiterbestehen der SRzG im letzten Jahr gesichert werden konnte, bitten wir Sie, uns auch weiterhin zu helfen, damit wir uns für eine bessere Zukunft stark machen können.

Zurzeit arbeitet die SRzG an folgenden Großprojekten:

- Kampagne für die Verankerung von Generationengerechtigkeit in der deutschen und in der europäischen Verfassung
- Zeitschrift "Generationengerechtigkeit!"
- Sommerakademie "Generationengerechtigkeit und Demografischer Wandel"
- Wissenschaftliche Fachtagung zum Thema "Generationengerechtigkeit und Demografischer Wandel"
- 4. Generationengerechtigkeits-Preis zum Thema: Generation P. Ungleichbehandlung von Jung und Alt in der Arbeitswelt'
- 1. Demografie-Preis für Nachwuchswissenschaftler
- Buchprojekt "Wahlrecht ohne Altersgrenze?"
- International Volunteer Office

Jede Spende hilft und "zu kleine" Spenden gibt es nicht. Wenn Sie gezielt eines unserer Projekte unterstützen wollen, geben Sie im Verwendungszweck den Projektnamen an, ansonsten überweisen Sie einfach mit dem Verwendungszweck "Spende" auf:

- SRzG, Konto 8039555800, GLS-Bank eG (BLZ 43060967).
- Sie erhalten eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung.

.....

**D**er Blick in andere Länder zeigt: Allgemeingültige Rezepte zur Geburtensteigerung gibt es nicht. Und darin sehe ich auch nicht die Aufgabe einer nachhaltigen Familienpolitik. Vielmehr geht es darum, dass Menschen die Zahl an Kindern bekommen können, die sie sich wünschen. In Deutschland wollen junge Paare derzeit mehr Kinder, als tatsächlich geboren werden. Das muss sich ändern! Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, gute Bedingungen für ein Leben mit Kindern schaffen und ein Klima, in dem Kinder willkommen sind.

Familienpolitik kann dazu nur den passenden Rahmen setzen: Familien brauchen einen harmonischen Dreiklang aus finanziellen Leistungen, unterstützender Infrastruktur - dazu gehört die Kinderbetreuung - und Zeit füreinander. Mit dem Elterngeld hat die Bundesregierung in der finanziellen Unterstützung von Familien bereits einen neuen Weg beschritten. Der nächste, konsequente familienpolitische Schritt ist der Ausbau der Kinderbetreuung, auf den sich Bund, Länder und Kommunen verständigt haben. Wenn es um Zeit für Familien geht, spielen aber auch familienbewusste Arbeitsbedingungen eine entscheidende Rolle.

Ich freue mich, wenn wir es durch gute Familienpolitik schaffen, dass sich mehr Männer und Frauen für ein Leben mit Kindern entscheiden. Aber diese höchstprivate Entscheidung fällt jeder und jede für sich - und das ist gut so.



Ursula von der Leyen ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**D**eutschland ist im internationalen Vergleich ein Niedrig-Fertilitäts-Land, kann sich bei weitem nicht mit Schweden oder Frankreich messen. Deutschland ist ein Kinder entwöhntes Land geworden. Ob es der Lage sein wird, das Geburtenental zu verlassen, ist nur schwer vorhersehbar. Dagegen sprechen gewichtige Faktoren. Kleine Familien sind die Norm geworden, haben sich also im Wertesystem der Gesellschaft verfestigt, Kinderlosigkeit hat ein erschreckendes Ausmaß erreicht, die Erwerbsorientierung sehr vieler Frauen lässt sich nicht gut genug mit der Familiengründung vereinbaren, was insbesondere für die Hochqualifizierten ein Problem darstellt. Nicht zu vergessen ist, dass Deutschland zu einem individualistischen Land geworden ist, dessen Leitkultur Entscheidungen gegen Kinder begünstigt. Zudem sind es die Kinderkosten, die in einigen sozialen Schichten ein zunehmendes Problem darstellen und mit der Gefahr der Ausweitung von Kinderarmut verbunden sind.

Andere Länder zeigen uns aber, dass wir bei der Geburtenförderung nicht generell chancenlos sein müssen. Maßnahmen, wie Ganztagschulen oder die Einführung des Elterngeldes sind Schritte in die richtige Richtung. Eines muss allerdings klar sein, Einzelmaßnahmen ändern nicht das soziale Klima einer Gesellschaft. Erst wenn sich die Kultur der Kinderlosigkeit und der kleinen Familien auflöst, werden wieder mehr Kinder geboren.



Dr. Jürgen Dorbritz ist Wissenschaftlicher Direktor am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

**A**us Gründen der Generationengerechtigkeit sollten Familienmodelle sowohl für ausreichende Nachwuchszahlen als auch für die Weitergabe der Kompetenzen einer Generation an die nächste sorgen. Das Vereinbarkeitsmodell ist dazu prinzipiell nicht in der Lage, denn nun gilt für Frauen und Männer: Wer qualifizierter ist, hat meist mehr Arbeit und folglich weniger (Zeit für) Kinder. Auch werden dabei familienorientierte Frauen von Kernerrungenschaften der weiblichen Emanzipation ausgeschlossen.

Unter der Gleichberechtigung der Geschlechter ist deshalb die Nachwuchsarbeit von Grund auf neu zu konzipieren. Eine stabile Bevölkerungsentwicklung könnte z. B. wie folgt garantiert werden:

1. Jeder leistungsfähige Bürger muss für einen Nachfolger sorgen, entweder durch Aufziehen eines Kindes oder durch Zahlung von "Unterhalt".

2. Mit den zusätzlichen Einnahmen wird ein neuer Beruf finanziert, bei dem qualifizierte ErzieherInnen für das Aufziehen ihrer eigenen Kinder ein Gehalt bekommen.



Peter Mersch ist Vorstandsvorsitzender Mersch Online AG

## Fördern Sie die SRZG

- Werden Sie ständiger Förderer im
- Förderkreis der SRZG und unterstützen Sie uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Als Fördermitglied sind Sie zu allen öffentlichen Treffen des
- Vorstands und des Kuratoriums eingeladen. Der Jahresbeitrag kostet 50 €, für Unterdreißigjährige sogar nur 25 €.
- Füllen Sie bitte noch heute den
- Aufnahmeantrag auf der letzten Seite aus! Vielleicht werden Ihre Kinder
- und Enkelkinder es Ihnen danken.

# Fruchtbarkeitsrate in Deutschland zu steigern?

Es ist möglich, die Kinderzahl in Deutschland zu steigern - unserer Meinung nach jedoch nur in einem begrenzten Rahmen. Das für eine Bevölkerung bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern pro Frau scheint dabei weder kurz- noch langfristig und auch bei bestmöglicher Familienpolitik erreichbar zu sein. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass politische Maßnahmen einen Einfluss darauf haben, ob Kinder realisiert werden oder nicht. Dieser Verantwortung sollte sich die Politik bewusst sein und Familienpolitik entsprechend gestalten: Ansprechend, zeitgemäß und bedarfsgerecht für zukünftige und aktuelle Eltern. Darüber hinaus ist die Familienbildung ein aktiver Prozess, dessen Feinheiten sich im Zeitverlauf verändern können. Diese Veränderungen sollten zeitnah erkannt und einbezogen werden. Anstatt lediglich einzelne familienpolitische Maßnahmen umzusetzen, muss ein ganzheitliches Konzept entwickelt werden, welches verschiedenste Bevölkerungsgruppen anspricht sowie unterschiedliche politische Einflussmöglichkeiten vereint.

Annelene Wengler ist Diplom-Demographin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Familiendemographie an der Universität Rostock



Anne-Kristin Kuhnt ist Studentin im Diplomstudiengang Demographie an der Universität Rostock

Deutschland aus den Low Fertility Countries herauszulösen, ist nur langfristig möglich, da die Frauen, die heute Kinder bekommen könnten, oft erst gar nicht geboren wurden. Dennoch ist es möglich, den Abwärtstrend zumindestens abzufangen, indem der Anreiz für diese Frauen, auch mehrere Kinder zu bekommen, erhöht wird. Dazu kann neben der finanziellen Aufwertung von Kinderreichtum insbesondere beitragen, das Thema Geschwisterlosigkeit und die Folgen für Kinder und Eltern innerhalb der demographischen Debatte zu diskutieren. Das Aufwachsen mit Geschwistern stärkt die individuelle Beziehungsfähigkeit und die gesamtgesellschaftliche Solidarität. Die Normsetzung für die kindliche Entwicklung darf sich nicht länger nur an der Kleinstfamilie orientieren. Wir brauchen eine wertschätzende Betrachtung des Lebens in größeren Familien.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die individuelle Lebensplanung. Eine frühere Mutterschaft fördert die Entscheidung für mehrere Kinder. Dazu müssen Ausbildung und Familiengründung synchronisiert werden können. Der Kinderwunsch junger Paare sollte in der Phase verwirklicht werden, in der sowohl die Fruchtbarkeit als auch die Belastbarkeit durch neue Herausforderungen am höchsten ist.



Inés Brock ist Promotionsstipendiatin und Kinderpsychologin

## 10 Dinge, die ein zukünftiger Vater bei der Schwangerschaft am meisten fürchtet:

1. Das Baby wird mit einem Geburtsfehler geboren.
2. Meine Frau wird bei der Geburt sterben.
3. Sex wird nie wieder so sein wie früher.
4. Ihre Figur wird nie wieder so sein wie früher.
5. Die Ehe wird nie wieder so sein wie früher.
6. Meine Frau wird sich viel mehr für unser Kind interessieren als für mich.
7. Sex wird nie wieder so sein wie früher.
8. Ich werde ohnmächtig werden, wenn ich Blut sehe, oder ich werde irgendwas Dummes im Kreißsaal tun.
9. Die Geburt meines Kindes wird das Ende meiner Jugend bedeuten und mich direkt ins reife Mannesalter katalapultieren.
10. Sex wird nie wieder so sein wie früher.

Aus: Barron, James Douglas (1999): Sie bekommt ein Baby - und ich die Krise. 7. Auflage. München: Mosaik, S. 19.

## 10 Dinge, die eine schwangere Frau von ihrem Ehemann erwartet:

1. Träumen Sie von Ihrem Leben mit dem Baby.
2. Helfen Sie ihr bei der Überwindung ihrer Ängste.
3. Gehen Sie so oft wie möglich mit ihr zum Frauenarzt.
4. Planen Sie die Ausstattung des Kinderzimmers mit ihr.
5. Massieren Sie ihr Kreuz und ihre Füße.
6. Bringen Sie ihr Blumen mit.
7. Hören Sie ihre täglichen Beschwerden und Ängste an.
8. Lieben Sie ihre Frau, wenn sie Lust dazu verspürt, aber respektieren Sie die Momente, wenn sie keine Lust hat.
9. Gehen Sie nie direkt zu Ihrer Zeitung, Ihrem Fernseher, Ihrer Post oder Ihrer Hausbar, wenn Sie nach Hause kommen. Statt dessen fragen Sie zuerst, wie es ihr geht.
10. Sehen Sie nie anderen Frauen nach (insbesondere wenn sie dabei ist).

Aus: Barron, James Douglas (1999): Sie bekommt ein Baby - und ich die Krise. 7. Auflage. München: Mosaik, S. 23.

## Inhaltsverzeichnis

- Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist  
*Karl Otto Hondrich*
- Theorien zur internationalen Migration  
*Petrus Han*
- Die Mutterglück-Falle. Warum wir unser Familienbild ändern müssen  
*Karin Deckenbach*
- Die ausgefallene Generation  
*Herwig Birg*
- Die Altersrevolution. Wie wir in Zukunft alt werden  
*Petra und Werner Bruns, Rainer Böhme*
- Demographie. Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand  
*Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat, Nico Stehr (Hg.)*
- Familie und Beruf. Neue Wege zur Vereinbarkeit  
*Carsten Wilhelm*
- Vom Zwang zur Wahl: Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fertilität im Wandel der Zeit  
*Christoph Sax*



### **Karl Otto Hondrich: Weniger sind mehr Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist**

Rezensent: Jan Häußler

In seinem letzten, postum erschienenen Buch *Weniger sind mehr*. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist, nimmt sich Karl Otto Hondrich der schrumpfenden und alternden Gesellschaft an. Dabei bezieht

er, wie der Titel schon erahnen lässt, klar Stellung gegen die teils panischen Aussagen von Feuilletonisten und Wissenschaftlern, die vor dem ‚Aussterben der Deutschen‘ oder einer vergreisenden Gesellschaft warnen. Er macht es sich außerdem zur Aufgabe, gegen den herrschenden Konsens, dass massive Subventionen in der Familienpolitik notwendig seien, anzuschreiben.

Der Geburtenrückgang in den westlichen Gesellschaften ist aus Sicht des Autors eine direkte Konsequenz der wirtschaftlichen, sozialen und technischen Entwicklung der letzten einhundert Jahre. Die Bildung und Produktivität hat sich in diesem Zeitraum von Generation zu Generation enorm erhöht. Aus biologischer Sicht ist darin ein eindeutiger Paradigmenwechsel weg von einer quantitativen, hin zu einer qualitativen Reproduktionsstrategie auszumachen. Aus dem Rückgang beziehungsweise dem Stagnieren der Bevölkerungszahlen resultierten Veränderungen in diversen Feldern des gesellschaftlichen Lebens. Die Analyse der Auswirkungen auf einzelne soziale Systeme, wie Wirtschaft, Sozialversicherung und Familie bilden den Hauptteil des Buches. Dabei werden die sich eventuell ergebenden Chancen einer schrumpfenden Gesellschaft aufgezeigt. Des Weiteren wird jeweils skizziert, welche möglichen Alternativen es zu einer Steigerung der Geburtenrate gibt, um die Stabilität der gesellschaftlichen Subsysteme zu gewährleisten. Der allgemeine Lösungsansatz von Hondrich lässt sich in der These, "Qualität statt Quantität" zusammenfassen.

Bei der Betrachtung der einzelnen sozialen Subsysteme geht der Autor insbesondere auf die Situation in Deutschland ein. Dies gilt auch für die Untersuchung der Wechselwirkungen von demografischer Entwicklung und ökonomischen Zusammenhängen, im zweiten Kapitel. Er macht im Zuge seiner Analyse drei Wege aus, auf denen eine sinkende Geburtenrate das Wirtschaftswachstum einknicken lassen könnte. Er hält jedoch infolge der alternden Gesellschaft weder einen Nachfragerückgang noch einen Arbeitskräftemangel für wahrscheinlich, da einerseits der Konsum der Alten die Nachfrageausfälle der Jungen kompensiert und andererseits

die nicht berufstätigen Frauen und potentielle Immigranten als Reserve zur Verfügung stünden. Auch ein Einbrechen des deutschen Kapitalstocks ist aus Hondrichs Sicht nicht zu erwarten, da die, in seinen Augen fest mit der kulturellen Gesamterscheinung Deutschlands verbundene, hohe Produktivität erhalten bleiben wird. Diese wiederum verstärkte mit "der Kraft eines Naturgesetzes" (S. 65) die Senkung der Geburtenrate.

Die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sind - mit steigenden Beiträgen und verlängerter Lebensarbeitszeit - einer der Bereiche, in dem schon heute die fallenden Geburtenraten spürbar sind. Hondrich sieht diese Probleme durchaus auch, nichtsdestotrotz hält er die Ängste für überzogen und die Diskussion über die zukünftige Belastung der Jungen für irreführend, da bei genauer Betrachtung insbesondere die mittlere Altersgruppe die dreifache Last, aus Rentner- und Kinderversorgung und eigener Absicherung, trägt. Mit Blick auf eine zukünftige, stabile Entwicklung der Sozialsysteme ist eine Reduzierung der Leistungen auf ein niedrigeres Niveau unausweichlich. Jedoch ist die Stabilisierung der Sozialversicherung "durch Frauen, durch Fremde und durch eine Art Kinder in Form der Produktivitätssteigerung" (S. 94), laut Hondrich auch ohne eigene Kinder durchaus möglich. Ein empirischer Beleg für die wirkliche Umsetzbarkeit dieses Ansatzes würde dem Buch an dieser Stelle sehr gut zu Gesicht stehen, da die theoretische Argumentation doch reine Spekulation verbleibt.

Im folgenden Kapitel löst sich Hondrich von den monetären Folgen des Geburtenrückgangs, und wendet sich der veränderten Struktur der modernen Familie zu. Sowohl die Größe, als auch die Zusammensetzung und die Aufgaben der Familien haben sich in den letzten Jahrzehnten, in Folge von veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen, dramatisch verändert. Dennoch ist in keinem Fall der Untergang der Familie zu konstatieren. Insbesondere ist die Familie in der heutigen Zeit durch den Wegfall von anderen Funktionen auf ihren Leitwert, die Liebe, fokussiert. In Kombination mit der Konzentration auf weniger Mitglieder ergibt sich für den Autor somit sogar eine



tenden Frauen letztlich nicht unendlich. Dazu kommen irritierende Beispiele, mit denen die Vorzüge einer alternden Gesellschaft herausgestellt werden sollen, wie "das Beispiel Aids zeigt, wie die europäische Gesellschaft der Alten ein neues Problem in den Griff bekommt, an dem in Afrika die Gesellschaft der Jungen tragischerweise zu scheitern droht" (S. 15). Die häufigen Wiederholungen in der Argumentation und inhaltliche Überschneidungen führen darüber hinaus zu einem wenig strukturierten Gesamtbild. Durch sein Dogma von "weniger sind mehr", und den offensichtlichen Vorsatz der Provokation, verbaut sich Hondrich letztlich eine wirklich weiterführende Sichtweise auf das Problemfeld.

*Karl Otto Hondrich (2007): Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Campus Verlag: Frankfurt, ISBN: 978-3593382708, 19,90 €*



**Petrus Han: Theorien zur internationalen Migration**

*Rezensent: Alexander Herrath*

Mit dem Buch *Theorien zur internationalen Migration*. Ausgewählte interdisziplinäre Migrationstheorien und deren zentrale Aussagen hat sich der Autor Petrus Han ein hohes Ziel gesetzt. Schon im Vorwort bemängelt Han, dass es im deutschsprachigen Raum bisher keine Publikation gibt, die eine "Zusammenstellung ausgewählter migrationstheoretischer Ansätze unterschiedlicher Fachdisziplinen präsentiert und einen strukturierten Überblick vermittelt" (S. 3). Aus diesem Grund verfolgt Han den Zweck, ein solches Grundlagenbuch für den deutschen Sprachraum zu veröffentlichen, das die wichtigsten Migrationstheorien übersichtlich und strukturiert darstellen soll. Als die wichtigsten migrationstheoretischen Ansätze erachtet Han dreizehn ausgewählte, englischsprachige Monographien. Diese komprimiert Han auf die

Kernaussagen und strukturiert sie nach theoretisch-inhaltlichen Schwerpunkten in sechs Kapitel. Dadurch gewinnt der Leser auch als Laie schnell einen Einblick in die wichtigsten Quellentexte der Migrationstheorien der unterschiedlichen Fachdisziplinen.

Han eignet sich als Autor eines solchen Grundlagenbuches, da er 2003 mit "Frauen und Migration - Strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration", sowie 2005 mit "Soziologie der Migration - Erklärungsmodelle, Fakten, Politische Konsequenzen, Perspektiven" schon zwei Bücher zu diesem Themengebiet verfasst hat. So nimmt Han mit diesem Buch den Leser an die Hand und erzählt diesem in den sechs thematisch unterteilten Kapiteln die "Geschichte der Menschheit als eine Geschichte der Migration" (S. 1). In den verschiedenen Kapiteln des Buches versucht Han, mit unterschiedlichen Theorien Antworten auf die Fragen zu finden, was die Ursachen für Migration sind, wie Migration sich auf Entsende- und Empfängerländer und zum Schluss auf den Menschen selbst auswirkt. Außerdem setzt er die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft in einen Zusammenhang mit Wanderungsbewegungen, und er diskutiert die Möglichkeit neuer Migrationsformen.

In dieser Rezension wird besonders auf die Monographien in den einzelnen thematischen Kapiteln eingegangen, die für die Geschichte der Migration oder für die jeweilige Theorierichtung am Wichtigsten waren.

Im ersten Kapitel werden die ursprünglichen Assimilations- und Absorptionstheorien zur Klärung dieser Fragen vorgestellt, die mit Fokus auf die Empfängerländer von einer vollständigen Aufnahme der Migranten in die Aufnahmegesellschaft ausgingen. Diese Theorien sind jedoch seit den Bürgerrechtsbewegungen in den USA, insbesondere der Bewegung der Schwarzen, überholt. Durch das offensichtliche Scheitern der Assimilationspolitik, hat sich auch der Ansatz der USA als "Melting Pot" als unzutreffend erwiesen. Abgelöst wurde diese Theorie durch den Ansatz des ethnischen Pluralismus, mit der sich das anschließende Kapitel beschäftigt. Das dritte Kapitel widmet Han der Feminisierung der Migration, die anhand der massenhaften Auswanderung von jungen Irinnen und Japanerinnen in die USA dargestellt wird. In diesem Kapitel werden erstmals auch die wirtschaftlichen "Push & Pull"-Faktoren erwähnt, die Anreize zur Migration geben. Im Kapitel zur wirtschaftswissenschaftlichen Theorie der

Migration werden solche Faktoren noch ausführlicher behandelt. Das vierte Kapitel des Buches beschäftigt sich mit der Transmigration. Migranten, die "soziale Felder erschließen, die die nationalstaatlichen Grenzen überspannen und dadurch mehrfache Beziehungen familialer, wirtschaftlicher, sozialer, religiöser, politischer und organisatorischer Art entwickeln und aufrechterhalten, wurden als Transmigranten bezeichnet" (S. 151). Diese Theorierichtung unterscheidet sich stark von den anderen, da sie den Schwerpunkt weg von der Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft hin zur Konzeptionalisierung transnationaler Räume, also sozialen Feldern, die das Herkunftsland mit dem Aufnahmeland verbinden, verlegt. Transmigration ist dabei eine regional begrenzte neue Form der Migration. Nach Han wird es besonders in regionalen Staatengemeinschaften wie der EU oder ähnlichen Staatenbünden verstärkt zu dieser Art der Migration kommen. Diese Staatengemeinschaften werden ein regionales Migrationssystem bilden. Somit gibt Han einen kurzen Ausblick auf die Zukunft der Migration. In dem fünften Kapitel zur wirtschaftswissenschaftlichen Sicht wird Migration als Folge einer strukturell bedingten Teilung des Arbeitsmarktes in zwei Sektoren gesehen. Nach dieser "Theorie des dualen Arbeitsmarktes" existiert eine Nachfrage in den Industrieländern nach Immigranten für schlecht bezahlte Arbeit, für die keine besonderen Qualifikationen erforderlich sind. Somit liegt nach dieser Theorie die Ursache für Migration in der Wirtschaft und in den Arbeitsmärkten der Industrieländer selbst. Dieser Ansatz wird im sechsten Kapitel zur Weltssystemtheorie noch einmal aufgegriffen. Der Begründer dieser Theorie, der Sozialwissenschaftler Wallerstein, sieht Migration im unmittelbaren Zusammenhang mit der Struktur des weltweiten kapitalistischen Wirtschaftssystems. In diesem globalen Wirtschaftsraum wird das bipolare Denkmodell von Entsende- und Empfängerländern abgelöst. Die Welt wird nun in drei Bereiche, das Zentrum, die Semiperipherie und Peripherie unterteilt. Investitionen durch das Zentrum in der Peripherie lösen dort einen strukturellen Umbruch aus, der Arbeitskräfte freisetzt und somit für Migrationsbewegungen sorgt.

Konnte Han nun seinem Anspruch aus dem Vorwort gerecht werden? Als Leser wird man, stets begleitet durch den Autor in den Kapiteleinleitungen, durch sechs verschiedene Erklärungsansätze zur Migration der letzten 100 Jahre geführt. Das

Buch vermittelt insgesamt dem Leser einen thematischen Überblick und eignet sich gut zur Erarbeitung der Grundlagen zur Migrationstheorie. In dem Sinne kann man sagen, dass Han seine Intention erfüllt hat. Durch die bloße Zusammenfassung von Monographien zu diesem Thema leistet das Buch zwar keinen wissenschaftlichen Mehrwert oder schiebt den Wissensstand auf diesem Gebiet weiter hinaus, aber diesen Anspruch stellt sich das Buch auch nicht. Dennoch gibt es in der abschließenden Schlussbemerkung einen Ausblick auf die zukünftigen Formen der Migration, insbesondere die der Transmigration und erinnert auch daran, dass Migration immer eine Folge sozialer Ungleichheit ist, sowie an die Tatsache, dass Migration auch wieder soziale Ungleichheit produziert (S. 6). Für die benannte Zielgruppe von Studenten, thematisch Interessierten sowie Politikern ist dieses Buch gut geeignet. Erfreulich sind die klare Struktur des Buches und die leichte Verständlichkeit. Es kommt ohne viele Fremdwörter aus, verlangt nicht unbedingt Vorwissen und verzichtet besonders auch bei den wirtschaftswissenschaftlichen Theorien auf komplizierte Formeln. Das Buch macht durch die Menge des vermittelten Wissens und durch die klare Struktur einen durchweg guten Eindruck, und eignet sich daher für Interessierte als Einstieg in das Thema Migration.

*Petrus Han (2006): Theorien zur internationalen Migration. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH. 300 Seiten, ISBN 978-3-8282-0359-4, Preis 19,90 €*



**Karin Deckenbach: Die Mutterglück-Falle - Warum wir unser Familienbild ändern müssen**

*Rezensentin: Angela Wagner*

Der europäische Vergleich zeigt: Deutschlands Gesamtfertilitätsrate liegt mit 1,34 Kindern pro Frau in der unteren Hälfte,

nur knapp vor einigen osteuropäischen Ländern, Griechenland und Italien.<sup>1</sup>

In ihrem 2006 im Deutschen Taschenbuch Verlag erschienenen Werk *Die Mutterglück-Falle - Warum wir unser Familienbild ändern müssen* sieht Karin Deckenbach den Hauptgrund für diese geringe und weiter sinkende Geburtenrate in den Einstellungen der "antiquierten deutschen Gesellschaft".

Sozial- und familienpolitische Missstände wie ein mangelndes oder lückenhaftes Angebot zur Kinderbetreuung schimmern in ihrer Argumentation jedoch ebenfalls als Ursachen dieses in letzter Zeit so oft diskutierten Übels durch.

Im Laufe ihres Buches hinterfragt sie häufig die Parallelität dieser beiden Phänomene, also dieser archaischen Mentalität und dem Wirken der Politik. So wirft sie der deutschen (Familien-)Politik vor, dieses, wie sie es nennt, "Gluttermück-Modell", staatlich zu fördern, bspw. mittels Ehegattensplitting, einer zu geringen Anzahl an Ganztagschulen und einkommensabhängigem Kindergeld.

Sie gibt dem Leser bereits auf den ersten Seiten eine skizzenhafte Definition des von ihr konstruierten Begriffs "Gluttermück" - er steht für die vorprogrammierte Abhängigkeit der Mütter, und deren Alternativlosigkeit: wenn sie nicht ein sinkendes Ansehen in der Gesellschaft in Kauf nehmen und als "Rabenmütter" (S. 9) gelten wollen, müssen sie für ihr(e) Kind(er) den Beruf aufgeben. Dabei ist diese Abhängigkeit laut Deckenbach auf sozialpolitische Regelungen zurückzuführen, wie die kostenlose Mitversicherung bei den erwerbstätigen Ehegatten und ein Scheidungsrecht, dass zum Zuhausebleiben einlädt.

Diesem Schema wird - sehr häufig im Laufe des Buches - die skandinavische und französische Realität entgegengestellt, wo frühe Kinderbetreuung durch Krippen nicht nur von der Gesellschaft akzeptiert wird, sondern schlicht zur Norm geworden ist.

Eine Folge der langen Betreuungs- und Erziehungszeit in Deutschland sind laut der Autorin auch Probleme in der Partnerschaft und eine daraus resultierende steigende Scheidungsrate (S. 11). Er als Alleinernährer überlässt ihr die Kinderbetreuung und -Erziehung; Frauen arbeiten nach der Geburt weniger, Männer mehr. Selbst wenn Mütter wieder ins Berufsleben einsteigen (faktisch 40 Prozent), lastet ein immenser Druck auf ihnen, ausgehend von der Gesellschaft und dem eigenen schlechten Gewissen, meint Deckenbach.

Des Weiteren zeigt Deckenbach hier eine

neue Form der "german angst" auf: da deutsche Paare befürchten, ein Kind könne sie in die Armut treiben, bleiben sie kinderlos (S. 62: "Armutsrisiko Kind"). Die Autorin argumentiert weiter, dass die Geburt eines Kindes neben der Verringerung der möglichen Arbeitszeit auch eine enorme Freizeiteinbuße bedeute, und damit in den Augen der meisten Frauen eine Abnahme der Lebensqualität. Auch an dieser Stelle fungieren die Situationen Skandinaviens und Frankreichs wieder als Idealbilder, denn dort werden Kinder früh fremdbetreut oder der Vater nimmt Elternurlaub (S. 121).

Deckenbach versäumt nicht, das "Gluttermück" historisch herzuleiten. Demnach war es zunächst die Propaganda des Nationalsozialismus, der Frauen klar ihre Rolle als Hausfrau und Mutter zuschrieb; in der Nachkriegszeit bis zu den 1970er Jahren herrschte die Meinung vor, dass Frauen nur dann beruflich aktiv sein müssten, wenn die Armut sie dazu zwänge. Auch die 1968er Generation sprach sich für das Recht der Frau aus, zu Hause bleiben zu dürfen.

Gegen Ende des Buches greift sie noch einmal die Inkompatibilität zwischen dem Wunsch vieler Frauen, zu arbeiten und gleichzeitig Kinder zu haben und der eingerosteten Mentalität der Gesellschaft auf. Dabei seien es vor allem jene Männer, deren Mütter nicht erwerbstätig waren, die diese traditionelle Rolle auf ihre Partnerin projizierten.

Auch für dieses Problem zitiert Deckenbach wieder die schwedische Lösung: dort sind je 60 Tage der Elternzeit an einen Elternteil gebunden, um die Rolle des Vaters als Bezugsperson zu stärken. Mit dem seit 01.01.2007 geltenden Elterngeld nähert sich Deutschland diesem Modell an: so können Eltern die 12monatige Erziehungszeit um 2 Monate verlängern, indem sie sie sich aufteilen und von den "Partnermonaten" Gebrauch machen.<sup>2,3</sup>

Beim Lesen dieses Buches stellt sich für Außenstehende häufig die Frage nach der Aktualität des Themas, da eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie heute in Deutschland möglich erscheint. Viele Missstände, die die Autorin anprangert, werden, zumindest von der Bundesfamilienministerin, genauso gesehen. Doch die aktuelle Debatte um Krippenplätze zeigt deutlich, wie zentral Karin Deckenbachs Forderung ist: Noch immer halten einflussreiche Kreise in Deutschland an der Idee einer Rundumbetreuung durch die Mutter fest. Doch ist ein radikaler Wechsel vom jetzigen zu einem neuen System mit ähnlichen Bedingungen wie in Frankreich oder Skandinavien wirklich realistisch und

sinnvoll? Die Antwort auf die aktuelle Frage, ob der Besuch einer Krippe ab dem zweiten Lebensjahr gesetzlich vorgeschrieben werden oder die Wahlfreiheit der Eltern erhalten bleiben soll, wird zeigen, inwieweit sich die Gesinnung der deutschen Politik und Gesellschaft derjenigen Skandinaviens oder Frankreichs angenähert hat. Sich auf Studien berufend schreibt Deckenbach, dass bisher keine Nachteile eines Krippenaufenthalts für die Entwicklung eines Kindes nachgewiesen werden konnten. Doch bevor Studien oder die Erfahrung nichts Gegenteiliges zeigen, werden einige (potentielle) Eltern in Deutschland skeptisch bleiben und sich gegen einen Krippenplatz oder sogar ganz gegen Kinder entscheiden.

Deckenbach integriert in ihre Erörterung viele Beispiele aus dem Alltag Deutscher, die in irgendeiner Weise vom "Gluttermück" betroffen sind. Durch diesen Wechsel zwischen Dialog- oder Interviewform und sachlichem Argumentationsstil wird sowohl der Lesefluss erhöht als auch das Verständnis erleichtert, denn sie klärt über den politischen Rahmen auf und zeigt gleichzeitig an konkreten Alltagsbeispielen die Auswirkungen dieser Bedingungen auf.

Als erfahrene Journalistin versteht sie es, komplizierte Sachverhalte leicht verständlich darzustellen. Einziger Wermutstropfen: die vielen Wiederholungen erzeugen einen gewissen Kaugummi-Effekt, der sich auch nicht durch zum Teil geschickt formulierte Paraphrasen ausgleichen lässt. Dank der alltagsnahen Fallbeispiele handelt es sich jedoch nicht um eine trockene Gesellschaftskritik, sondern ihre Schrift ist vielmehr eine katalogartige Betrachtung der aktuellen Situation, die den Grund für die Kinderlosigkeit gleich zu Anfang findet und diesen anhand von insgesamt sieben Beispielen aufzeigt; argumentativ und trotz vieler Wiederholungen überzeugend. Jedoch hätten ein paar Beispiele weniger sicher gereicht. Hier stellt sich die Frage, an welchen Leser sich Deckenbach in erster Linie adressiert: an die kinderlose Akademikerin, an junge Eltern oder schlicht an all diejenigen, in denen dieses "antiquierte Familienbild" allzu tief verwurzelt ist?

Obwohl sie ihre Argumente häufig mit Ergebnissen aktueller Studien, nackten Zahlen, untermauert, kommt der Humor, meist in Form von Sarkasmus oder Ironie, nicht zu kurz. Sie verwendet dazu einen recht einfachen Stil; ihre Wendungen erinnern zum Teil eher an Boulevardpresse (s. S. 163: Edmund Stoiber ‚Häuptling Silberlocke‘ oder S. 239: ‚hasenfüßige Koalition der Berliner Betonköpfe‘) als an

eine wissenschaftlich fundierte Arbeit. Doch Deckenbachs Ziel ist ohnehin weniger, einen wissenschaftlichen Meilenstein zu setzen, als die Aufmerksamkeit der Leser auf die ihrer Meinung nach überholte Betrachtungsweise der Familie zu lenken.

*Karin Deckenbach (2006): Die Mutterglück-Falle - Warum wir unser Familienbild ändern müssen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag. 240 Seiten, ISBN 3-423-24553-0, Preis 14,50 €*

#### Quellen:

(1) Eurostat (Hg.) (2007): [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1996,39140985&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies\\_new\\_population&root=Yearlies\\_new\\_population/C/C1/C12/cab12048](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C1/C12/cab12048).

(2) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2007): Elterngeld und Elternzeit. Internet: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Elterngeld-und-Elternzeit>.

(3) Regina König (2006): Vorzeigeland Schweden - Eltern ohne schlechtes Gewissen. Internet: [http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OI D4431198\\_NAV\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OI D4431198_NAV_REF1,00.html).



#### **Herwig Birg: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt**

*Rezensent: Frank Schmilowski*

"Es ist dreißig Jahre nach zwölf" lautet das wenig hoffnungsvolle Resümee von Herwig Birg nach knapp 150 Seiten Demografie-Crash-Kurs. Doch wofür ist es "dreißig Jahre nach zwölf"? Und wie gelangt der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler und ehemalige Leiter des

Instituts für Bevölkerungsforschung zu diesem pessimistischen Urteil?

Herwig Birg beginnt seinen "Überblick über das Fach Demographie" (S. 7), der auf einer FAZ-Artikelserie basiert, mit einigen theoretischen und historischen Erläuterungen. Dabei geht er vor allem auf die Kontroverse zwischen den Positionen der Bevölkerungswissenschaftler Thomas Robert Malthus und Johann Peter Süßmilch ein und bezieht klar Stellung. Während er in den malthusianischen Bevölkerungsdoktrinen die geistigen Wurzeln der rassistischen Bevölkerungslehre der Nationalsozialisten erkennt (S. 18), sind die Ausführungen von Süßmilch zur Migrationspolitik - Birgs Meinung nach - "so modern wie unsere heutigen Überlegungen" (S. 23).

Nach dem einleitenden theoretischen und historischen Abriss widmet sich Birg dem Ende des Bevölkerungswachstums und der neuen Phase der Weltbevölkerungsschrumpfung. Das Hauptaugenmerk legt er dabei auf "Deutschlands demographische Weltrekorde": 1) Deutschland ist das Land in dem die Bevölkerungsschrumpfung am frühesten begann, 2) Deutschland weist einen einmalig hohen Anteil von Frauen und Männern in einem Jahrgang auf, die zeitlebens kinderlos bleiben und 3) Stärker als in anderen Industrieländern werden in Deutschland fehlende Geburten durch Einwanderung kompensiert (S. 33). Ähnliche Entwicklungen ließen sich aber auch in anderen west- und osteuropäischen Ländern beobachten. Anhand von Bevölkerungsberechnungen der Vereinten Nationen und des Statistischen Bundesamtes stellt der Bevölkerungswissenschaftler zudem die demographische Alterung in Deutschland dar (S. 51). Für Birg liegt in der "niedrigen Geburtenrate in der Vergangenheit" der Schlüssel für die stark zunehmende demographische Alterung bis 2050 (S. 101). Der Geburtenrückgang lasse sich wiederum auf die "familienfeindliche Fehlkonstruktion der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung" zurückführen (S. 84). Er schließt sich der bekannten These an: Der Sozialstaat ist schuld an der rückläufigen Geburtenrate, da diejenigen am meisten von ihm profitieren, die keine Kinder haben. Die demografische Alterung lasse sich auch nicht durch die Einwanderung Jüngerer stoppen, so Birg. Die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands führe durch Migration lediglich zu einer "Multiminoritätengesellschaft" (S. 109).

Das eigentlich dramatische an der Bevölkerungsschrumpfung und der demografischen Alterung seien jedoch die sozialen

und wirtschaftlichen Folgen. So prophezeit der Bevölkerungswissenschaftler unter anderem eine Verringerung der Wachstumsrate des Volkseinkommens und damit ein Verlust an Einkommen und entsprechenden Steuereinnahmen (S. 111). Ebenso sieht er die sozialen Sicherungssysteme durch zwangsläufig steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen in Gefahr. Insgesamt, so schlussfolgert Birg, "(...) werden die demographischen Veränderungen unsere Gesellschaft zu einer Bewegung zurück zu größerer materieller Ungleichheit zwingen" (S. 137) - sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene. Birgs Lösungsvorschlag: eine Soziale Politik statt Sozialpolitik.

Eine kurzfristige Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Probleme, hält Birg jedoch für ausgeschlossen. Denn, wie anfangs erwähnt: "Es ist dreißig Jahre nach zwölf". Durch die weit verbreitete Kinderlosigkeit in der Vergangenheit, insbesondere unter den nach 1940 geborenen Frauen und Männern ist eine ganze Generation "ausgefallen". Der Rückgang der Geburtenrate in der Vergangenheit wirkte sich so stark aus, dass auch ein Anstieg der Geburtenrate in der Gegenwart die Talfahrt auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr verhindern könne. Die Gesellschaft müsse sich deshalb zwangsläufig auf Veränderungen einstellen - unvermeidbare Veränderungen des Sozialsystems, der Wirtschaft und der Gesellschaft. "Dass es ein demographisches Momentum mit irreversiblen Folgen gibt, ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis der Demographie", lautet Birgs ernüchternde Quintessenz (S. 150).

Die effekthaschende Sprache und der latente Hang zum Dramatischen, wie er im letzten Satz oder in seinem Resümee ("Es ist dreißig Jahre nach zwölf") teilweise zum Ausdruck kommt, trüben das Bild eines ansonsten gelungenen Buches. Auf

der anderen Seite ist es ein deutlicher Pluspunkt des Buches, dass sich Herwig Birg in *Die ausgefallene Generation* eines betont journalistischen Stiles bedient, der es auch themenfremden Lesern und Demografie-Neulingen einfach macht, komplexe Inhalte relativ einfach zu erfassen. Obwohl nur knapp 160 Seiten dick, zeichnet sich das Buch durch eine große Informationsfülle aus. Die meisten Teilgebiete und Problemstellungen der Demografie werden angeschnitten und vermitteln dem Leser so einen guten Gesamtüberblick über das Fach. Der kurze, thematisch gegliederte Literaturanhang rundet das Informationspaket ab. Seinem Anspruch, den so genannten "Gelegenheitsdemographen", wie der Autor Volks- und Betriebswirte, Politiker und Kulturkritiker bezeichnet, und deren Fehlinformationen entgegen zu wirken, wird Herwig Birg damit gerecht.

*Herwig Birg (2005): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München: C.H. Beck, 158 Seiten, ISBN 3 406 53649 9, Preis 16,90 €*



## Petra und Werner Bruns, Rainer Böhme: Die Altersrevolution

Rezensent: Alexander Herrath

Altersarmut scheint erstmal besiegt. Die heutigen Rentner werden mit Labeln wie "BestAger" und "50plus" von der Werbeindustrie beworben als immer wichtiger werdende Käuferklientel. Der menschliche Körper bleibt immer länger gesund und leistungsbereit. Sex im Alter ist auch wegen Viagra nicht mehr ungewöhnlich.

Mit dem Buch *Die Altersrevolution. Wie wir in Zukunft alt werden* springt das Autorentrio Petra und Werner Bruns sowie Rainer Böhme auf den Zug der Publikationen zum demografischen Wandel und zur Alterung der Gesellschaft auf. Dabei herausgekommen ist jedoch leider nur mittelmäßige Massenware statt einem Qualitätsprodukt.

Das Buch hat zum Ziel, Antworten auf derzeit hochaktuelle gesellschaftliche Fragestellungen zu finden. Wie wirkt sich die (Über-)Alterung der Bevölkerung auf unsere Gesellschaft, unseren Lebensstil aus? Die Lebenserwartung steigt und steigt und die Rentner beziehen heute wesentlich länger Rente als früher. Aber wie kann man heute seinen Ruhestand gestalten, um das sogenannte neu entstandene dritte Lebensalter zu füllen?

Statt einer genauen Problemanalyse der betroffenen gesellschaftlichen Bereiche und einem Konzept zur Neugestaltung des Alters, wie der Titel erhoffen oder erwarten lässt, wird dem Leser etwas komplett anderes geboten: Nämlich noch ein Buch über die 68er.

Es seien mal wieder die 68er, die jetzt, im Rentenalter angekommen, gegen die herrschende gesellschaftliche Vorstellung des Alterns rebellieren würden. Indem sie wie damals vehement auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung pochten, revolutionieren sie das Alter. Das ist die eigentli-

### Liebe Leser,

Ihre Meinung interessiert uns!

Mit Ihren Impulsen wollen wir die "GenerationenGerechtigkeit!" weiter verbessern. Bitte schreiben Sie uns an:

GG! - Redaktion  
Postfach 5115  
D-61422 Oberursel  
Tel. +49-6171-982367  
Fax +49-6171-952566  
E-Mail: kontakt@srzg.de

Bitte nennen Sie uns auch Leser aus Ihrem Bekanntenkreis, denen wir eine Ausgabe kostenlos zur Probe zusenden können. Wenn Sie selbst inzwischen eine Ausgabe kostenlos erhalten haben, so bitten wir um Verständnis dafür, dass wir Ihnen keine weiteren Probe-Ausgaben mehr zusenden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie nun unsere Zeitschrift für 25 Euro im Jahr abonnieren (siehe letzte Seite).

che Kernaussage des Buches.

So beschäftigt sich gut die erste Hälfte des Buches erst einmal mit der Entstehung der damaligen 68er-Bewegung, von dem Beginn über die Studentenproteste, über den "Marsch durch die Institutionen" bis hin zum Ende der rotgrünen Regierung 2005. Das Autorentrio stellt sogar eine psychologische Diagnose für die 68er. So leide diese Generation kollektiv unter einem fehlenden Urvertrauen und einem Mangel an seelischem Halt und innerer Sicherheit und Stabilität verursacht durch einen Verlust an traditionellen Werten und Tugenden, was schließlich in eine Ablehnhaltung gegenüber Biotechnologie und Kernkraft gemündet habe. "Ein Mangel verlangt nach Kompensation. Psychologen verstehen unter Kompensation das Streben nach Ersatzbefriedigung zum Ausgleich von Mangelzuständen der Psyche, wie beispielsweise Minderwertigkeitsgefühlen. Ob allerdings ein Mangel an innerer Sicherheit und Stabilität, die man im Kindheits- und Jugendalter erwerben sollte, später durch eine militante Ablehnung beispielsweise von Biotechnologie und Kernkraftnutzung ausgeglichen werden kann, ist mehr als nur zu bezweifeln" (S. 70). Diese innere Unsicherheit der 68er habe auch zu einem ausufernden Sozialstaat geführt: "Unter der Oberfläche wächst zwangsläufig die Unsicherheit immer wieder und aufs neue an und verlangt neue Sicherungssysteme. (...) Daher der Wunsch nach einem allumfassenden, sorgenden und umsorgenden Staat, dessen Ausbau sich diese Generation mit besonderer Inbrunst widmete.(...)" (S. 71).

Doch damit beginnt erst die polemische Abrechnung mit der 68er Generation. Sie wird im weiteren Verlauf des Buches dämonisiert und für so gut wie alle gesellschaftlichen Probleme unserer heutigen Zeit verantwortlich gemacht. Der demografische Wandel? Die Schuld der 68er und der Frauenbewegung! (S. 129/130) So sei es die größte Errungenschaft der Frauenbewegung gewesen, dass es heute so viele alleinstehende kinderlose Frauen gibt wie nie zuvor. Durch "freie Liebe", die sexuelle Revolution und letztendlich die Pille seien die 68er Schuld am Ausbleiben so vieler Kinder und an der Überalterung der Gesellschaft. Durch ihre antiautoritäre Erziehung, Ideologiefreiheit und ihren Glauben an die Kommunikation und Diskussion seien sie letztendlich auch Schuld an den hohen Scheidungsraten. Außerdem seien sie noch die Totengräber der klassischen Familie und Begründer der Patchwork-Family.

Darüber hinaus verfügten die 68er durch

ihren Lohn und Erbschaften über soviel ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital (S. 52), dass sie in Kürze die Gesellschaft dominieren könnten. Das würden sie schon zu einem großen Teil heute tun, und dazu noch auf Kosten der heutigen jüngeren Generation leben. Auf der einen Seite würden die nachrückenden Generationen zu wenig aufbegehren oder würden für ihren Teil nicht erwachsen, auf der anderen Seite würden die 68er-Generation sich weigern in Rente zu gehen und auf ihren Firmen- und Machtpositionen verharren. Als Beleg dafür werden seitenweise Politiker und Künstler aus der 68er aufgeführt, die nach wie vor gesellschaftlich, unternehmerisch oder politisch aktiv wären.

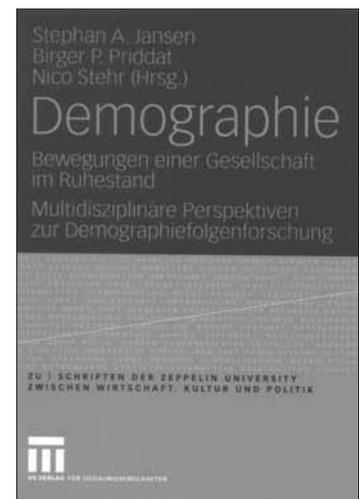
Hier offenbart sich auch die größte Schwäche des Buches. Neben der polemischen Sprache ist es überaus undifferenziert und pauschalisierend. Die "68er" sind für das Autorentrio einfach alle zwischen 1940 und 1950 Geborenen, egal ob politisch aktiv gewesen oder nicht. Diese Schwäche zeigt sich bei dem Argument, die 68er würden nicht weichen wollen. Auch hier wird die gesellschaftliche Elite der 68er einfach komplett mit dem Rest der Generation gleichgesetzt.

Doch was hat das alles noch mit einer Altersrevolution zu tun? Oder welche Antwort gibt das auf die Frage, wie wir in Zukunft leben werden?

Dieser Teil kommt im Buch leider viel zu kurz. Die populärsten Ansätze für ein neues Altern werden angeschnitten, wie das Heraufsetzen des Rentenalters und ein aktiver Ruhestand, Mehrgenerationenhäuser, gesellschaftlich akzeptierter Sex im Alter oder auch etwas unkonventioneller der Vorschlag für altengerechte Gefängnisse. Oder dass Väter über 65 die gesellschaftlichen Probleme von Kinderarmut, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Ausgestaltung des aktiven Ruhestands lösen sollten (S. 172).

Doch leider bleibt es nur bei einer oberflächlichen Bearbeitung dieser Ansätze. Somit bleibt auch leider in dem Buch die versprochene Altersrevolution aus.

*Bruns, Petra / Bruns, Werner / Böhme, Rainer (2007): Die Altersrevolution: wie wir in Zukunft alt werden. Berlin: Aufbau-Verlag, 237 Seiten, ISBN 978-3-351-02644-8, Preis 19,95 €*



**Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat, Nico Stehr (Hg.): Demographie.**

*Rezensentin: Julia Köster*

Der Sammelband der Herausgeber Jansen, Priddat und Stehr besteht aus einer Einleitung und zehn Beiträgen, die sich mit dem demografischen Wandel und seinen gesellschaftlichen Auswirkungen befassen.

Das Buch hat sich das anspruchsvolle Ziel gesetzt, nicht nur einen Überblick über aktuelle demografische Tendenzen zu liefern, wie er heute vielerorts zu finden ist. Es will zweitens auch konkrete Zukunftsperspektiven für Deutschland herausarbeiten. Gerade letzteres erscheint besonders bedeutsam: Einerseits nimmt Deutschland weltweit eine Vorreiterstellung ein, was die Geschwindigkeit des demografischen Wandels betrifft. Somit kann es in Sachen Problemlösung nur bedingt von anderen Ländern lernen. Hinzu kommt teils auch die kulturelle Unterschiedlichkeit, die es schwer mache, Strategien anderer Länder auf Deutschland anzuwenden. Andererseits läuft nach Ansicht der Autoren die Diskussion des demografischen Wandels bislang meist auf Dramatisierung hinaus oder beschränkt sich auf "populäre" Themenbereiche wie das Sozialversicherungssystem. Dadurch fallen viele andere wichtige Gebiete, die genauso von Veränderungen betroffen seien, gewöhnlich nahezu unter den Tisch. Die Autoren des Sammelbandes nähern sich der Thematik 'demografischer Wandel' jeweils aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Perspektiven, wodurch ein sehr bunter Mix unterschiedlichster Betrachtungswinkel entsteht.

Der Wirtschaftswissenschaftler Priddat liefert anhand von 20 leicht verständlichen Thesen einen generellen Zugang zum wachsenden Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt und dessen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Er

prognostiziert eine "Verlangsamung der Gesellschaft" (S. 19) aufgrund des steigenden Anteils alter Menschen an der Bevölkerung. An diese hätten sich über kurz oder lang alle gesellschaftlichen Teilbereiche anzupassen, was zu aus heutiger Sicht massiven Umstrukturierungen führen würde.

Die Ökonomen Jansen und Huchler beschäftigen sich nach einer Darstellung der Geschichte des demografischen Wandels mit seinen bislang kaum beachteten und genauso wenig erforschten betriebswirtschaftlichen Auswirkungen.

Die Kommunikationswissenschaftlerin Koch nimmt sich der mit dem Wandel einhergehenden Veränderungen des lebenslangen Lernens an; dabei legt er besonderes Augenmerk auf das Thema Lernen im Alter und das gesellschaftliche Bild von Alter(n).

Die Sozialwissenschaftler Avenarius, Hackenberg, Witte und der Volkswirtschaftler Vehrkamp setzen sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Zukunft des Sozialstaats auseinander. Dabei beziehen sie sich auf eine Konferenz aus dem Jahr 2004, bei der durch die Techniken von Szenario-Management und Zukunftsraum-Mapping konkrete Szenarien für den deutschen Sozialstaat im Jahr 2030 entworfen wurden. Dieses Vorgehen produzierte sowohl Zukunftsbilder, die als hoch problematisch angesehen werden müssen, als auch wünschenswerte Leitbilder für die weitere gesellschaftliche Entwicklung.

Eine medienwissenschaftliche Betrachtung des demografischen Wandels findet sich bei den Medienwissenschaftlern Herman und Rhomberg, die seine Konsequenzen für die Massenmedien untersuchen. Sie arbeiten heraus, dass das Lebensalter die Mediennutzung stark beeinflusst, und zwar sowohl die Art der genutzten Medien (Zeitung, Fernsehen, Internet, etc.) als auch die für sie aufgewendete Zeit. Zusätzlich würde der zunehmende Anteil alter Menschen immer stärker die Inhalte der Programme beeinflussen und damit voraussichtlich zu einer Zunahme von Themen wie Gesundheit, der Lebenslage alter Menschen und Konflikten zwischen Alt und Jung führen.

Die Betriebswirtschaftlerin Proff geht das Thema demografischer Wandel von der Seite des Internationalen Managements her an und bemängelt, dass Dimensionen wie die Altersstruktur dort bislang "kaum beachtet und berücksichtigt" würden (S. 207).

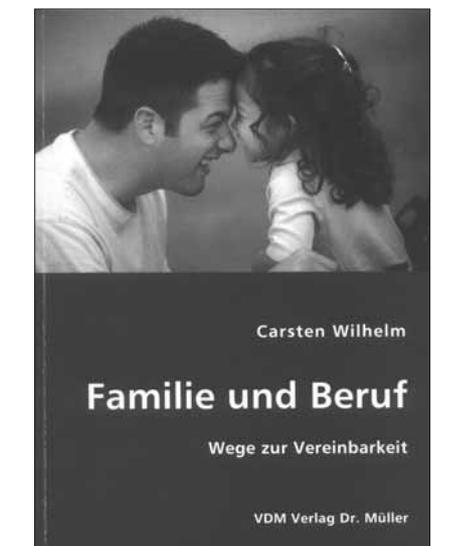
Der Wirtschaftswissenschaftler Eisenkopf untersucht in seinem Beitrag, wie angemessen Deutschlands laufende Investi-

tionsplanung hinsichtlich Güter- und Personenverkehrs auch für zukünftige Verhältnisse ist, während sich die Kunstwissenschaftler van den Berg und Landkammer in ihren jeweiligen Beiträgen mit dem Spätstil von Künstlern beschäftigen.

Im letzten Beitrag des Bandes setzt sich der Kulturwissenschaftler Weiler mit dem Thema Migration auseinander. Dabei bildet die Frage nach dem Umgang mit ethnisch-kulturellen Minderheiten den Kernpunkt seiner Arbeit, dessen Aktualität und Wichtigkeit aufgrund der "migrationsbedingt geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse" (S. 349) und der damit einhergehenden "kulturellen Heterogenisierung" (S. 339) nicht unterschätzt werden dürfen. Er skizziert außerdem einige der aktuelleren Debatten über die Verwendung von religiösen Symbolen im öffentlichen Raum und geht, die europäische Auswanderung nach Übersee im 19. und frühen 20. Jahrhundert und die "Neue Völkerwanderung" (S. 326) vergleichend, kurz auf Gründe für Integrationsdefizite bei Zuwanderern ein.

Insgesamt hinterlässt der Sammelband einen guten Eindruck, auch wenn manche Beiträge nur beiläufig an der Thematik des demografischen Wandels vorbeizuschrammen. Die Autoren behandeln das Thema angesichts der Tatsache, dass es in Literatur und Medien sehr präsent ist, fast schon erfrischend unkonventionell. Wie man es erwarten würde, liefern die Autoren in ihren Beiträgen einen guten theoretischen Hintergrund zum Thema Demografie. Teils knüpfen sie dann an diesen an, um im Folgenden aus ihrer eigenen fachlichen Perspektive Aspekte zu beleuchten, die so (noch) nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen; teils gehen sie auch Gebiete an, die unter dem Licht des demografischen Wandels bisher noch nicht oder nur wenig untersucht worden sind. Bahnbrechende neue Erkenntnisse darf man aufgrund des eng gesteckten Rahmens eines Sammelbandes zwar nicht erwarten. Jedoch sind es viele der angesprochenen Bereiche einfach wert, auch einmal derart in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken. Letztendlich bleibt den Autoren dieses Bandes oft genug auch nichts anderes übrig, als darauf hinzuweisen, dass die Forschung um den demografischen Wandel und seine gesellschaftlichen Konsequenzen noch längst nicht an ihrem Endpunkt angelangt ist, und auf vielen bislang wenig beachteten Gebieten noch immer großer Bedarf nach genaueren Untersuchungen besteht.

Jansen, Stephan A. / Priddat, Birger P. / Stehr, Nico (Hg.) (2005): *Demographie. Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand. Multidisziplinäre Perspektiven zur Demographieforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 367 Seiten, ISBN3-531-14780-3, Preis 39 €



**Carsten Wilhelm: Familie und Beruf. Wege zur Vereinbarkeit.**

Rezensent: Manuel D. Pollak

Carsten Wilhelm hat der Debatte über Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine grundlegende wissenschaftliche Analyse dieser Problematik hinzugefügt. Er will damit das allgemeine Bewusstsein dafür schärfen, dass der Wert der Familie aktuell einen berechtigten Platz in der Arbeitswelt fordert.

Der Autor löst diese Aufgabe in sechs Schritten. Eingangs formuliert er die Problemstellung seiner Arbeit. Zentral ist hier die "Work-Life-Balance", die auf Unternehmensseite noch sehr wenig Beachtung findet. Wilhelm will aufzeigen, für welche Unternehmungen sich eine familienfreundlichere Politik lohnt und auf welche Handlungsansätze zurückgegriffen werden kann.

Im zweiten Kapitel wird die theoretische Unterfütterung des Themas vorgenommen, denn es gibt zwei unterschiedliche Betrachtungswinkel auf das Problem: Einmal die noch immer zurückgehenden Geburtenzahlen mit all ihren negativen Folgen für die Gesellschaft im Gesamten; zum andern die Probleme, die Unternehmen in den kommenden Jahren bekommen werden, weil ihnen gut ausgebildete Mitarbeiter fehlen (S. 93). Für den Nachwuchsmangel sind sowohl der demographische Wandel als auch die Tatsache verantwortlich, dass sich potentielle zukünftige Mitarbeiter für die Unter-

nehmen entscheiden werden, die dem Wunsch nach Vereinbarkeit von Arbeit und Familie am ehesten entsprechen. Das Kernstück von Wilhelms Arbeit bildet die Darstellung familienfreundlicher Maßnahmen in Unternehmen. Hier führt er aus, wie sich verschiedene flexible Arbeitszeitmodelle einerseits aus Wettbewerbsdruck zwischen den Unternehmen heraus, andererseits aufgrund des Bedarfs der Mitarbeiter an mehr individuell ausgerichteter Lebensplanung auswirken. Auch veränderte Arbeitsplatzgestaltung in Form eines "home office" oder Teamarbeit wurden schon umgesetzt. Der Aspekt der Kinderbetreuung spielt dagegen nicht nur auf staatlich-institutioneller Ebene eine Rolle. Auch betriebseigene Kindertageseinrichtungen oder die Kooperation mit kommunalen oder freien Trägern stehen als Alternativen zur Verfügung.

Im weiteren betrachtet der Autor, wie sich die vorgestellten Maßnahmen in betriebswirtschaftlicher Sicht auf das Unternehmen niederschlagen. Einerseits entstehen dem Unternehmen Kosten für Betreuung, Kommunikation und Information. Diese Kosten sind jedoch nicht generell, sondern nur für den Einzelfall zu berechnen, da Leistungen, Preis- und Lohnniveau sowie öffentliche Fördermöglichkeiten regional stark divergieren. Andererseits können mit familienfreundlichen Maßnahmen erhebliche Einsparpotentiale erreicht werden. Verringert werden die Kosten für Rekrutierung, Überbrückung und aufwändiger Wiedereingliederung. Eine Modellrechnung unter Verwendung konkreter Zahlen veranschaulicht die vorangegangene abstrakte Darstellung.

Wilhelm liefert im vorletzten Teil seiner Untersuchung ein praxisbezogenes Beispiel anhand der familienfreundlichen Ausrichtung der Unternehmungspolitik der Peugeot Deutschland GmbH. Dabei untersucht er wie die von ihm vorgestellten Maßnahmen umgesetzt wurden. Darüber hinaus gibt er dem Unternehmen Empfehlungen für eine mögliche Erweiterung und für die statistische Erhebung diesbezüglich relevanter Daten.

Die vorliegende Arbeit ist als gelungene Einführung zu betrachten, das einen übersichtlichen Einstieg in das Thema ermöglicht. Wilhelm hat ein eindeutig formuliertes Ziel vor Augen. Er fordert nicht nur eine Ergänzung der Unternehmungsverfassung um eine familienfreundliche Komponente, sondern er tritt auch für eine konkrete Umsetzung dieser Maßnahmen ein. Hier begrüßt er die Integration der Mitarbeiter bei dem Prozess der Ausarbeitung und Verwirklichung. Die

einzelnen Unterkapitel sind bisweilen kurz und prägnant gefasst und man bekommt Lust, die ausführlich belegten Argumentationsgänge anhand zitierter Sekundärliteratur nachzuvollziehen.

*Wilhelm, Carsten (2007): Familie und Beruf. Wege zur Vereinbarkeit. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller, 119 Seiten, ISBN 978 3 8364 1166 0, Preis 49 €*



**Christoph Sax: Vom Zwang zur Wahl. Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fertilität im Wandel der Zeit**

*Rezensent: Oliver Goetz*

In seiner Dissertation *Vom Zwang zur Wahl: Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fertilität im Wandel der Zeit* beleuchtet Christoph Sax den Einfluss, den wachsender Wohlstand in einer Gesellschaft oder auch individuell auf die Kinderzahl hat. Dabei untersucht er die erstaunliche historische Entwicklung, dass in der Vergangenheit ein positiver Zusammenhang zwischen Fertilität und Wohlstand zu beobachten war, dieser jedoch mit der Zeit gekippt ist: So haben reichere Familien weniger Kinder und wohlhabende Länder weisen ein geringeres Bevölkerungswachstum auf. Die Fragestellung des Autors setzt dann auch an dieser Stelle an: Wie kommt es, dass ab einem bestimmten Punkt Wohlstand einen negativen Einfluss auf die Fertilität zu haben scheint?

Um diese Frage im Laufe seines Textes zu beantworten, unterscheidet Christoph Sax drei Arten von Kinderzahl. Die erste ist die gewünschte Kinderzahl, also die Zahl erwachsener Kinder, die eine Frau sich wünscht. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich der Preis eines Kindes mit zunehmendem Wohlstand erhöht und

dadurch die "Nachfrage" nach Kindern reduziert wird. Der Zusammenhang zwischen gewünschter Kinderzahl und Wohlstand ist also negativ. Die zweite Art von Kinderzahl ist die mögliche Kinderzahl. Diese bezeichne die maximale Zahl erwachsener Kinder, die eine Frau gebären und aufziehen kann. Einflussfaktoren stellen dabei die Kindersterblichkeit und die Geburtenzahl dar, die zur maximalen Zahl erwachsener Kinder führen. Mehr Wohlstand erhöht die Ausgaben in den Bereichen Ernährung, Medizin und Hygiene, wodurch einerseits die Kindersterblichkeit ab-, andererseits die Geburtenzahl zunimmt. Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und möglicher Kinderzahl ist also positiv zu begreifen. Die eigentliche Pointe in Christoph Sax Modell stellt nun die tatsächliche Kinderzahl dar. Diese wird bestimmt durch die gewünschte und die mögliche Kinderzahl und bezeichnet die Zahl erwachsener Kinder, die eine Frau gebärt und aufzieht. Hier greift nun ein Mechanismus, der gewünschte und mögliche Kinderzahl zur tatsächlichen kombiniert. "Unter der Annahme von vollkommener Geburtenkontrolle stellt die tatsächliche Kinderzahl das Minimum von gewünschter und möglicher Kinderzahl dar." (S. 8) Dies bedeutet nichts anderes, als dass die kleinere von beiden Komponenten die tatsächliche Kinderzahl bestimmt. Könnte eine Frau also theoretisch 5 Kinder ernähren, wünscht sich aber nur zwei, so werden auch nur zwei Kinder in die Welt gesetzt (gleiches gilt auch umgekehrt).

Aufgrund dieser Annahmen kommt Sax zu dem Schluss, dass es einen "höckerförmigen" Zusammenhang zwischen Wohlstand und tatsächlicher Kinderzahl gibt. So ist bei Armut die mögliche Kinderzahl niedriger als die gewünschte, wodurch Eltern nicht so viele Kinder großziehen können, wie sie sich eigentlich wünschen. Steigt der Wohlstand dann an, steigt auch die mögliche Kinderzahl an (begünstigt durch verbesserte medizinische Verpflegung etc.), wodurch zuerst ein positiver Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fertilität zu beobachten ist. Ab einem bestimmten Wohlstandsniveau übertrifft jedoch die mögliche die gewünschte Kinderzahl. Nun wird die gewünschte Kinderzahl zur begrenzenden Komponente und da diese mit steigendem Wohlstand abnimmt, kann ab einem gewissen Wohlstandsniveau ein negativer Zusammenhang zwischen tatsächlicher Kinderzahl und Wohlstand attestiert werden. In den folgenden drei Kapiteln werden diese Annahmen anhand der Theorie der

demographischen Transition sowie mit Individual- und Länderdaten überprüft. Dabei kann es nicht schaden, über Erfahrung im Lesen volkswirtschaftlicher Texte zu verfügen, denn die Überprüfung der Grundannahmen erfolgt hauptsächlich in Form von volkswirtschaftlichen Rechnungen und Formeln, die zwar sämtlich gut erklärt sind, allerdings die ganze Aufmerksamkeit des (ungeschulten) Lesers beanspruchen dürften. Lässt man sich jedoch darauf ein, und investiert etwas Zeit, so erschließt sich nach einiger Zeit das Denkmodell von Christoph Sax und das weitere Lesen wird vereinfacht. In den Kapiteln, die von der Überprüfung der Individual- und der Länderdaten handeln, ist es außerdem von Vorteil, sich etwas im Bereich der Statistik auszukennen, da sich erst dadurch die beobachteten Zusammenhänge vollkommen erschließen. Geschieht dies jedoch, lässt sich aufgrund dieser Überprüfungen das vom Autor entworfene Modell grundsätzlich bestätigen. Es ist allerdings auch möglich der Argumentation des Autors zu folgen, wenn ausschließlich die Kapitel eins, zwei und sechs gelesen werden.

Mit seiner Dissertation *Vom Zwang zur Wahl: Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fertilität im Wandel der Zeit* gelingt es Christoph Sax, eine plausible Erklärung für das Abnehmen der Geburtenraten in den Industrieländern abzuliefern und den Einfluss von steigendem Wohlstand auf die Fertilität zu erklären. Insgesamt stellt das Buch also einen interessanten Ansatz zur Erklärung der schwindenden Geburtenzahlen in Deutschland (wie auch in anderen Ländern) dar. Einzig die Schlüsse, die der Autor zieht, um diese Situation zu ändern, enttäuschen auf ganzer Linie. Diese beschränken sich nämlich auf die Empfehlung im letzten Satz des Buches, die "Kinderpreise" künstlich zu senken. Allerdings muss dem Autor hier zugute gehalten werden, dass es ihm nicht darum geht, eine Lösung, sondern eine Beschreibung der aktuellen Situation abzuliefern. Dies ist ihm durchaus gelungen.

*Christoph Sax (2006): Vom Zwang zur Wahl: Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fertilität im Wandel der Zeit. Berlin: dissertation.de - Verlag im Internet GmbH. 160 Seiten, ISBN 3-86624-206-9, Preis 39 €*

Vorankündigung / Erscheinungstermin Dezember 2007

## Demographic Change and Intergenerational Justice

*Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen/Bertelsmann Stiftung (Hg.): Demographic Change and Intergenerational Justice: The Implementation of Long-Term Thinking in the Political Decision Making Process*

This interdisciplinary anthology is composed of articles by demographers, philosophers, economists and sociologists from the international scientific community. In putting together this anthology, we were trying to address the need for a comprehensive volume that addresses the complex relationship of intergenerational justice and demographic change.

It is composed of five sections that explain demographic trends, examine the impact of demographic developments on key indicators, investigate the relationship between key sustainability indicators and intergenerational justice, scrutinize intergenerational justice and population policies, and finally apply of long-term thinking to these issues.

In the first section of this book, the demographic changes are described in detail on a global and national level. The dynamics of population growth (decline) and aging (juvenescence) must be laid out because they set the statistical basis for the rest of the volume. As a starting point in the first section, Prof. Dr. Wolfgang Lutz, director of the Vienna Institute of Demography and leader of the World Population Program at the International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA), draws a general picture of global demographic trends over the past decades and likely trends in the future in his article "Low fertility in Europe in a global demographic context". He briefly discusses the forces driving this universal process of continuing demographic transition. The article discusses the possibility that fertility in these countries may actually stay at very low levels or continue to decline due to self-reinforcing mechanisms of social change. The Low Fertility Trap Hypothesis describes three distinct mechanisms (demographic, sociological and economic) that may lead to such a downward spiral in future fertility. But it is not only the sheer number of people and their age distribution that matters. The possible consequences of demographic changes greatly

depend on the productivity and the skills of the people, something that economists would call the quality dimension. Special attention is given to the future position of Europe in this changing global context.

The second section examines the impact of demographic change on key sustainability indicators in certain areas of interest such as public debt, retirement systems, competitiveness, environment, the labor market, and the education system in more detail. In "The impact of demographic change on financial sustainability in Germany", Dr. Johannes Meier, Member of the Executive Board of the Bertelsmann Stiftung, presents the foundation's Debt Monitor 2006. In the context of financial sustainability, the foundation asserts that investments in education are the crucial factor for retaining the political capacity to act for future generations. Additionally, from the analysis of states with successful budget consolidation, the foundation has found it possible to deduce reform measures it deems necessary for Germany.

Two articles discuss the effects of demographic change on the economy, including that of Michael Hüther from the Institut der Deutschen Wirtschaft who posits that individuals and their qualifications are the most important drivers of an expanding economy and that a shrinking population leads to a loss in welfare and prospects. Countering this position, Thomas Straubhaar Hamburg Institute of International Economics argues that a decline in population does not necessarily lead to economic problems. He asserts that fears associated with demographic change have not been empirically proven, and that it is possible that these changes could even be economically positive. In a shrinking population it is possible for instance to increase capital intensity per person, leading to increased productivity and per capita income; human capital can also be increased with a distribution of resources between fewer people. Furthermore, it is aging rather than shrinking that presents the biggest demographic challenges. There are most certainly problems to be faced within an aging society, primarily with impediments to growth caused by policies that are designed for a young and growing population, but they can be com-



**- Öffentliches Symposium -**  
**Wege zu mehr Kindern in Deutschland**  
**Verantwortung für Unternehmen, Staat und Gesellschaft**  
**Freitag 09. November 2007 in Berlin**

**V**erleihung des Demografie-Preises im Rahmen eines öffentlichen Symposiums "Wege zu mehr Kindern in Deutschland"

Deutschland durchläuft einen demografischen Wandel, der nach den Worten des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes "nicht mehr aufzuhalten" ist. Daher ist die Wissenschaft aufgerufen, Chancen und Risiken dieser Entwicklung zu benennen und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Handlungsoptionen aufzuzeigen. Eine Anpassung an die Alterung und Schrumpfung kann jedoch nicht die einzige Strategie sein. "Eine der tiefstgreifenden Folgen des demographischen Wandels könnte sein, dass sich eine negative, sich selbst verstärkende Spirale von Alterung und Schrumpfung verstetigt. Diese Gefahr droht dann, wenn die Folgen des Wandels lediglich 'verwaltet' werden, seiner entscheidenden Ursache aber, dem Geburtenrückgang, zu wenig entgegengesetzt wird. Oder auch: Wenn manche der Maßnahmen, mit denen wir diesen Wandel bewältigen wollen, selbst wiederum dazu beitragen, den Geburtenrückgang zu verfestigen oder gar zu beschleunigen", so das Fazit der Teilnehmer beim 1. Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten.

Die in Deutschland betriebene Bevölkerungswissenschaft hat - auch aus historischen Gründen - in den letzten 60 Jahren die Determinanten der Fertilität weniger untersucht als die anderen Komponenten der Bevölkerungsgrundgleichung. Dieses Forschungsdefizit ist besonders spürbar im internationalen Vergleich. Durch verstärkte Forschungsanstrengungen im Bereich Fertilität hierzulande könnte über die üblichen Transmissionsriemen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auch der Wissensstand von Publizisten und der Allgemeinbevölkerung verbessert werden. Die öffentliche

Diskussion ist bisher noch durch Hysterie auf der einen und Gleichgültigkeit auf der anderen Seite gekennzeichnet.

Um den Forschungsrückstand zu verringern, setzt hier der Demografie-Preis des idz mit dem Thema "Wege zu mehr Kindern in Deutschland unter den Rahmenbedingungen einer liberalen Gesellschaftsordnung" an. Dieser soll Nachwuchswissenschaftler dazu anregen, Ansätze zu entwickeln, inwieweit es möglich wäre, die Gesamtfertilität in Deutschland



zu steigern. Des Weiteren sollen die jungen Wissenschaftler konkrete Handlungsempfehlungen für die relevanten Akteure in Deutschland, aus der Familien- und Sozialpolitik anderer Länder mit einer höheren Gesamtfertilitätsrate, ableiten. Möglichkeiten zur Steigerung der Gesamtfertilitätsrate in der Ausschreibung des Preises sind unter dem Aspekt einer liberalen Gesellschaftsordnung zu betrachten, denn die Entscheidung zu Kindern ist in unserer freien Gesellschaft zu Recht eine individuelle Entscheidung - jedoch mit gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen. Auf dem Symposium "Wege zu mehr Kindern in Deutschland" wird gezielt diskutiert werden, wie es Paaren erleichtert werden kann, bestehende Kinderwünsche - in Deutschland wollen Frauen im Durchschnitt 1,74 und Männer 1,57 Kinder - in die Praxis umzusetzen. Es wird erörtert werden, warum die Kin-

derwünsche in anderen europäischen Ländern teilweise höher sind.

Bei genauer Betrachtung der Ursachen für Kinderlosigkeit stößt man immer wieder auf Gegebenheiten, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig, oder gar unmöglich erscheinen lassen. Die Rollenbilder bei Männern und Frauen im Spannungsfeld zwischen modernem Individualismus, verlängerter Adoleszenz und veränderten Bedingungen der Partnerwahl sind sicher auch ein Erklärungsbaustein des Puzzles. Kinder haben immer stärker 'expressiven Charakter', d.h. sie werden dann eingeplant, wenn sie ein Bedürfnis der Individuen erfüllen und somit zu ihrem selbstgewählten Lebensentwurf beitragen. Zudem gilt: Je mehr Flexibilität und Mobilität der Beruf verlangt, desto höher sind Kinder- und auch Partnerlosigkeit.

Auch wenn der Staat möglicherweise begrenzte Einflussmöglichkeiten hat, machtlos ist er nicht. Dass eine familienfreundliche Politik in einem begrenzten Rahmen Wirkung auf die Geburtenrate hat, zeigen Beispiele wie Frankreich oder Estland. Die Aktivitäten des deutschen Staates haben sich lange Zeit auf direkte finanzielle Hilfen für Familien konzentriert. Deren Umfang ist - auch im europäischen Vergleich - mit rund 150 Mrd. Euro im Jahr beachtlich. Die Einführung des Elterngeldes zum 1.1.2007 trug dazu bei, den Schwerpunkt hin zur Senkung der Opportunitätskosten für besser ausgebildete Frauen zu verschieben.

Der 1. Demografie-Preis für Nachwuchswissenschaftler und das Symposium wollen den Forschungsstand auf diesem Gebiet weiter hinausschieben und dadurch auch mittelbar eine gesellschaftliche und akademische Diskussion anregen. Ist es doch Ziel des idz, den demografischen Wandel in der öffentlichen Diskussion zu halten, und die Zahl der Abschluss-

arbeiten und Dissertationen zu diesem Thema zu erhöhen sowie Nachwuchswissenschaftler für die Demografie zu begeistern.

Mit dem Demografie-Preis und dazugehörigem Symposium sollen Impulse gesetzt werden, das Thema gesellschaftlich und auch akademisch bekannter zu machen.

### Veranstalter

Das Symposium wird vom Institut für demografische Zukunftsfähigkeit (idz), einem Institut der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), veranstaltet.

Die SRzG ist ein seit 1997 bestehendes, gemeinnütziges Forschungsinstitut an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft,

Politik und Wirtschaft. Zweck der Stiftung ist die Forschung zu den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, insbesondere durch die Durchführung von Bildungsprojekten, Organisation wissenschaftlicher Tagungen sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Publikationen. Hierzu gehören die Zeitschrift "Generationengerechtigkeit", (Auflage: 3.000 / vierteljährlich) sowie das "Handbuch Generationengerechtigkeit". Die SRzG beschäftigt im Schnitt acht Festangestellte und freie Mitarbeiter (mit steigender Tendenz). Das Institut für demografische Zukunftsfähigkeit (idz) ist ein der SRzG angeschlossenes Institut, welches intern als eigenständige Einheit geführt wird, jedoch keine eigene juristische Person ist. Seine Aufgabe ist die Erforschung der demografischen The-

menkomplexe der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung, der Entwicklung der Geburtenrate sowie der Binnenmigration und Einwanderungspolitik.

### Veranstaltungsort

Das Symposium findet in der Landesvertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin statt. Der Tagungsort zeichnet sich durch seine ideale Lage, bei gleichzeitigem thematischen Bezug zum demografischen Wandel, aus.

### Teilnehmer

Das Symposium richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit. Ein gemischter Teilnehmerkreis ist den Veranstaltern willkommen, um möglichst viele Aspekte des Themas abzudecken.

Datum	Titel	Sprecher
bis 11 Uhr	Individuelle Anreise der Teilnehmer	
11.00-11.15	Grußwort des Schirmherren	Wolfgang Tiefensee* (Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)
11.15-11.30	Begrüßung der Teilnehmer	Hermann Winkler (Chef der Staatskanzlei des Freistaats Sachsen)
11.30-12.30	Einführungsvortrag zum Thema des Demografie-Preises, anschließend Diskussion	Prof. Dr. Rainer Dinkel (Lehrstuhl für Demographie und Ökonometrie, Universität Rostock)
12.30-13.30	Gemeinsames Mittagessen	
13.30-16.00	Preisverleihung: „1. Demografie-Preises für Nachwuchswissenschaftler 2006/2007“ in Höhe von 10.000 Euro „Wege zu mehr Kindern in Deutschland unter den Rahmenbedingungen einer liberalen Gesellschaftsordnung“ <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rede der Organisatoren (13.30-14.00)</li> <li>• Laudatio: Prof. Dr. Ulrich (14.00-14.30)</li> <li>• Preisverleihung und Fotos (14.30-15.00)</li> <li>• Vorstellung der Arbeiten durch die drei Preisträger (jeweils 20 min)</li> </ul>	Prof. Dr. Ralf Ulrich (Institut für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung, Universität Bielefeld)
16.00-16.15	Kaffee & Kuchen	
16.15-18.30	Abschlussdiskussion:  Wege zu mehr Kindern in Deutschland – Verantwortung für Unternehmen, Staat und Gesellschaft	Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider (Forschungszentrum familienbewusste Personalpolitik, Universität Münster / Steinbeis- Hochschule Berlin),  Dr. Harald Michel (Institut für angewandte Demografie, Berlin),  Hr. Ristau-Winkler (Leiter der Abteilung 2 "Familie, Wohlfahrtspflege, Bürger- schaftliches Engagement" des BMFSFJ)
anschließend	Sektempfang, Ende der Veranstaltung	

\*\* = angefragt

# Anmeldekarte



bitte ausschneiden

## Anmeldung zur Teilnahme

Am Symposium „Wege zu mehr Kindern in Deutschland – Verantwortung für Unternehmen, Staat und Gesellschaft“ und Preisverleihung des 1. Demografie-Preises für Nachwuchswissenschaftler am 09. November 2007 in der Landesvertretung des Freistaates Sachsen beim Bund; Brüderstraße 11-12, 10178 Berlin; von 11.00-18.30 Uhr nehme ich teil. Die Veranstaltung ist kostenlos.

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_ PLZ \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_ Tel \_\_\_\_\_ Fax \_\_\_\_\_

Alter \_\_\_\_\_

SRzG  
Symposium „Wege zu mehr Kindern“  
Postfach 5115  
61422 Oberursel  
oder per Fax 06171-952566

*Wichtig: Sobald ihre Anmeldung per Brief, Fax oder Mail an kontakt@srzg.de eingegangen ist, gilt sie als berücksichtigt. Ihre Anmeldung wird nicht bestätigt und ist verbindlich, sollten Sie von uns nicht spätestens eine Woche vor Tagungsbeginn eine Absage wegen Überbelegung erhalten.*

Ort/Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

## Grundgesetzänderung für mehr Generationengerechtigkeit: 1. Lesung voraussichtlich im September 2007

Am 10.11.2006 haben mehr als 100 Abgeordnete einen Gesetzentwurf für Generationengerechtigkeit im Grundgesetz eingebracht. Die Initiative dazu ging von jungen MdB von SPD, CDU-CSU, Grünen und FDP aus, nicht von den Fraktionsspitzen. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen hatte im Vorfeld drei Jahre an den Formulierungen des Antrags mitgearbeitet. Wie die SRzG nun aus den Kreisen der jungen Abgeordneten erfuhrt, soll der Antrag im September 2007 behandelt werden - tagsüber! Warum passierte seit November letzten Jahres nicht mehr? Dies ist ein wichtiges

Lehrstück, wie Demokratie funktioniert. Eigentlich müssen Anträge innerhalb eines halben Jahres behandelt werden. Darauf haben die zumeist jungen Antragsteller aber nicht gepocht, weil er sonst eventuell zur Nachtzeit auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre. Dies hätte bedeutet, dass er ohne jede Öffentlichkeit ein stilles Ende im Protokoll gefunden hätte. Ob ein Antrag tagsüber oder nachts auf die Tagesordnung gesetzt wird, entscheiden die Parlamentarischen Geschäftsführer, wobei jede Partei entsprechend ihrer Größe Aufsetzungsrechte hat. Einzelne Abgeordnetengruppen sind hierbei oft auf das Wohlwollen der

Fraktionsspitze angewiesen. Bei diesem Antrag kommt hinzu, dass er interfraktionell ist und die kleinen Parteien nicht ihre wenigen Aufsetzungsrechte aufbrauchen wollten.

Mit der dritten Lesung wird sich entscheiden, ob Deutschland zu der Ländergruppe um Israel und Ungarn aufschließt, die Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Verfassung verankert haben. Oder ob der Nachweltschutz bei uns weiterhin vernachlässigt wird.

Es bleibt spannend.



At 1996 Forest Steward Councilship A.C.

## Umweltfreundlich mit Brief und Siegel



Das grüne Jahrhundert hat längst begonnen. Die Zukunft gehört den Unternehmen, die einen aktiven Beitrag zu umweltbewusster Unternehmensführung leisten, weil nachhaltiges Wirtschaften sich in mehrfacher Hinsicht positiv auswirkt. Einerseits gut für Umwelt und Imagegewinn, andererseits eine ideale Möglichkeit zur Kosteneinsparung durch bewussten Ressourceneinsatz. Auch ressourcenschonendes Drucken muss nicht teuer sein – es braucht jedoch Visionen, Spezial-Know-how und außergewöhnliche Lösungen.

Worauf wir stolz sind: LokayDRUCK ist Projektunternehmen der Klima-Partner 2007. Alle durch die Produktion entstehenden CO<sup>2</sup> Emissionen werden konsequent neutralisiert.

Umweltschonend und kostensenkend

- Einsatz von Recycling- und FSC-Papier
- Emissions-/CO<sub>2</sub>-Minimierung
- klimaneutraler Emissions-Ausgleich
- Druckfarben auf Rapsölbasis
- Chemikalien-Recycling
- Optimierte Entsorgungskonzepte
- Papierberatung mit eigener Kollektion
- Alkoholreduziertes Drucken
- Umweltmanagementsystem EMAS (Validierung Mai 2007)

Ab sofort ist die einmalige LokayDRUCK Papierkollektion mit 60 Recycling- und FSC-Papieren verfügbar.  
Jetzt kostenlos anfordern: [fleckenstein@lokay.de](mailto:fleckenstein@lokay.de)

# LokayDRUCK

Ressourcenschonende Printprodukte

Thomas Fleckenstein | Tel 0 61 62.93 02-21 | [fleckenstein@lokay.de](mailto:fleckenstein@lokay.de)  
Königsberger Str. 3 | 64354 Reinheim | [www.lokay.de](http://www.lokay.de)

## Wilton Park British-German 9.-13. Juli 2007

von Dr. Jörg Tremmel



Wiston House in Wilton Park

Eine liebliche Hügellandschaft wie das Au- enland aus dem Herrn der Ringe, übersät mit friedlich weidenden Schafen. Mitten darin ein mächtiges Schloss wie das Internat Hog- warts aus Harry Potter, dessen Hoch- sicherheitsschloss sich langsam öffnet, als das Taxi heranrollt. Das waren meine ersten Eindrücke vom Wilton Park British-German Forum 2007 ([www.wiltonpark.org.uk](http://www.wiltonpark.org.uk)). Auf Vorschlag des British Council durfte ich als einer von 50 Vertretern der "nächsten Ge- neration" an dem jährlich stattfindenden Forum teilnehmen. Das diesjährige Thema lautete "Creating a sustainable future. How?" Der Fokus lag auf Energiepolitik. Die etwa 30 deutschen und 20 britischen Teilnehmer stammten aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Medien, Wissenschaft, Politik oder eben von NGO's, so wie ich. Junge Manager von BP und Shell waren darunter, Angestellte von britischen Lokalverwal- tungen, die deutsche Bundestagsabgeord- nete Anna Lührmann, Mitarbeiter von Think-Tanks, und Journalisten, erstaunlich viele Journalisten. Diese mussten aber auf- passen, was sie schreiben, denn in Wilton Park gilt die Chatham Rule. Diese Regel besagt, dass kein Redner ohne seine aus- drückliche Einwilligung mit Aussagen, die er z.B. während einer Diskussion gemacht hat, zitiert werden darf. Dies soll eine offene Redekultur fördern. Wilton Park ist ein aka- demisches Zentrum für Diskussionen über internationale Fragen, aber es ist auch eine außenpolitische Institution der Britischen Regierung, genauer gesagt des Foreign and Commonwealth Office. Es wurde 1946 als Teil einer Initiative von Winston Churchill

gegründet, um Demokratie und Prosperität in Europa zu fördern. Etwa 60 Konferenzen pro Jahr werden u.a. zu den Bereichen "Sicherheit und Konfliktvermeidung", "Europäische Union" und "Nachhaltige Entwicklung" veranstaltet. Der normale Teilnahmebeitrag ist jedoch bis zu 1000 Pfund für eine 2 bis 3-tägige Konferenz.

Das diesjährige German-British-Forum war in jedem Fall eine sehr interessante und gut organisierte Konferenz. Am ersten Tag schilderte zunächst Hans Joachim Schellnhuber (Potsdam Institut für Klimaforschung) mit dramatischen Worten, was passiert, wenn die Menschheit ihren Kurs in der Energie- und CO<sub>2</sub>-Politik nicht ändert, danach zog der Kolumnist Dominic Lawson (The Independent, London) in Zweifel, dass wir auf Kosten unserer Enkel leben (ein Devil's Advocate durfte nicht fehlen). Am nächsten Tag wurde die meiste Zeit in Kleingruppen diskutiert, welchen Einfluss der einzelne Konsument hat, wie Europas Energiemix der Zukunft aussehen sollte und wie Europa vom Klimawandel betroffen sein wird. Am dritten Tag machte die Gruppe eine Tour durch das politische London - Gespräche mit britischen Parlamentariern, ein Lunch in der Deutschen Botschaft und eine Tour durch das Oberhaus standen auf dem Programm. Der vierte und letzte Tag war dann der Zusammenführung der verschiedenen Stränge gewidmet. Dazu hörten wir noch zahlreiche Referate und arbeiteten wieder in Kleingruppen.

Alles in allem eine hochklassige und dennoch entspannte Konferenz, bei der auch die Regel beachtet wurde, dass die wichtigsten Gespräche in den Pausen stattfinden. An der Hausbar war zwar um 23 Uhr Sperrstunde, aber auch das typisch englische Croquet-Game eignet sich ja sehr gut für intensive Gespräche. Die Konferenz - verbunden mit der Alumni-Mitgliedschaft - brachte mich fachlich wie persönlich einen großen Schritt weiter. Mein Großbritannien-Bild, das vorher aufgrund der Fixierung unserer Nachbarn auf den 2. Weltkrieg unvorteilhaft war, ist korrigiert worden. Von den Kontakten zu jungen Briten werde ich sicher noch in Zukunft bezüglich Stellensuche in Großbritannien profitieren können - dies gilt natürlich auch in umgekehrter Richtung.



**Maren Ziegler,**  
23 Jahre

Mein Name ist Maren Ziegler und ich bin 23 Jahre jung. Ich studiere im achten Semester Europäisches Verwaltungsmanagement

an der Hochschule Harz und habe mich für ein fünfwöchiges Praktikum bei der SRzG entschieden, weil mich Themen wie Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit interessieren.

Bei früheren Praktika im Landtag von Sachsen-Anhalt und in einer französischen Verwaltungsbehörde bin ich bereits mit demografischen Fragen in Kontakt gekommen, so dass ich diese Kenntnisse nun erweitern möchte. Des Weiteren möchte ich einen Einblick in die Arbeit dieser wissenschaftlichen Stiftung erhalten, bevor ich mit meiner Diplomarbeit beginne.



**Lucie Hanzlova,**  
20 Jahre

An den Beruflichen Schulen in Lambertheim mache ich meine schulische Ausbildung als Fremdsprachensekretärin.

Ich arbeite zur Zeit größtenteils an der Internetpräsenz in der tschechischen Sprache, auch in Polnisch, Deutsch und Englisch habe ich einige Aufgaben an der neuen Webseite übernommen. Das Praktikum bei der Stiftung habe ich gewählt, weil mich die Themen, mit denen sich die Stiftung auseinandersetzt, interessieren und ich helfen möchte, die Ideen der SRzG zu realisieren



**Alexander Herrath,**  
23 Jahre

Ich heiße Alexander Herrath, bin 23 Jahre alt und studiere im 6ten Semester Politikwissenschaften an der Johann Wolfgang

Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nachdem ich im Mai nach einem neun monatigen Auslandsaufenthalt aus Zypern zurück gekehrt bin, absolviere ich nun für die drei Monate bei der SRzG/idz ein Praktikum.

Bereits während meines Studiums haben mich die Themen demografischer Wandel und Nachhaltigkeit schon interessiert, und ich hoffe, dass ich durch das Praktikum mein Wissen in diesen Bereichen vertiefen, sowie auch das Arbeiten in einer wissenschaftlichen Stiftung kennen lernen kann.



**Angela Wagner,**  
21 Jahre

Mein Name ist Angela Wagner, ich studiere im 4. Semester Geographie und Französisch. Nach meinem zweisemestrigen Aufenthalt in Dijon absolviere ich nun ein Praktikum bei der SRzG, wobei mich innerhalb der demographischen Thematik vor allem Migration und Bevölkerungsgeschichte interessieren.

Des Weiteren ist es sehr interessant, die Arbeitsweise und Aufgaben einer Stiftung kennen zu lernen.

Was eine Kinderseele aus jedem Blick verspricht! So reich ist doch an Hoffnung ein ganzer Frühling nicht.

/August Heinrich Hoffmann von Fallersleben/

# Weitere neue Mitarbeiter der SRzG



**Oliver Goetz,**  
**25 Jahre**

Ich heiße Oliver Goetz, bin 25 Jahre alt und stamme aus Braunschweig, wo ich auch an der ansässigen TU seit 2003

Soziologie im Hauptfach mit den Nebenfächern Politologie und VWL studiere. Während meines zehnwöchigen Praktikums in der SRzG werde ich mich um die Erstellung der Ausgabe 25 der Generationengerechtigkeit mit dem Thema "Gerechtigkeit" kümmern.

Durch mein Praktikum hoffe ich, gute Inspirationen für meine demnächst anstehende Masterarbeit zu bekommen. Ich freue mich auf die zukünftige Arbeit und das Zusammenleben mit den anderen Praktikanten.



**Julia Köster,**  
**23 Jahre**

Mein Name ist Julia Köster und ich mache momentan ein achtwöchiges Praktikum bei der SRzG. Ich studiere

Soziologie mit Nebenfach Psychologie in Chemnitz. Ich habe mich bei der Stiftung für ein Praktikum beworben, da ich nun, gegen Ende meines Studiums, gerne einen Einblick in die praktische Umsetzung der Kenntnisse erhalten wollte, die mir an der Universität vermittelt werden. Dabei ging es mir besonders darum, den Umgang mit Themen wie Demografie "live" zu erleben und an sozialwissenschaftlichen Projekten mitzuarbeiten, die sich mit der Zukunft der Gesellschaft beschäftigen.



**Manuel D. Pollak,**  
**24 Jahre**

Mein Name ist Manuel Dominik Pollak, ich bin 24 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft, Öffentliches Recht

und Philosophie im vierten Semester an der Universität Trier. Ich interessiere mich besonders für politische Philosophie und könnte mir eine akademische Laufbahn gut vorstellen. In der SRzG und im idz werde ich zwei Monate als Praktikant arbeiten. Besonders die Möglichkeit, die praktische Seite verschiedener Disziplinen in den Sozialwissenschaften kennen zu lernen, ist in der Stiftung gegeben. Interessant sind hier für mich die entwickelten Ansätze zur Umsetzung von mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen in einer stark individualisierten Gesellschaft.

Vor meinem Studium habe ich 20 Monate Wehrdienst bei der Deutschen Marine in Wilhelmshaven geleistet.



**Viola Hamann,**  
**24 Jahre**

Mein Name ist Viola Hamann, ich bin 24 Jahre alt und studiere Französische Philologie, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft; Medienwissenschaft und das Zusatzfach Deutsch als Fremdsprache im 7ten Semester an der Universität Potsdam.

Nach meinem zehnmönatigen Erasmusaufenthalt in Brüssel, Belgien und Cluj-Napoca, Rumänien, absolviere ich nun bis zum Beginn des Wintersemesters 2007/08 ein 2monatiges Praktikum in der SRzG.

Durch dieses Praktikum erhoffe ich mir, mehr Einblick in die Stiftung zu bekommen und mehr zum Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu erfahren. Ein wichtiger Teil meiner Arbeit wird der Generationengerechtigkeitspreis der SRzG sein.

## Interessante Links

Damit die Zeit bis zur kommenden Ausgabe der Generationengerechtigkeit! kurzweilig bleibt, haben wir Ihnen hier einige interessante Web-Links zusammengestellt. Weitere Links finden Sie auch hier:

[http://www.demografie.net/front\\_content.php?idcat=20](http://www.demografie.net/front_content.php?idcat=20)

### **Bertelsmann Stiftung – Aktion 2050**

"Aktion demografischer Wandel" ist ein Querschnittsprojekt der Bertelsmann Stiftung. Die Site bietet aktuelle Studien, Projekte, Hintergrundinfos und Lösungsansätze.

<http://www.aktion2050.de/cps/rde/xchg/aktion/hs.xsl/index.html>

### **Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung Uni Bielefeld**

AG Demografie und Gesundheit des Instituts für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung der Universität Bielefeld.

<http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag8/>

### **BIB Demografie**

Alle Statistiken des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung.

<http://www.bib-demographie.de/index2.htm>

### **Demographie Frankreich**

Seite des "Institut national d'études démographiques", die relevante Daten über fast alle Länder weltweit bietet.

<http://www.ined.fr/englishversion/figures/world/index.html>

### **Demographie und Ökonometrie**

Lehrstuhl für Demographie und Ökonometrie an der Universität Rostock, Lehrstuhlinhaber Prof. Dr. Dinkel.

<http://www.wiwi.uni-rostock.de/%7Edemograf/Html/index.html>

### **Demographischer Newsletter**

Der Newsletter DEMOS des Berlin-Instituts informiert über demographische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

[http://www.berlin-institut.org/newsletter\\_20september04.html](http://www.berlin-institut.org/newsletter_20september04.html)

# Impressum

**Herausgeber:** Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Adresse siehe Redaktionsanschrift

**Chefredaktion:** Dr. Jörg Tremmel, Jan Häußler, Alexander Herrath

**Redaktion:** Maren Ziegler, Lucie Hanzlova, Angela Wagner, Oliver Goetz, Julia Köster, Manuel D. Pollak, Viola Hamann

**Layout:** Frank Schmilowski

**Konzept:** Dr. Jörg Tremmel

**Druck:** LokayDruck, Königsberger Str. 3, 64354 Reinheim (www.lokay.de)

**Verlag:** Eigenverlag, Oberursel, Adresse siehe Redaktionsanschrift

**Redaktionsanschrift:** SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel.: 06171-982367, Fax: 06171-952566, Email: kontakt@srzg.de, www.srzg.de

ISSN 1617-1799

Auflage: 8.000 Stück

Quelle Titelfoto: www.pixelio.de

Die GenerationenGerechtigkeit! (GG!) wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint vierteljährlich. Sie möchte das Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen fördern und gleichzeitig themenbezogen über aktuelle Entwicklungen rund um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit informieren. Außerdem berichtet sie über die Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und über generationengerechte Projekte anderer Organisationen. Pro Jahr gibt es vier Ausgaben. Diese erscheinen in deutsch, englisch oder als zweisprachige Ausgaben (davon bisher zwei Mal deutsch-französisch, je einmal deutsch-polnisch und deutsch-spanisch).

Das Jahresabo kostet 25 Euro und ist im Voraus für ein Jahr zu bezahlen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Wir wären Ihnen dankbar für eine Einzugsermächtigung (siehe letzte Seite). Dies erspart Ihnen den Gang zur Bank und uns teure Mahnbriefe.

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder. Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplars ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

Das Papier, auf dem die GenerationenGerechtigkeit! gedruckt wird, ist zertifiziert mit dem Blauen Umweltengel.

Das älteste Umweltzeichen der Welt: Der Blaue Engel ist die erste und älteste Umwelt-Kennzeichnung der Welt für Produkte und Dienstleistungen.

Sie wurde 1977 ins Leben gerufen. Und zwar als Instrument der Umweltpolitik, mit dem die positiven Eigenschaften von Angeboten gekennzeichnet werden sollen. Damit stärkt es die ökologischen Aspekte im Wettbewerb und trägt entscheidend dazu bei, den Strukturwandel der Wirtschaft in Richtung nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Und das mit wachsendem Erfolg: Heute tragen rund 3.700 Produkte und Dienstleistungen in 80 Produktkategorien den Blauen Engel.

Beständige Kriterien:

Der Blaue Engel zeichnet Angebote aus, die in ihrer ganzheitlichen Betrachtung besonders umweltfreundlich sind und zugleich hohe Ansprüche an den Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie an die Gebrauchstauglichkeit erfüllen.

Bezogen auf Papier bedeutet das konkret:

- Die Produkte müssen aus 100 % Altpapier bestehen
- Verzicht auf umweltbelastende Produktionschemikalien und Bleichmittel
- Verzicht auf Oberflächenbehandlung und umweltbelastende Färbemittel
- Sparsamer Einsatz von Rohstoffen
- Geringer Energieverbrauch
- Umweltgerechte Entsorgung



# Einfach ausfüllen und aufs Fax legen

## Fax-Nr. 06171 952566

**SRzG - Stiftung für die Rechte  
zukünftiger Generationen**

Postfach 5115  
61422 Oberursel

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, PVSt., DPAG, Entgelt bezahlt, D 54906

### ANTRAG AUF FÖRDER-MITGLIEDSCHAFT

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein der "Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen".

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_ Geburtstag \_\_\_\_\_

Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen, v.a. Parteien \_\_\_\_\_

Beruf (Angabe freiwillig) \_\_\_\_\_

#### **Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennung möglich)**

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Theorie der Generationengerechtigkeit       | <input type="checkbox"/> Kinderrechte                              |
| <input type="checkbox"/> Generationengerechtigkeit in der Verfassung | <input type="checkbox"/> Generationengerechtigkeit und Unternehmen |
| <input type="checkbox"/> Ökologie                                    | <input type="checkbox"/> Arbeitsgesellschaft                       |
| <input type="checkbox"/> Rentenversicherung                          | <input type="checkbox"/> Bildung                                   |
| <input type="checkbox"/> Staatsfinanzen                              | <input type="checkbox"/> Demografie                                |

Warum wollen Sie Mitglied des SRzG-FV werden? \_\_\_\_\_

Wie haben Sie von der SRzG erfahren? \_\_\_\_\_

Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen, wobei allerdings für Unterdreißigjährige ein Mindestbeitrag von 25 Euro, und für Ältere von 50 Euro gilt. Bitte Einzugsermächtigung ausfüllen oder überweisen auf das Konto „SRzG, Kto.-Nr. 803955580, GLS Bank eG (BLZ 430 609 67)“

Ort und Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), meinen Förderbeitrag (Spende) in Höhe von \_\_\_\_\_ € jährlich bei Fälligkeit (im Dezember) zu Lasten meines/unseres (bei Gemeinschaftskonten) Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ bei der (Name der Bank) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Ort und Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Vielen Dank für Ihre Unterstützung!**

Weitere Informationen unter Tel.: +49/6171/982367, [www.srzg.de](http://www.srzg.de), E-Mail: [kontakt@srzg.de](mailto:kontakt@srzg.de)